

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 12. Juni 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnementpreis: 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
Einzeln: 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnent: 1,10 Mark pro Monat.  
Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
Beträgt für die sechsgeheilene Normalzeile oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

### Der internationale Frauenbund und seine Bedeutung für die Frauenbewegung.

Es ist das größte Aufwuchsblatt in der Geschichte der amerikanischen Frauenbewegung, das sie ihren Ursprung auf die Kämpfe um die Befreiung der Sklaven zurückführen kann. Angesichts der furchtbaren Leiden der schwarzen Menschheit fanden Frauen zuerst den Mut, in öffentlichen Versammlungen für diese Unglücklichen einzutreten. Und es gehörte physischer Mut dazu: Der Pöbel warf mit Steinen nach den Rednerinnen und schleifte ihre Namen durch den Schmutz der Verleumdung. Als dann der Sieg errungen war und die Ketten der Sklaven zerbrochen am Boden lagen, trat der erste Frauenkongress zusammen und neben Elizabeth Cady Stanton, die die politische Gleichberechtigung der Frauen forderte, stand als ihr erster männlicher Mitkämpfer, Frederick Douglass, ein Befreiter Sklave.

Im Laufe der nächsten vierzig Jahre schritt die amerikanische Frauenbewegung in zäher Arbeit auf allen Gebieten, kraft des ihr innewohnenden revolutionären Geistes, von Sieg zu Sieg. Wer heute die Verhandlungen des ersten internationalen Frauenkongresses in Washington im Jahre 1888 liest, die die Geschichte der amerikanischen Frauenbewegung bis dahin am deutlichsten kennzeichnen, der empfindet diesen Geist, der damals noch der herrschende war. „Wir stimmen alle darin überein“, sagte die Präsidentin jenes Kongresses, Elizabeth Cady Stanton, „daß nur ein solches politisches System das richtige sein kann, das die Wohlfahrt der Masse des Volkes sichert, und wir würden daher nur für solche Gesetze stimmen, die die Interessen der Vielen fördern, im Gegensatz zu den Interessen der Wenigen.“ Die in der Verbindung der Mütter der Arbeit organisierten armen Handarbeiterinnen, erklärte die Delegierte dieses damals mächtigen Verbandes, „haben längst erkannt, was unsere Gesetzgeber, unsere Prediger, unsere Presse trotz jahrzehntelanger Agitation nicht anerkennen wollen: die volle Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts auf allen Gebieten.“ Und der russische Revolutionär, Peter Strapolkin, schrieb ihnen: „Nachdem ihr die Wortkämpfer einer großen Sache gewesen seid, kann es niemals geschehen, daß ihr auf der Seite moderner Sklavensklaven steht, die die Sklaven der Kreuzzeit zu Tode hegen? ... Die Befreiung der Frau könnt ihr nur dann erreichen, wenn ihr arbeitet für die Befreiung der Menschheit.“

Aber die Zeit verging, die Frauenbewegung wurde gesellschaftsfähig, wurde Mode in der neuen Welt. Auf dem zweiten internationalen Frauenkongress in Chicago im Jahre 1893 weckte wenig von der alten stählernen Lebenslust, und hier wurde der internationale Frauenbund, dessen Grundstein in Washington gelegt worden war, ins Leben gerufen. Als sein Ziel bezeichnete er die Zusammenschließung der gesamten organisierten Frauenbewegung, als das Leitmotiv seiner Tätigkeit die „goldene Regel“: „Handle an andern, wie Du willst, daß sie an Dir handeln.“ Es liegt auf der Hand, daß eine an sich sehr schön, aber der verschiedenartigsten Auslegung fähige ethische Vorschrift nicht die Grundlage und die Triebfeder kraftvoller Aktion sein kann. Sie kann sogar zu einem Hemmschuh werden, sobald sie dahin erklärt wird — wie es im internationalen Frauenbunde geschieht — daß nur solche Arbeitsgebiete in Angriff genommen werden sollen, zu denen alle „von Herzen“ ihre Zustimmung geben; das heißt die Herrschaft der Rücksichtseligkeit — denn das ist die Mehrheit der Frauen — in Permanenz erklären. Die Thatsachen sprechen dafür: der Internationale Frauenbund, dessen Ahnfrau die Revolution, dessen Mutter die Stimmrechtsbewegung gewesen ist, hatte bis zu diesem Jahre nur ein Gebiet für seine Propaganda — die Friedensbewegung! Nun mag man zu dieser Frage selbst stehen wie man will, das eine ist zweifellos: Mit der Frauenfrage hat sie nicht das mindeste zu thun.

Es muß daher als ein bemerkenswerter Fortschritt angesehen werden, wenn die Generalversammlung des Internationalen Bundes, die in vergangener Woche in Berlin gelangt hat, endlich die Frauenfrage selbst zum Programmpunkt erhob, indem sie die Bundesvereine zum Kampf gegen den Mädchenhandel und die Reglementierung der Prostitution verpflichtete, und eine Resolution zu Gunsten der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts annahm. In Bezug auf diesen Punkt verdient die Haltung der deutschen Delegation besondere Anerkennung: sie erklärte durch ihre Vorsitzende, Frau Marie Stritt, daß der Kampf für die politische Gleichberechtigung der Frau für sie identisch sei mit dem Kampf für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht aller Männer und Frauen für alle gesetzgeberischen Körperschaften, und sie nur in diesem Sinne für die vorgelegte Form der Resolution eintreten könnten.

Der momentane propagandistische Wert solcher Resolutionen und Erklärungen ist nicht zu leugnen, wer sich aber die Zusammensetzung des internationalen Bundes und seiner nationalen Glieder, speziell des deutschen vorstellt, der die heterogensten Elemente enthält — Wohltätigkeitsvereine, Kinderhorten, Rinderhorte, Mädchenschulen, Turnvereine und dergleichen mehr, neben Stimmrechts-, Ethik- und Bildungsvereinen —, der weiß auch ohne weiteres, daß von einer Aktion im Sinne der Resolutionen gar keine Rede sein kann. Wer hinten und vorn ein Pferd vor den Wagen spannt, ist ein Narr; jeder Schritt vorwärts, den die angespannte Kraft des einen Pferdes ermöglicht, wird einen Schritt rückwärts, den das Anziehen von der andern Seite zu Wege bringt, zur Folge haben. Ein kraftvolles einheitliches Vorwärtsschreiten ist nur möglich, wenn der Ausgangspunkt derselbe ist, wenn gleiche soziale und wirtschaftliche Interessen die Massen zusammenschweißen. Die Erfolglosigkeit aller ausschließlich von rein ethischen Idealen ausgehenden Bewegungen — z. B. der Friedensbewegung und der ethischen Bewegung — sprechen dafür.

Wenn demnach auch irgendwelche positiven Fortschritte von dem internationalen Frauenbunde nicht zu erwarten sind, so wirkt er doch

in dem beschränkten Rahmen der bürgerlichen Welt indirekt auf den Fortschritt: es ist zweifellos, daß allein die Ueberbrückung nationaler Grenzen den Blick erweitert, und daß die durch den internationalen Verkehr erworbene Kenntnis der Zustände außerhalb des eignen Vaterlandes aufklärend und befruchtend wirkt. Ein wie geringer Vorteil aber angesichts dieses ungeheuren Apparates eines internationalen Bundes!

Unsre Erörterung führt ohne weiteres für uns und die Interessen der Frauenbewegung in unserm Sinn zu dem Resultat, daß ein Anschluß an irgend welchen nationalen und internationalen Frauenbund für die sozialistische Frauenwelt eine Unmöglichkeit ist, ja einen Rückschritt für sie bedeuten würde. Wer das bisher nicht eingesehen hat, den wird die Tagung des Bundes und sein öffentliches Auftreten in Berlin davon überzeugen müssen: Mrs. May Wright Sewall, seine Präsidentin, die die erste sein möchte, politische und religiöse Neutralität zu wahren, ohne die er vollkommen in sich zusammenfallen muß, konnte es nicht unterlassen, ihre erste öffentliche Rede mit einer glorifizierenden der deutschen Kaiserin einzuleiten, das tägliche Gebet für eine notwendige und wesentliche Hilfe zur Förderung der Bundesarbeit zu erklären und den revolutionären Geist der Frauenbewegung abzusprechen und zu verleugnen. Gäbe es eine radikal-demokratische Frauenbewegung von einigem Charakter, ihre Vertreterinnen hätten noch dieser Rede ihren Austritt aus dem Bunde erklären müssen. Daß es dergleichen nicht giebt, daß die liberale Seite der Frauenbewegung ebensowenig Rückgrat hat, wie der Liberalismus überhaupt, dafür sprechen noch andre Thatsachen: nicht nur gesellschaftsfähig, auch hoffähig sind die Nachfolgerinnen der französischen Revolution, der amerikanischen Sklavensklaver geworden. Sie werden von den höchsten Vertretern der deutschen Regierung, die wie keine andre in der Welt eine ausgesprochene Feindin der Frauenbewegung ist, vom Grafen Billore, vom Grafen Posadowski, ja selbst von der Kaiserin empfangen werden, ohne zu empfinden, wie sie sich selbst dadurch ins Gesicht schlagen, ihre schönen Reden Lügen strafen, ihre Wortkämpferinnen noch im Grade beschimpfen.

Einst stand der durch ihren Opfermut Befreite Sklave neben der um ihre Rechte kämpfenden Frau; heute beugt diese Frau den Nacken vor denen, die über ihrem Geschlecht wie über den modernen Sklaven der Arbeit die Peitsche schwingen.

Es wäre traurig bestellt um die Frauenbewegung und ihre Zukunft, wenn nicht ein anderer Weltbund, dem gegenüber die sieben Millionen Mitglieder des Frauenbundes nur wie ein kleines Häuflein erscheinen, ihr wahrer Träger wäre: die internationale Sozialdemokratie. Gerade angesichts des Kongresses der internationalen bürgerlichen Frauenbewegung und all seiner ständigen Begleitererscheinungen wird in der internationalen Sozialdemokratie das Bewußtsein besonders lebendig, daß die Entwicklung auch dieser großen Kulturbewegung abhängig ist von ihr.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Juni.

#### Der große Schweiger.

... Das Schweigen ist der Gott der Glücklichsten — die Engsten Bande sind's, Die gartesten, die das Geheimnis stiften! Schiller.

Excellenz Fehr. v. Mirbach schweigt. Jeden Morgen und jeden Abend ruft die Stimme der Öffentlichkeit: Es ist Pflicht zu reden! Aber Fehr. v. Mirbach schweigt. Gerüchte und Mutmaßungen gehen um, „Conto K“ ist das gesüßelte Wort aller Welt, — aber Fehr. v. Mirbach schweigt. Die bürgerliche Presse beschwört ihn, zu sprechen, sie mahnt an das Heiligste, das Fehr. v. Mirbach nächst Kirchenbauten liebt, an den Kampf gegen die Sozialdemokratie, der sonst unendlicher Agitationsstoff zuliebe, — aber Fehr. v. Mirbach schweigt.

Und doch, Fehr. v. Mirbach vermag zu reden. Schon im Januar 1897, als ein antisemitischer Medakteur wegen Verleumdung des Freiherrn v. Mirbach vor Gericht stand und der Freiherr als Zeuge auftrat, bewies er, daß er durchaus befähigt ist, vor Gericht ausführliche Darlegungen zu machen. Und wie edles Pathos hielt er damals schon bereit:

„Aber das Maß der Dreistigkeit, mit welcher man jetzt sogar schon Ihre Majestät die Kaiserin, die Hofdamen, den ganzen Hof zu verächtigen und mit welcher man das hehre Kirchenbauwerk, welches durch den Schutz des Kaisers und der Kaiserin und durch die Mitarbeit Tausender von treuen Evangelischen so Großes geleistet hat, in den Stand zu ziehen sucht, ist zu groß, als daß man nicht einmal das Schweigen brechen und der Privatität öffentlich die Maske vom Gesicht reißen möchte.“

In der Erinnerung sind auch die frommen Palästina-Reden vom Jahre 1897, die dann in dem von der Pommerbank ausgehaltenen „Kleinen Journal“ zum ausführlichen Abdruck kamen. In demselben „Kleinen Journal“ fand sich am 2. Mai 1900 eine weitere Probe umfassender Verehrtheit des Freiherrn. Mehr als zwei ganze Druckseiten erfüllt seine Rede auf der damaligen Generalversammlung des Evangelischen Kirchenbauvereins für Berlin, gesprochen im Landeshause der Provinz Brandenburg; da schilderte Fehr. v. Mirbach in glühenden Farben die Großthaten seines Kirchenbaues, da ließ er seine Rede in dem Wort gipfeln:

„So ging es oft wie das Boot in den Meeresstößen, bald ruhig und still, dann in Wind und Sturm auf und ab — aber der Steuermann erreicht sein Ziel, wenn er es fest und unverwundlich im Auge behält.“

Selbst finanzielle Schwierigkeiten, die den Kirchenbau trafen, vermochten die Redegabe und Redelust des Freiherrn

nicht zu mindern. Ja, in diesen Stürmen zeigte der Steuermann erst recht Kraft und Bewußtsein des großen Zieles. Je ärger es wider ihn tobte, umso gewaltiger richtete er sich empor im Streit gegen die bösen Mächte der Zeit. Just zu derselben Zeit, als über Freiherrn v. Mirbach das Sanden-Urtheil hereinbrach und als er zu den Pommeren flüchtete, erreichte die fromme Verehrtheit den Gipfel in der Rede gegen die gottlose Sozialdemokratie und die streikenden Arbeiter. Am 23. Oktober 1900 sagte er bei der Eröffnung eines Gebetsaales in Potsdam:

„Es sei dringend nötig, daß man lerne Gott fürchten, die Brüder lieb haben und den König ehren. Ramentlich für die Arbeiterwelt sei dies dringend nötig. Die dämonischen und guten Gewalten im Volksleben spinnen sich immer mehr zu und auch nach Potsdam wären, namentlich von Berlin aus, die Wellenschläge des Umsturzes getragen worden.“

Und wieder am 3. November 1900 sagte Freiherr v. Mirbach vor den Zimmerleuten beim Bau des Augustastifts, nachdem Lohn Differenzen beigelegt waren:

„Leute, es freut mich, daß die Sache mit Eurer Sperte in Ordnung ist. Ich weiß auch, daß Ihr verführt seid von ganz gewissenlosen Hezern, die Euch und Eure Familie ins Unglück stürzen wollen und von Euren Großvater, die Ihr ihnen opfert. Es haben sich die Streiklisten aus Berlin hier eingeschlichen in unser friedliches Potsdam. Geht heraus aus Eurem Verband, welcher ja doch kein gewerkschaftlicher Verband ist, sondern nur ein sozialdemokratischer, und gerade die Sozialdemokraten, diese Rhinogerosse, haben Euch verführt. ... Und von Euch freut es mich (nach der Seite der Arbeitswilligen), daß Ihr stand gehalten habt gegenüber diesen da, und ich verspreche Euch, daß, so lange die Kaiserin baut, werden stets die Unorganisierten beschäftigt werden; so, nur geht und arbeitet in Ruhe und Frieden miteinander.“

Als dann Freiherr v. Mirbach im Januar 1901 auf der Generalversammlung des Kirchenbauvereins die Ausgabe hatte, über „die traurigen Vorwommnisse im vergangenen Jahre in einzelnen Berliner Banken“ zu berichten, da leistete er dies wiederum mit großer Macht des Wortes. Da sprach er die Ueberzeugung aus, daß die Sanden und Schmidt, die Schatzmeister des Kirchenbaues, das „allgemeine Vertrauen und die allgemeine Achtung, die sie besaßen“, doch wirklich verdienen und daß erst abgewartet werden müsse, was die Untersuchung ergebe, ehe man sich einschließen dürfe, über diese Männer abzurteilen. Da sprach er von „Satans Tücke, die sich mit doppelter Feindschaft erhebt“, vom „Vordringen der Mächte der Finsternis“, dem ein mächtiges Volkwerk entgegenzustellen ist, von den „Mächten des Hasses und der Lüge“, von den schauerlichen Abgründen des großstädtischen Volkstums, gegen die wir doch schließlich ohnmächtig sind, wenn nicht die Macht des Evangeliums das Banner wird, um welches sich alle Treuen scharen.“

Was redegehaltig war Fehr. v. Mirbach je und je. Und nun? Nun keinerlei Auskunft auf alle die Fragen und Vorwürfe, die aus der Aussage des Geheimrats Wubbe wider ihn erstanden sind! Nun auch keinerlei Antwort auf die Erklärung des einstigen Geldsponsors, daß er stets das Vertrauen des Freiherrn besessen habe und Anspruch auf dieses Vertrauen noch jetzt erhebel! Ist es nicht ein Gebot frommer Nächstenliebe, den gegen schwere Anklage ringenden Bankfreunden mit tröstendem Wort des Vertrauens zur Seite zu stehen?

Freiherr v. Mirbach schweigt! ... An den „schauerlichen Abgründen“ der Pommerbanken hat der Freiherr gestanden und „Satans Tücke“ hatte ihn verführt, diese Abgründe unter dem Blumengewinde der „Hofbank“ zu verdecken, so daß die Armutlosen kamen und sah in den Abgrund stürzten. ... Aber in Goethes Loge-Sprüchen wird gekündet: Auf Schweigen und Vertrauen Ist der Tempel aufgebaut. —

#### Wahlprüfungen und Petitionen.

Ueber den ersten Teil seiner heutigen Tagesordnung, die Wahlprüfungen, kam der Reichstag sehr schnell hinweg. Die einzig strittige Wahl, die des Reichsparteilers v. Dirksen in Stottbus, bei der die Kommission Gültigkeitserklärung beantragte, wurde auf sozialdemokratischen Antrag von der Tagesordnung abgesetzt, im übrigen wurde fast durchweg nach den Kommissionsbeschlüssen auf Gültigkeit oder Verweiserhebung erkannt.

Von den Petitionen kamen zuerst die über Aenderung bzw. Aufhebung des Fleischschau-Gesetzes zur Beratung. Von zwei verschiedenen Seiten waren zu diesem Gegenstand Petitionen eingegangen; von den Darm-Importeuren und Wursthändlern auf Milderung der Kontrolle bei eingeführten Därmen usw. und auf Aufhebung einiger Einfuhrverbote, von bayerischen Landgemeinden auf völlige Aufhebung der Bestimmungen des Fleischschau-Gesetzes für das platte Land. Die Kommission hatte anerkannt, daß das Fleischschau-Gesetz gewisse Härten für die Importeure enthielte und diese Petitionen der Regierung als Material überwiesen. Im Verlaufe der Beratung stellte der Centrumsabgeordnete v. Strombeck den Antrag, sie zur Erwägung zu überweisen, der konervative Herr v. Staudy, über alle diese Petitionen zur Tagesordnung überzugehen. Und wieder fiel das gesamte Centrum um und erklärte, ohne eine einzige Ausnahme für den Antrag Staudy stimmen zu wollen. Aber dazu kam es nicht, da der freisinnige Abg. Dr. Müller-Sagan Absetzung der Petition von der Tagesordnung verlangte. Die Wehrheitsparteien mußten sich dem fügen, da sonst eine Anweisung der De-

Schlussfähigkeit der ganzen Sitzung einen frühzeitigen Schluss bereitet hätte. Aus der Debatte sei zweierlei hervorgegangen: Der nationalliberale Abg. Heide legte geradezu entzündende Bekennnisse einer schönen Seele ab. Er machte der Socialdemokratie einen Vorwurf daraus, daß sie beim Fleischbeschau-Gesetz das Interesse der Konsumenten in erster Linie berücksichtigt hätte. Seine Parteifreunde hätten es in erster Linie als ein Gesetz zum Schutze der Landwirtschaft aufgefaßt. Ferner erklärte er in seinem Eifer, höhere Viehzölle und Grenzsperrung zu erlangen, daß die drei Millionen deutscher Kleinbauern nicht den mindesten Vorteil von hohen Getreidezöllen hätten, daß diese sie vielmehr in ihrer Viehzucht nur schädigen könnten. Genosse Fischer-Sachsen nagelte die Agrarier sofort auf diese Erklärungen fest; er zeigte, daß damit zwei vielangelegene Ansichten unserer Partei bewiesen seien, das Argument, mit dem wir die höheren Getreidezölle im Zolltarif bekämpft haben und die Behauptung, daß die Agrarier beim Fleischbeschau-Gesetz nicht die Volksgesundheit, sondern ihren Profit haben schützen wollen. Vergeblich versuchten Graf Oriola und der Centrum's-Abgeordnete Erzberger Herrn Heide heranzuhören. Dieser suchte seinen Kerger über die unbedingten Enthüllungen dadurch zu befähigen, daß er im Tone eines Kurrendenabens, oder mit ihm nicht durch diesen ebenseligen Vergleich zu fränken, im Tone eines Ministranten-Etats aus den Schippelschen Aufsätzen in der „Chemnitzer Volksstimme“ herbedete. Genosse Thiele entgegnete ihm, welches auch die handelspolitischen Auffassungen Schippels sein mögen, die Zöllner, die in der berechtigten Dezembernacht den deutschen Zolltarif von 1902 zur Annahme brachten, sich nicht auf unsere Parteigenossen berufen könnten. Nach etlichem Herumgerede mußte selbst Herr Erzberger das zugeben.

Auch die übrigen wichtigeren Petitionen wurden, da das Haus nur sehr schwach besetzt war, von der Tagesordnung abgesetzt, so daß die Sitzung schon kurz nach 4 Uhr schloß. Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung, die Dienstag 2 Uhr beginnt, steht vor allem die zweite Beratung der Entwürfe über den Bau der Kolonialbahnen in Togo und Ostafrika.

### Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Sonnabend — abgesehen von einigen kleineren Vorlagen — in erster Lesung mit dem Gesetzentwurf auf Erhöhung des Grundkapitals der Seehandlung. Dies staatliche Bankinstitut, ein Ueberbleibsel aus der absolutistischen Zeit, paßt in die heutigen Verfassungszustände nicht mehr hinein, es stürzt die ohnehin schon starke Position des Finanzministeriums gegenüber dem Parlament und tam in Konfliktzeiten dazu dienen, daß die Regierung sich mit seiner Hilfe Mittel verschafft, die der Landtag nicht bewilligt. Allerdings liegt die Möglichkeit, daß der Landtag in einem ernstlichen Konflikt mit der Regierung gelangen könnte, nicht gerade nahe. Es ist denn auch weit weniger diese Möglichkeit, als die Konkurrenz zwischen der Seehandlung und den Privatbanken, welche den Freistim zur Ablehnung der Vorlage bestimmt. Das bewies deutlich der Abgeordnete Eugen Richter, der unter anderem erklärte: „Ich halte die Erhöhung aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht für anständig. Bei den Privatbanken soll die Kapitalerhöhung die Sicherheit feststellen, bei der Seehandlung spielt die Frage der Sicherheit keine Rolle. Der Staat haftet mit seinem ganzen Vermögen für alle Verbindlichkeiten der Seehandlung. Soweit es überhaupt Aufgabe des Staates ist, mit Privatbanken zu konkurrieren, fällt diese Aufgabe in erster Linie der Reichsbank zu. Es ist überaus bezeichnend, daß in der Begründung der Vorlage mit keiner Silbe die Rede ist von der Reichsbank (Sehr richtig! Ints), ebenso wenig wie von der preussischen Central-Genossenschaftskasse. Die Seehandlung hat in letzter Zeit günstigere Bedingungen gestellt für die Annahme verzinslicher Depositen und sie hat den Kontokorrentverkehr für das große Publikum erleichtert, sowie die Gebühren für Verwahrung von Wertpapieren herabgesetzt. Damit macht sie dem solidesten Geschäft der Bankiers auch in der Provinz empfindlichste Konkurrenz.“

Nach einer lahmten Entgegnung des Finanzministers und verschiedenen Besichtigungen der Vorlage durch Mitglieder der Rechten und des Centrum's wurde die Vorlage an die Budgetkommission verwiesen. Ihre Annahme unterliegt keinem Zweifel, da mit Ausnahme der Redner der freisinnigen Parteien alle Fraktionen dafür sind. Der frühere Seehandlungs-Präsident Hr. v. Redlich, der es für geschmackvoll hielt, sich selbst für spätere Zeiten wieder als Leiter dieses Instituts in empfehlende Erinnerung zu bringen, ist sogar bereit, das Kapital gleich auf 150 Millionen zu erhöhen und den Kreis der Aufgaben der Seehandlung noch erheblich zu erweitern.

Den Schluss der Sitzung bildete die Beratung der Berichte über Reisen zum Studium der in andern Bundesstaaten und im Auslande getroffenen Maßnahmen zur Förderung des **Leinwandwesens**. Die Berichte wurden durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt, nachdem der neue Vertreter des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, der Abg. **Hammert**, die kurze Debatte dazu mißbraucht hatte, eine mittelalterliche Rede gegen die Gewerbefreiheit an den Mann zu bringen.

Am Montag stehen kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung.

### Deutschland in der Welt voran!

Wie sehr Graf Bülow mit diesem Ausspruch den Nagel auf den Kopf getroffen hat, auch in Bezug auf die Stellung des weiblichen Geschlechts, dafür dienen folgende Beispiele:

In vier Staaten des nordamerikanischen Staatenbundes, Wyoming, Colorado, Utah und Idaho, haben die Frauen genau dieselben politischen Rechte, also sowohl das aktive wie das politische Wahlrecht, wie die Männer, daselbe gilt für Süd-Australien, für das australische Bundesparlament und für Neu-Seeland, während sie in West-Australien das aktive Wahlrecht allein besitzen. In den vier andern australischen Staaten haben die Frauen das Wahlrecht für die städtischen Körperschaften und die Schulräte; in 25 Staaten der amerikanischen Union haben sie das aktive und passive Wahlrecht für die Schulräte, in fünf Staaten das municipale Wahlrecht; daselbe besitzen sie in den meisten Provinzen Kanadas.

In England, Schottland, Irland und Wales haben Steuerzahlerinnen das aktive Wahlrecht für jede Art von Volksvertretung mit Ausnahme des Parlaments. In der Armenverwaltung sind sie auch wählbar. In Dänemark und Island haben alleinlebende Steuerzahlerinnen das aktive Wahlrecht, in Schweden haben es alle Frauen für die Kommunalwahlen, für die Schul- und Kirchenverwaltung und die Provinziallandtage; in Norwegen haben sie für die Kommunalwahlen auch das passive Wahlrecht. In Holland haben sie das aktive und passive Wahlrecht

für die Arbeitskammern, in Belgien und Frankreich haben die Handelsfrauen das aktive Wahlrecht für die Handelskammern, in Italien haben sie das aktive und passive Wahlrecht für die Arbeits- und die Landwirtschaftskammern, in Oesterreich das aktive Wahlrecht für die Gewerbegerichte.

In Deutschland aber, das, wie man sieht, so ziemlich hinter allen Ländern, außer vielleicht der Türkei, zurücksteht, erklärte Graf Bülowovsky im Namen der Regierung mit dem ganzen fürchterlichen Ernst, der sich einer welterschütternden Sache zukommt, daß das Gesetz über die Kaufmannsgerichte fallen würde, wenn der Reichstag das Frauen-Wahlrecht annimmt. Das passive Wahlrecht ist dieser Drohung bereits geopfert worden, und das aktive, das diesmal noch zur Annahme gelangte, wird bei der dritten Lesung, wenn erst alle Schlepptügel der Regierung und Schlichter deutscher Weiblichkeit zusammengelockert worden sind, ebenso im Dirlas verschwinden.

Wird der internationale Frauenkongress, wird die deutsche bürgerliche Frauenbewegung sich trotz alledem vom Grafen Bülowovsky empfangen lassen und vor ihm kapitulieren? Oder wird sie charaktervoll genug sein, angesichts dieser Schmach die Einladung des Ministers abzulehnen? —

### Der Fall Trotha.

Es gab nur zwei Möglichkeiten, nachdem die „Zukunft“ mitgeteilt hatte, daß Graf Bülow selbst das „Lokalanzeiger“-Telegramm über die Demission Lentwies vor der Veröffentlichung gelesen habe. Entweder mußte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ heute an der Spitze des Blattes den Austritt des Reichskanzlers oder den Versuch einer Ablehnung publizieren.

Man zieht einseitig die zweite Möglichkeit vor. Und so „steht“ denn heute das Regierungsblatt, ohne die Quelle der abermals aufgetauchten Behauptung anzugeben, „nochmal fest“:

„Daß der Reichskanzler Graf v. Bülow von jener Depesche und ihrem Inhalte vor ihrer Veröffentlichung keinerlei Kenntnis gehabt hat.“

Das Dementi war eine Art Naturnotwendigkeit, es ist ein Erzeugnis politischer „force majeure“ und es ist deshalb auch dann entschuldigbar, wenn es wider besseres Wissen Behauptungen aufstellen sollte.

Niemand ist so naiv anzunehmen, daß der „Lokal-Anzeiger“ ohne Fühlung mit amtlichen Stellen derartige direkt gegen einen kaiserlichen Entschluß sich richtende Telegramme aufnehmen würde. Das Blatt hat denn auch am 11. Mai lebhaft behauptet, daß das Telegramm „seinen Weg direkt von der Redaktion in die Segerei genommen hat, ohne daß irgend eine Stelle außer unfreier Redaktion Gelegenheit zur Einwirkung hatte.“ Auf dem Wege zwischen Redaktion und Drucker wird sicherlich niemand eingewirkt haben. Aber wer las das Telegramm, bevor es in die Redaktion kam. Oder rednet vielleicht Herr Scherl den Grafen Bülow oder Mitglieder des auswärtigen Amtes zu seiner Redaktion, so daß der „Lokal-Anzeiger“ in der scheinbaren Ablehnung buchstäblich die Wahrheit gesagt hätte?

Im übrigen wird ja die „Zukunft“ antworten. —

### Deutsches Reich.

Gegen unvernünftige Kolonialpolitik gerichtet ist eine Resolution, welche die socialdemokratische Reichstagsfraktion zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Aufnahme einer Anleihe für Togo einbringt.

Die Resolution besagt:

„Der Reichstag wolle beschließen: In Erwägung, daß im Togo-Gebiete der Verkauf von Land, das sich im Besitz der Eingeborenen befindet, dem Gewohnheitsrecht der Eingeborenen widerspricht, in Erwägung ferner, daß der für die Ländereien der Togo-Landgesellschaft den Häuptlingen gezahlte Kaufpreis nicht entwertet als Äquivalent für den Wert der Ländereien angesehen werden kann,

in Erwägung schließlich, daß die Durchführung der Kaufverträge zahlreicher Eingeborenen die Existenzfrage untergraben und daher die Gefahr von Aufständen heraufbeschwören muß, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, er wolle die Annulierung der dem Landwerb der Togo-Landgesellschaft zu Grunde liegenden Kaufverträge und die Zurückführung des Landes in den Stammesbesitz der Eingeborenen in die Wege leiten.“

Das Kartell gegen Kaufmannsgerichte. Die „Socialpolitiker“ der drei Mehrheitsparteien des Reichstages, die Konservativen, die Nationalliberalen und das Centrum haben zur dritten Lesung des Gesetzentwurfs betreffend Kaufmannsgerichte ihre in zweiter Lesung gefallenen Verschlechterungsanträge von neuem eingebracht.

Die Industrie des Haldbrechens. Der Herausgeber des berühmten „New York Herald“, Herr Gordon-Bennett, hat im Jahre 1899 seinen Namen dadurch der Unsterblichkeit ausgeliefert, daß er einen Preis für internationale Automobilwettsfahrten stiftete.

Als im Vorjahr eine französische Wettsfahrt der Automobilisten zu einer Art Maffemord führte, entzückte sich die gesamte deutsche Presse über den Unfall.

In diesen Tagen findet nun die Automobilfahrt um den Gordon-Bennett-Preis in Deutschland statt. Die Sache ist genau so toll wie in Frankreich. 550 Kilometer sollen durchfahren werden. Man rechnet auf Geschwindigkeiten bis 150 Kilometer in der Stunde, das heißt auf Leistungen, die die der schnellsten Schnellzüge verdoppeln. Die Fahrstraße führt von der Saalburg über Weilburg, Limburg nach Homburg zurück. Der Weg beträgt 187,5 Kilometer und wird also viermal durchgemessen werden müssen. Die ganze Lannusgegend ist für den Tag zum großen Teil dem Verkehr entzogen. Ein 4000 Meter langer Drahtgummi sperrt die Straße ab. Die „vornehmste“ Welt wird sich an der Saalburg einstellen, die Welt nämlich, welche um sich an der blutigen und sinnlosen Sensation der Benzintochter zu erregen, 50 M. für den Treibenstilplatz bezahlen kann.

Kein Zweifel, daß es zu schweren Unfällen kommen muß. Das giebt das offizielle Festschreiben selbst zu, indem Heldeknust schreibt, daß

„die Männer, welche beim Gordon-Bennett-Rennen die Rennwagen führen für ihre nationale Industrie und Technik ihr Leben in die Schanze schlagen.“

So weit die Besitzer der Wagen selbst Führer sind, läßt sich gegen diesen Todesmut nichts einwenden. Anders sieht es mit den bezahlten Wagenführern.

Für die nationale Industrie und Technik schlagen täglich Millionen von Arbeitern ihr Leben in die Schanze. Das Feld ist mit Laufenden von Opfern bedeckt, und die Zahl der Unfälle steigert sich unablässig, die Welt geht gleichgültig an diesen Helden der Arbeit vorüber und die Krüppel müssen sich oft mühsam ihre großen Rentenansprüche erlärnen.

Bei dem Automobil-Rennen aber ist die „Industrie und Technik“ nur vorgeschoben, um die widerwärtige Sensation zu beschönigen. Für die Technik der Automobile kommt es gar nicht darauf an, ob ein paar Sportleute früher oder später ans Ziel gelangen, sich den Hals zu brechen. Amerika, das Mutterland des Preisstifters, hat

sich denn auch vernünftigerweise entschlossen, dem Spektakel fern zu bleiben.

Nach der französischen Automobil-Katastrophe erklärte die dortige Regierung, derartige Wettfahrten künftig nicht zu dulden. Unfre preussische Regierung aber, die in jedem Streitposten eine Störung des öffentlichen Verkehrs sieht, scheint gegen diese Lannusfahrt keine Bedenken zu haben. Sie trifft denn auch die volle und bewußte Verantwortung für alle Folgen.

Und die Presse, die über Frankreich so heftig schalt? Kein Wort des Widerspruchs. Im Gegenteil: Specialberichterstatler, Karten, eingehende Schilderungen. Selbst die Demokratie feiert die Benzintochter. Auch sie schlägt todesmutig ihre früher behätigten Ueberzeugungen in die Schanze. —

Wegen des gegen die ländlichen Arbeiter gerichteten preussischen Kontraktbruchsgegesetzes hat die socialdemokratische Fraktion folgende Interpellation im Reichstag eingebracht:

„Seitens des Herrn Justizministers, des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und des Herrn Ministers des Innern des Bundesstaates Preußen ist am 6. Mai 1904 dem Reichstagen Abgeordnetenhaus ein Gesetzentwurf, betreffend die Erleichterung des Vertragsbruchs landwirtschaftlicher Arbeiter und des Gesindes“ vorgelegt worden. Da dieser Gesetzentwurf im Widerspruch zu Vorschriften der Reichs-Gesetzgebung, insbesondere der Reichsverfassung, des Freizügigkeitsgesetzes, der Gewerbe-Ordnung des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des Strafgesetzbuchs Vorschläge enthält, welche

landwirtschaftliche Arbeiter und Dienstboten, die vermeintlich einem Arbeitgeber zu landwirtschaftlicher Arbeit oder zum Gefindebienste noch verpflichtet sind, in Verzug zu erklären geeignet sind,

diejenigen mit Strafe bedroht, welche mit solchen landwirtschaftlichen Arbeitern oder Dienstboten irgend einen Dienstvertrag schließen oder für solche Arbeiter einen neuen Dienst vermitteln, und so Arbeitswille hinders, in Arbeit zu treten,

so fragen wir: was denkt der Herr Reichskanzler zu thun, um dem Bundesstaat Preußen gegenüber die Reichs-Gesetzgebung zur Geltung zu bringen?“ —

Ausnahmepolitik. Die nationalliberale Landtags-Fraktion hat beschlossen, daß die Aufregung ihrer Parteigenossen über das liberal-reaktionäre Schallouppromiß nichts als ein Mißverständnis ist. „Allesseitig“ schreibt die „Nationalliberale Korrespondenz“, „wurde die Ueberzeugung ausgesprochen, es sei mißverständlich, wenn man in dem Untroge eine grundsätzliche Ablehnung von der Simultan-schule erblickte.“ Durch den Antrag sollten vielmehr die rechtlichen Voraussetzungen festgelegt werden, unter denen ... die Errichtung neuer Simultananstalten möglich ist.

Die nationalliberale Fraktion hat recht! Es sollen nur die rechtlichen Voraussetzungen festgelegt werden. Was sind aber diese rechtlichen Voraussetzungen? Darüber giebt der Wortlaut der Kompromiß-Resolution klare Auskunft: dem er besagt in Punkt 2:

a) in der Regel sollen die Schüler einer Schule derselben Konfession angehören und von Lehrern ihrer Konfession unterrichtet werden.

b) Ausnahmen sind nur aus besonderen Gründen, insbesondere aus nationalen Rücksichten oder da, wo dies der historischen Entwicklung entspricht, zulässig.

Die rechtlichen Voraussetzungen der bürgerlichen Freiheit würde nach der gleichen Logik da auch gestiftet, daß man diese bürgerliche Freiheit aufhebe, wovon Ausnahmen nur aus besonderen Gründen“ zulässig wären. Und würde der Landtag eine Maulkorb-Ordnung erlassen, von der Ausnahmen nur aus besonderen Gründen“ zulässig sind, so würden die Nationalliberalen dafür stimmen, um „die rechtlichen Voraussetzungen festzulegen“, unter denen die Maulkorb-Logik gestiftet sein sollte. Wer nicht einsieht, daß das die richtige Art ist, für die Freiheit zu kämpfen, fällt dem liberalen Bürgerthum in den Rücken und stärkt die Reaktion. —

Jüdisches Lehrerproletariat. Nachstehende Annonce besudet sich in Nr. 45 der in Mainz erscheinenden Zeitschrift „Der Yezait“:

Die hiesige Religionslehrer, Vorbereiter und Schlichterstelle ist sofort durch einen verheirateten Lehrer zu besetzen. Ertrag 700—800 M. freie Wohnung. Bewerber wollen sich melden. Geinsheim (Rhein-Pfalz), 30. Mai. Der Vorstand. Abraham Mann.

Ein solcher Lehrer muß bis zu seinem 20. Lebensjahre die Präparandenanstalt und das Seminar besuchen, hat dann noch vier Jahre Konferenzarbeiten zu machen und ist dann, wenn er im Alter von 24 Jahren das Staatsexamen glücklich bestanden hat, noch lange nicht wohlhabender Lehrer; denn dann muß er sich ja erst verheiraten, bis ihn eine Gemeinde für würdig erachtet, den so fürklich besoldeten Posten einzunehmen. Jedenfalls befürchtet die obgenannte Gemeinde, ein einzelner Mensch könne 60 M. pro Monat nicht durchbringen, weshalb er Familie haben muß.

Diese Annonce im orthodoxesten jüdischen Familienblatt spricht eine erschütternde Sprache. —

Eine Steuererhöhung von 20 Prozent hat die Budgetkommission des badischen Landtages — so wird uns berichtet — gegen die Stimmen der socialdemokratischen, demokratischen und freisinnigen Partei beschlossen. Das Defizit für das Budgetjahr 1904/05 beträgt 14½ Millionen. Dabei ist die Steigerung der Einnahmen über den Vorschlag hinaus, die noch immer und zum Teil in sehr beträchtlichem Maße eingetreten ist, nicht in Rechnung gezogen. Auch wurden der Eisenbahn-Schuldentilgungskasse aus allgemeinen Staatsmitteln sieben Millionen überwiesen. Dagegen wandte sich die Opposition umsomehr, als sonst alle Staatsausgaben, laufende und einmalige, aus laufenden Betriebsmitteln gedeckt werden. In vier Jahren soll endlich eine Steuerreform mit Vermögenssteuer in Kraft treten, bis dahin sollte sich der Staat nach dem Willen der Opposition ohne Steuererhöhung behelfen. —

Liebesgaben an die Großindustrie. Aus Baden wird uns geschrieben: Baden, dessen Süd- und Westgrenze vom Rhein gebildet wird, besitzt in der Rheinstraße zwischen Schaffhausen und Basel ungeheure Wasserkraft, da dort der Rhein starkes Gefälle hat und obendrein durch Felschwellen im Flußbett gewisse natürliche Stauwehre gebildet werden. Diese Naturkräfte, an denen nur der Staat ein Recht hat, sind nun zum Teil von der Regierung an kapitalistische Unternehmungen verschont worden, auch in Zukunft sollen weitere solcher Liebesgaben an das Großkapital verabfolgt werden. Die socialdemokratische Vertretung im Landtage hat seit mehr als zehn Jahren wiederholt versucht, diesem Unfug zu steuern, bisher vergeblich. Jetzt endlich rüht sich auch in bürgerlichen Kreisen. Das Resultat war eine von allen Parteien gestellte Interpellation im Landtage des Inhalts, ob die Regierung auch weiterhin die Wasserkraft des Rheins an Private vergeben will und welchen Vorbehalt sie diesfalls zu machen gedente. In den letzten Tagen wurde die Interpellation besprochen. Die Regierung geht von ihrem Standpunkt nicht ab, nach ihr hat der Staat selbst keine Verwendung für die Kraft, auch nicht umgekehrt in elektrische Energie; die Eisenbahnverwaltung hat ebenfalls erklärt, „auf absehbare Zeit sei sie nicht in der Lage von den Wasserkraften Gebrauch zu machen“. Das „Nislo“ des freien Abjages der Kräfte will die Regierung auch nicht übernehmen. So sollen die Wasserkraft weiter verschont und an die Konzeption mit einige unschädliche Bedingungen geknüpft werden.

Mit festerer Einmütigkeit trat die Kammer einer solchen Ausschauung der Regierung entgegen; man verlangte, daß trotz der jammervollen Mißständigkeit der Eisenbahnverwaltung diese Naturkräfte möglichst dem Staat vorbehalten bleiben sollen. Wenn sie aber Private gegeben werden, dann nicht ohne entsprechende Abgaben von ihnen zu erheben und nicht ohne Vorbehalte, die eine günstige Aufhebung der Konzeption ermöglichen.

Die sozialdemokratische Fraktion stellte sich selbstverständlich auf den prinzipiellen Standpunkt, das Staatsvermögen an den Wasserkräften überhaupt nicht aufzugeben; Staat, Gemeinden oder Gemeindeverbände sollen die Kräfte fassen und ausbeuten zunächst für eigene Betriebe, im weiteren aber auch für Privatbetriebe. So weit gingen die bürgerlichen Parteien nicht, aber die Interpellation hatte doch den Erfolg, daß ein Antrag von allen Parteien eingebracht wurde, mit Konzessionserteilungen einzuhalten und Erhebungen über Umfang und eventuelle Verwertung der Wasserkräfte anzustellen. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte hierzu noch, daß zu jeder Konzession landständische Genehmigung eingeholt werden soll. Die Anträge kommen später zur Behandlung.

### Erste Kammer und Wahlreform in Baden.

Man schreibt uns aus Karlsruhe: Die Herrenhäuser scheinen einzelen zu wollen. Der Berichterstatter der Ersten Kammer, der Junker v. Güler, erklärt in dem konservativen Organ Badens, daß man die Wahlrechtsreform nicht gatt ablehnen werde, man werde sich vielmehr bemühen, auf der „mittleren Linie“ zwischen Regierungs-Vorlage und Beschlüssen der Zweiten Kammer eine Einigung herbeizuführen. Voraussetzung sei allerdings, daß die „demokratisierende Wirkung des „direkten Wahlrechts“ durch Gegengewichte eingeschränkt werde. Das klingt noch realistisch genug, aber es ist doch schon ein anderer Ton, als er kürzlich von den Herrenhäusern angeschlagen wurde. Zurückschreiten ist diese beginnende Schwächung auf den Staatsminister von Brauer, der am Donnerstag mit dem Erbgroßherzog und noch einem Minister in der Sitzung der Verfassungskommission der I. Kammer erschien und dort wahrscheinlich nachdrücklich verlangt hat, die Reform zum Abschluß zu bringen. Wie man hört, soll die Kommission jetzt gewillt sein, die Arbeit so zu fördern, daß in 14 Tagen die Wahlrechtsfrage das Plenum der Ersten Kammer beschäftigen dürfte. Kommt dort noch etwas zu stande, dann geht der Entwurf an die Zweite Kammer zurück und sollte es dabei zu einer Einigung kommen, wird wahrscheinlich eine Herbstsession abgehalten, in welcher die Reformgesetzgebung erledigt werden.

### Verfassungskonflikte in Württemberg.

Wir haben gestern im Leitartikel die Ablehnung der württembergischen Schulvorlage durch die Kammer der Standesherrn erörtert; die Schulvorlage der Regierung wollte das Schulaufsichts-Monopol der Geistlichen in etwas durchbrechen. Die Standesherrn aber wehren sich dagegen.

Dieser Beschluß der „Geborenen“ hat nun zu einem Konflikt geführt. Der württembergische „Staats-Anzeiger“ veröffentlicht am Sonnabend ein Handschreiben des Königs an den Kultusminister v. Weizsäcker, worin er sein lebhaftes Bedauern ausdrückt, daß der mit der Schulgesetzgebung unternommene Versuch, eine Ausgleichung der Gegensätze auf dem Gebiete des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche zur Schule herbeizuführen, vorläufig ins Stocken geraten sei; gleichzeitig spricht der König dem Minister seinen Dank für seine vielfachen Bemühungen in dieser Angelegenheit sowie sein volles Vertrauen aus.

Wie uns eine Privatdepesche aus Stuttgart unterrichtet, deutet das Handschreiben auf einen scharfen Konflikt zwischen dem evangelischen König und dem katholischen Thronfolger. Die Nationalliberalen suchen den Volkswillen abzulenken auf den Thronfolger, die katholischen Prinzen und die mangelhafte Zusammensetzung des Herrenhauses.

Die Sozialdemokratie wird die Situation parlamentarisch und agitatorisch zur Förderung der völligen Beseitigung des Herrenhauses benutzen.

### Südwestafrika.

Es wird offiziös berichtet: Nordabteilung Zülo in hat am 20. Mai Otawi erreicht und fährt auf Otenga auf. Coblenz von Volkman wegen Wasser-mangels und Krankheit aufgegeben. Der Omuramba ua Nataka durch Spione beobachtet. Hauptling Rechale soll den Posten Kamutoni zerstört und den Hereros viel Munition verkauft haben. Die 9. Kompagnie, noch unberitten in Otahandja, soll Verpflegungsmäßig bedürftig sein.

### Husland.

#### Die Karthäuser-Vestehung.

In der französischen Deputiertenkammer kam es am Donnerstags-abend noch zu einem sensationellen Zusammenstoß. Millerand wiederholte, wie der gestrige Depeschenteil schon berichtete, den Versuch, das Ministerium zu stürzen und unter anderen Beschuldigungen spielte er auf die schon früher in der Öffentlichkeit zur Diskreditierung des Ministerpräsidenten vergeblich benutzte Angelegenheit an, wonach Edgar Combes, der Sohn des Ministerpräsidenten, von der Karthäuser-Kongregation eine Million erhalten habe, um ihre Auflösung zu verhindern.

Ministerpräsident Combes ergriff hierauf das Wort: Der Fehler, dessen wir schuldig sind, ist einfach dieser: das gegenwärtige Kabinett hat gewisse Leute schon zu lange gedauert. Wir waren ein Ubergangsministerium, und wir sind schon zwei Jahre geblieben; das verzeiht man uns nicht. (Stürmischer Beifall.) Wir erleben das seltsame Schauspiel, daß nicht die Rechte und das Zentrum uns angreifen, sondern Mitglieder des vorigen Kabinetts, das die Mitglieder des gegenwärtigen Kabinetts drei Jahre lang trenn verteidigt haben. (Stürmischer Beifall links.) Combes wirt die Mitglieder des Kabinetts Waldeck-Rousseau, die heute gegen ihn intrigieren, undankbarkeit vor. Herr Millerand wirt mir vor, daß ich mich von meiner Politik gegen die Kongregationen nicht trennen kann. Ich habe die Kongregationen im Interesse der Republik aufgelöst und bereitere mich nicht an ihren Ueberresten. (Stürmischer Beifall links.) (Die letzten Worte Combes' spielen darauf an, daß Millerand der Vizepräsident mehrerer Kongregationen ist.) Auf auf der Rechten: Und die Million der Karthäuser? Combes erwidert: Wenn ich mein persönliches Interesse nicht dem höheren Interesse des Landes geopfert hätte, dann hätte ich — ich schwöre es — den Beweis erbracht, daß eine Anleihe gegen mich begangen worden ist. (Beifall rechts.) Der Ministerpräsident sagt dann, er möchte nicht aus seinem Amte scheiden, bevor die Abschaffung des kongreganistischen Unterrichts endgültig entschieden sei; sobald das aber geschehen sei, werde er gern gehen. (Beifall links, Lärm rechts.)

Millerand protestiert lebhaft gegen die Andeutungen des Ministerpräsidenten und sagt, Combes suche die Debatte auf das persönliche Gebiet zu lenken.

Combes erwidert, Millerand wisse, daß er — Combes — in der Karthäuser-Angelegenheit seiner Pflicht als Chef der Regierung ein großes Opfer gebracht habe; er könne sagen, daß man zwei Monate, bevor man ihn und seinen Sohn beschuldigte, von den Karthäusern eine Million erhalten zu haben, zu ihm gekommen sei, um ihm zwei Millionen anzubieten, wenn er einen der Karthäuser günstigen Gesichts-wort einbringe. (Anhaltende Bewegung.) Er habe davon dem Ministerat Mitteilung gemacht, und dieser habe ihn dazu beglückwünscht, daß er im höheren Interesse der Politik schweigen wolle. Millerand lenke diese Thematik. (Beifall links, Lärm im Centrum.)

Nachdem zwischen verschiedenen Rednern noch eine Reihe von Bemerkungen ausgetauscht worden, verlangt der Ministerpräsident die einfache Tagesordnung. Diese wird mit 313 gegen 250 Stimmen beschlossen.

Renault Morière wünscht nun den Ministerpräsidenten über den Vestehungsversuch zu interpellieren, dessen Gegenstand dieser gewesen. Der Ministerpräsident erklärt sich mit der sofortigen Diskussion einverstanden und fährt dann aus, er sei glücklich, sich von einem Geheimnis befreien zu können, das auf ihm lastete. Der Generalsekretär des Ministeriums habe eines Tages eine Persönlichkeit

empfangen, die zwei Millionen angeboten habe, wenn dem Parlament ein den Karthäusern günstiger Gesichtswort vorgelegt werde. Der Generalsekretär habe dieser Persönlichkeit geraten, nicht die Schwelle seines — des Ministerpräsidenten — Arbeitszimmers zu überschreiten, es könne sonst geschehen, daß er das Zimmer durch das Fenster wieder verlassen müßte. Später habe man seinen — Redners — Sohn beschuldigt, eine Million von den Karthäusern erhalten zu haben. Eine Untersuchung sei eröffnet worden, die Persönlichkeit, welche den Generalsekretär des Ministeriums aufgeführt habe, habe sich aber geweigert, den Namen desjenigen zu nennen, in dessen Auftrage er den Schritt unternommen habe. Diese letztere Person habe sich aber dem Minister selbst genannt, es sei der Generalkommissar der Pariser Weltausstellung, Millerand habe gebeten, im höheren Interesse des Landes hiervon nichts bekannt werden zu lassen.

Renault Morière drückt sein Erstaunen darüber aus, daß der Ministerpräsident nicht den Namen der Person genannt habe, die den Vestehungsversuch unternommen habe. Der Ministerpräsident erwidert, es sei Sache desjenigen, diesen Namen zu nennen, der diese Erinnerungen wachgerufen habe.

Millerand erwidert, er werde das Geheimnis, das ihm aus seiner amtlichen Tätigkeit bekannt geworden sei, nicht enthüllen. (Anhaltende Bewegung.) Ficht (liberaler Republikaner) sagt, wenn Combes die zwei Millionen nicht erhalten habe, so komme das daher, daß die Karthäuser sie nicht geben wollten. Es sei angeboten worden, 300 000 Fr. im Voraus und 2 Millionen im Falle des Erfolges zu zahlen. Bertrand beantragt Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung, um den Namen der Person festzustellen, die den Vestehungsversuch gemacht hat. Unter Zustimmung des Ministerpräsidenten beschließt das Haus, am Mittwoch eine Kommission zu ernennen, die über den Vestehungsversuch eine Untersuchung anstellen soll. Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Paris, 11. Juni. Die in der gestrigen Kammerdebatte entfaltete Affaire von den Millionen der Karthäuser wird in der gesamten Presse lebhaft erörtert. Die regierungsfeindlichen Blätter greifen den Ministerpräsidenten heftig an, weil er eine Gesetzesverletzung angeordnet habe, um diejenigen, die sich eines Vestehungsversuches schuldig gemacht, vor der gerichtlichen Strafe zu schützen. Ministerial-rabuläre Blätter dagegen erklären, der Minister habe durch sein nütziges und rücksichtsloses Eintreten die Republikaner nicht gegen die Politik der Verleumdung, welche die abtrünnigen Radikalen Millerand, Doumer und Genossen mit den Radikalen trieben, in scharfer Weise protestieren. Die radikal-socialistische „Lanterne“ schreibt, in den Wandbelangen der Kammer werde der verstorbenen Generalsekretär des Ministers des Innern im Ministerium Waldeck-Rousseau De Magnan als die vom Ministerpräsidenten erwähnte Persönlichkeit genannt, doch soll der Ministerpräsident mehreren Deputierten gegenüber diese Vermutung als unrichtig bezeichnet haben.

### Schweiz.

Bern, 11. Juni. Der verwundete russische Gesandte hat eine gute Nacht verbracht. Gefahr für sein Leben ist nunmehr ausgeschlossen.

Ueber Jnidi wird mitgeteilt: Jnidi war seit einigen Tagen vollständig mittellos, was ihn zur Verzweiflung getrieben und zu dem Attentat auf den Gesandten veranlaßt hat. Jnidi hat sich nach dem Tatfeindweges gestürzt, sondern freiwillig seinen Revolver überreicht, worauf er auf die Polizeiwache geführt wurde. Dort wurde er, nachdem er Namen und Wohnung angegeben hatte, freigelassen. Erst als die Bundesanwaltschaft bei der Berner Polizei die sofortige Verhaftung verlangte, wurden Geheimpolizisten beauftragt, den Täter zu verhaften; Jnidi stellte sich demselben freiwillig. Derselbe ist offenbar ein Opfer russischer Willkürherrschaft und durch Enttäuschungen und Verfolgungen geistesgestört.

### Rußland.

Aus Rußisch-Polen bringen ober-schlesische Blätter eingehende Schilderungen der furchtbaren Not, die dort infolge der Lebensmittelsteuerung und der Arbeitslosigkeit herrscht. Die Rettungssituationen in Lodz und andern russisch-polnischen Städten haben vollauf zu thun mit Wegschaffung der Leute, die vom Hunger überwältigt auf den Straßen liegen bleiben. Raub und Diebstahl sind an der Tagesordnung. In Hunderten von Fällen suchen vom Hunger zur Verzweiflung Getriebene mit Gewalt, oft mit dem Messer in der Faust, ein Stückchen Brot zu erlangen. Sie lassen sich dann ruhig verhaften, aber die Hoffnung, im Gefängnis vor Hunger geschützt zu sein, trägt, denn die Gefängnisse sind überfüllt und dort herrscht infolge der Teuerung ebenfalls entsetzliche Not. Und dabei verschlimmern sich die wirtschaftlichen Zustände immer weiter, die angelegentlichsten Geschäftshäuser brechen zusammen und immer neue Scharen verzweifelter Arbeitsloser füllen die Straßen der Städte.

## Parlamentarisches.

**Wahlprüfungs-Kommission.** In der heutigen Sitzung sollte der Bericht über die Wahl Dröschers im zweiten Wahlkreise des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin gelesen und festgestellt werden. Obwohl der Bericht fertig ist, konnte jedoch die Feststellung wegen Beschlußunfähigkeit der Kommission nicht vollzogen werden. Bekanntlich hatte die Kommission einstimmig — also auch die Konservativen stimmten zu — beschlossen, die Wahl Dröschers für ungültig zu erklären. Die Angelegenheit wird demnach kaum vor Eintritt der Vertagung erledigt werden können.

## Vom ostasiatischen Kriegsjahresplan.

### Der Vormarsch der Japaner.

Petersburg, 11. Juni. („Laffan-Meldung.“) Die Operations-basis des Generals Kurapalkin ist nach Mukden verlegt worden. Ein Vormarsch von dort vor August ist durch die Verhältnisse ausgeschlossen.

Der amtliche „Ruhig Invalid“ meldet, der gemeinsame Vormarsch der Streitkräfte des Generals Kuroki auf der Straße von Liaoyang habe am 7. Juni begonnen.

Andere Meldungen berichten von siegreichen Gefechten der Japaner. Die Russen weichen zurück.

### Ueber die Lage in Port Arthur

liegen auch heute keine zuverlässigen Nachrichten vor. Sensations-meldungen berichten bereits von Eroberung der Außenforts durch die Japaner und Aechaltes.

### Rußland, Japan und das Christentum.

London, 9. Juni. (Wig. Ver.) Die Wochenschrift „Spectator“ brachte vor zwei Wochen einen Artikel über die „Gelbe Gefahr“, in dem das englische Volk ermahnt wurde, nicht zu vergessen, daß Rußland christlich und Japan heidnisch sei; die englischen Sympathien müßten nicht so ganz auf Seiten Japans sein, dem Rußland als christliches Reich stehe England kulturell näher. Darauf antwortete diese Woche ein Korrespondent, der sich „Far East“ zeichnet: „Ich glaube, daß diese Auffassung nicht zutreffend ist. Die Erziehung zeigte, daß sich Japan in bezug auf die christlichen Interessen im fernem Osten besser benommen hat, als Rußland. Ich will mich nicht dabei aufhalten, daß Rußland in der ersten Zeit des Bozerkaufstandes es wiederholt abgesehen hat, sich den Protesten der Vertreter Englands, Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Amerikas in Peking anzuschließen, da Rußland annahm, die Bozerbewegung sei nur gegen westeuropäische Einflüsse gerichtet, ebensowenig will ich die Haltung der russischen Truppen in der Mandchurie mit der wunderbaren Disziplin und Selbstbeherrschung der japanischen Truppen bei der Unterdrückung des Bozer-

Aufstandes vergleichen. Mit einem Punkt möchte ich erwähnen. Als nach Beendigung des Feldzuges der Augenblick herankommen war für eine Konferenz der fremden Vertreter in Peking, um über die Bestrafung der Mörder von etwa 250 europäischen Personen, die meistens in Missionsdiensten standen und deshalb massakriert wurden, zu beraten, da trennte sich Rußland plötzlich von den übrigen Mächten und lehnte es ab, mit ihnen in dieser Forderung zusammenzugehen. Der britische Botschafter in Petersburg wurde deshalb instruiert, der russischen Regierung darüber Vorstellungen zu machen, worauf ihm Graf Landsdorp antwortete: „Die Ermordung von Missionaren ist ein Gegenstand, der Rußland nichts angeht!“ (Laudach über China, Nr. 6, 1901, Seite 118.) Die wirkliche Erklärung ist, daß Rußland sich dem Peking Hofe gefällig zeigen wollte, um von ihm die Verträge betreffend die russische Festsicherung in der Mandchurie zu erhalten. Dagegen ist Japan, von dem man doch vernünftigerweise nicht erwarten konnte, die Bestrafung der Mörder von christlichen Missionaren zu verlangen, den Abmachungen mit den europäischen Mächten bis zu Ende treu geblieben und es ist ihm nicht eingefallen, die Interessen der Zivilisation und der Menschlichkeit für politische Rücksichten zu verschlucken. Wer steht also dem Geiste des Christentums näher, Rußland oder Japan?“ Der fromme „Spectator“ blieb die Antwort schuldig.

## Saarabien vor Gericht.

(Privat-Depeschen des „Vorwärts“.)

Siebenter Verhandlungstag. Sonnabend.

Vormittagsitzung.

St. Johann, 11. Juni 1904.

Eingangs der heutigen Vormittagsitzung teilt Nebenkläger Hilger mit, daß die Genehmigung zur Aussage für Oberbergat Krämmer und den früheren Steiger Pauli eingetroffen.

Pauli sagt aus: Obersteiger Jakob hat mir den Auftrag gegeben,

aufzuspaffen,

wie die Arbeiter und die katholischen Beamten wählten. Ich habe dies getan und meine Notizen abgeliefert. Ein Aufseher vom Bergvererz Lam, weil er Güler (Centrumsmann) habe hochleben lassen, an schlechtere Arbeit.

Nebenkläger läßt feststellen, daß Zeuge im Urteil des Disziplinargerichtshofes des anständigen Umganges mit einer Frau be-zichtigt wird.

Auf die Frage Heines wird zugestanden, daß geschlechtlicher Verkehr nicht behauptet werde.

Oberbergat Krämmer war zu der Zeit, als Pauli den Auftrag zur Kontrolle bei der Wahl bekommen hat, Inspektor der betreffenden Grube. Er behauptet: Eine amtliche Anordnung, die Leute bei der Wahl zu kontrollieren, ist nicht ergangen. Von der Verlegung wegen des Hochs auf Güler ist mir nichts bekannt. Ich halte das aber für ausgeschlossen. Auch ist mir nicht bekannt, daß unter Beamte Verabredungen getroffen haben, Kontrolle, wen die Leute wählen, zu üben.

Die Beweisaufnahme wird geschlossen.

Das Wort zum Plaidoyer erhält der

Staatsanwalt.

Er fährt aus: Die Flugblätter, als deren Verfasser sich Angeklagter bekennet, erheben schwere Vorwürfe gegen die Bergverwaltung, indem sie derselben Vergewaltigung der Vergleute durch Zwang zum Beitritt in den nationalliberalen Verein vorwerfen, fernere Vorwurf der Entrechtung, der Mißachtung, der Zahlung von Hungerlöhnen und der Ausbeutung erheben. Angeklagter läßt sich besonders auf die Rede des Landgerichts-Direktors Marg im Landtage. Die meisten der in dieser Rede ausgestellten Behauptungen sind aber schon im Lehnen-Prozesse als falsch erwiesen worden. Den Wahrheitsbeweis dafür, daß generelle Anweisung von der Behörde ergangen ist, die Vergleute zum Eintritt in den nationalliberalen Verein zu zwingen, hat Angeklagter nicht anzutreten versucht. Der Nachweis, daß die unteren Beamten einen solchen Druck eigenmächtig ausgeübt, ist nicht gelungen. Die behaupteten Mißregelungen wegen der Wahl sind ebensowenig bewiesen. Herr Geheimrat Hilger hat als Zeuge bekundet, daß Anordnungen, die Arbeiter wegen ihrer Abstammung zu drücken, nicht ergangen und daß ihm auch solche Anordnung seitens der Inspektionen und der Unterbeamten nicht zur Kenntnis gekommen sind. Durch die Beweisaufnahme ist in keinem einzigen Falle eine Mißregelung wegen der politischen Gesinnung nachgewiesen. Die Verlegung der Leute, die die sogenannte „Dassbach-Presse“ hielten, auf ein Zimmer ist geschehen, damit die überaus maßlosen Angriffe dieser Presse auf die Bergverwaltung den andern Leuten nicht vor Augen kommen sollten. Wie die Epigen der Dassbach-Artikel sich stets gegen Herrn Geheimrat Hilger richten, so muß auch ohne weiteres angenommen werden, daß auch die Flugblätter sich gegen denselben Herrn richten sollten.

Die Beobachtung bei der Wahl

kann nicht als eine direkte unzulässige Handlung angesehen werden, da ebensowenig wie andern Industriellen der Bergwerksverwaltung verwehrt werden kann, sich über die politische Gesinnung ihrer Vergleute zu orientieren. Ich halte das nicht gerade für erwünscht, aber auch nicht für gefehlt unzulässig. Ein Mißbrauch der Amtsgewalt, bestehend in Zwang zur Abnahme liberaler Stimmzettel, liegt nicht vor. Was das Koalitionsrecht anlangt, so trifft § 152 der Gewerbe-Ordnung auf die Vergleute nicht zu. Aber selbst angenommen er trafe zu, so steht doch die Gesetzgebung auf dem Standpunkte, daß sie in die Lohnkämpfe nicht eingreift. Sie schreibt dem Unternehmer seinen Standpunkt nicht vor. Der Arbeitgeber hat ohne weiteres das Recht, Arbeiter nach ordnungsmäßiger Kündigung zu entlassen und so liegt in Krämers Entlassung, nachdem er trotz Verwarnung die Vergarbeiter-Versammlung besuchte, kein Unrecht. Genau so lag die Sache bei dem Verbot der Knappschäfts- und Vertrauensmänner-Versammlungen. Der Vergarbeiter-Verband ist sozialdemokratisch und da die Regierung auf dem Standpunkte steht

Sozialdemokraten in Staatswerken nicht zu dulden, ist die Haltung der Bergverwaltung berechtigt. Mißachtung der Arbeiter ist auch nicht bewiesen, Herr Hilger und eine Reihe anderer Zeugen haben bekundet, daß die Behandlung eine gute ist. Die Schuld an den hohen Unfällen hat Angeklagter meines Erachtens nicht der Direktion zugeschoben, er hat aber gesagt, daß körperliche Schwäche der Arbeiter, verursacht durch schlechte Löhne und schlechte Ernährung, die Ursache sei, der Vorwurf der Ausbeutung wird widerlegt durch die amtlichen Zahlen über die Löhne und des Geheimrats Mitteilungen über die Wohlfahrts-Einrichtungen. Angeklagter steht im politischen Leben, hat ohne Zweifel die Lehnen-Prozesse verfolgt und darf sich bezüglich seines guten Glaubens nicht auf den Ab-geordneten Marg berufen, der falsche Behauptungen aufstellt. Die Behauptung von dem kühnen Leben vieler Vergleute ist zweifellos wider besseres Wissen aufgestellt. Eine Reihe Zeugen hat hier bekundet, daß die Lebenshaltung eine gute ist. Ebenfalls ist die Bezeichnung der körperlichen Schwäche als Unfall-ursache, die Behauptung von Mißachtung der Arbeiter wider besseres Wissen aufgestellt. Bei Behauptung der Ausbeutung handelt es sich wohl mehr um ein subjektives Urteil. Ich bin nicht in der Lage in allen Punkten den Tatbestand des § 187 des Strafgesetzbuches anzunehmen. Den Satz des § 193 vermag ich dem Angeklagten nicht zuzubilligen, da er nicht in Wahrnehmung berechtigter Interessen,

**sondern Aufreizung der Vergleiche im Interesse der Socialdemokratie bezweckt.** Es ist anzuerkennen, daß in den Flugblättern persönliche Spitzen vermieden sind. Solche schweren Beleidigungen, wie man sie hier von der Dasbach-Presse gewohnt ist, finden sich nicht in ihnen. Das ändert natürlich wenig an der Sache. Ich beantrage gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten, ferner Einziehung der Platten, Publikation des Urteils in den hiesigen Tagesblättern der „Rheinischen Zeitung“, der „Kölnischen Volkszeitung“ und der „Vergarbeiter-Zeitung“.  
Seines Platzhoyer  
dauerte von 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

## Aus Industrie und Handel.

**A. Scharfsche Zeitungsgesellschaft.** Die Generalversammlung der Aktiengesellschaft „Neue Hamburgische Börse“ nahm mit 107 gegen 11 Stimmen den Vorschlag an betr. Auflösung der Gesellschaft zum Zwecke der Veräußerung im ganzen an eine von Herrn Scheel bis zum 1. Juli in Hamburg zu begründende Gesellschaft mit beschränkter Haftung.  
Die Hamburger Kaufmannschaft hat die Uebernahme des „Hamburgischen Korrespondenten“ durch Scharf sehr verstimmt. Laut Rundschreiben der Aktien-Gesellschaft „Neue Hamburgische Börse“ vom 8. Juni an ihre Aktionäre hat die Handelskammer a. b. g. e. l. e. h. n. t., auf Grund der bisherigen Bedingungen mit der neu zu begründenden Genossenschaft m. b. H. einen Vertrag wegen Benutzung der Räume in der Börse abzuschließen.

**Die Generalversammlung der Hotelbetriebs-Aktiengesellschaft.** Die gestern stattfand, setzte die Dividende auf 18 Proz. fest und genehmigte die Erwerbung von Conrad Ullis Hotel Bristol, jedoch in etwas anderer Fassung als jüngst mitgeteilt wurde. Die ursprünglichen Vereinbarungen der Vorbesitzer mit dem durch die Firma Koppel u. Co. vertretenen Konsortium haben infolgedessen eine Änderung erfahren, als das Konsortium das gesamte Aktienkapital von Ullis Hotel Bristol von 1 000 000 M. zum Kurse von 80 Proz. sowie die Grundstücke unter den Linden 5/6 erwarb. Dazu gehört auch das Grundstück Behrensstraße 67 und das gesamte Inventar, das mit 400 000 M. angerechnet wird.

Das Aktienkapital wird um 2,4 Millionen Mark erhöht. Die Firma Koppel u. Co. übernimmt die Emission zu 195 Proz., und bietet 1 500 000 M. Aktien den bisherigen Aktionären zum gleichen Kurse an.

**Die Continentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen zu Nürnberg** schließt ihr Rechnungsjahr wieder mit einem Verlust, und zwar stellt sich dieser auf 687 000 M., so daß mit dem Verlustübertrag aus dem Vorjahre sich der Gesamtverlust jetzt auf rund 1,67 Millionen Mark stellt. Der Bruttogewinn beträgt für das am 31. März beendete letzte Geschäftsjahr 2 437 628 M. Die Ausgaben für Verwaltung, Steuern und Abgaben erforderten 311 260 M., Zinsen und Bankspesen 1 843 474 M., Anleihezinsen 396 000 M. Für Winderwertungen und Effektenverluste werden 691 356 M. abgeschrieben und für Kapitalbeteiligung und Erneuerung der Betriebsunternehmungen 382 543 M. zurückgestellt.

**Der Saatenstandsbericht des amerikanischen Ackerbau-Bureaus** für den 1. Juni zeigt, daß seit Mai sich der Saatenstand nur sehr wenig gebessert hat und die nordamerikanische Union sich auf eine beträchtlich geringere Getreideernte als im vorigen Jahr gefaßt machen muß. Der Durchschnittsstand betrug am 1. Juni er. für Winterweizen 77,7 Proz., für Frühjahrweizen 93,4 Proz., für Winterroggen 86,3 Proz., für Hafer 89,2 Proz. und für Gerste 90,5 Proz. Die Prozentsätze am 1. Juni 1903 stellten sich für Winterweizen auf 82,2, für Frühjahrweizen auf 95,9, für Winterroggen auf 90,6, für Hafer auf 85,5 und für Gerste auf 91,5 Proz. Der Durchschnittsstand des Winterweizens wurde am 1. Mai d. J. auf 76,5 Proz. geschätzt.

Der Stand ist also weit ungünstiger. Außerdem ist aber auch das angebaute Areal beträchtlich kleiner. Beim Winterweizen beträgt es nur 27,08 Millionen Acres gegen 33,11 im Vorjahre.

## Soziales.

### Freie Arztwahl.

Der Humberg, der den Krankenlosen unter dem Schlagworte „Freie Arztwahl“ vorgebracht wird, erzählt eine treffliche Beleuchtung durch die Vorgesicht eines Kranken an die „Rheinische Zeitung“, unser Parteiblatt in Köln. Ein Mitglied der Orts-Krankenlase für die in Fabriken beschäftigten Personen in Köln meldete sich am 18. Mai krank. Der Mann ging zu Dr. Friedländer, da ihm dieser empfohlen wurde, und auch, weil er nicht einen der Ärzte nehmen wollte, die damals die Kasse im Stiche gelassen haben. Der Arzt verschrieb dem kranken Mann für sieben Tage Milch, die auch von der Kasse geliefert wurde, doch sagte man dort, er müsse einen andern Arzt haben. Dasselbe sagte einige Tage darauf der Krankenbesucher, dem aber eine Abweisung zu teil wurde. Als das Mitglied Sonnabend das Krankengeld an der Kasse abholte, wurde ihm wieder von dem Kassendeamten zugelegt, er solle zu einem andern Arzt gehen. Der Mann hielt dem Herrn vor, daß in Köln doch freie Arztwahl eingeführt sein solle, und blieb bei Dr. Friedländer, der am folgenden Mittwoch, am 25., wieder Milch verschrieb. Am selben Tage hatte er eine Karte von der Kasse erhalten, daß er sich nämlich am Tage einer Nachuntersuchungskommission vorstellen müsse, was aber Dr. Friedländer als behandelnder Arzt verbot. Der Kranke begab sich nun zur Kasse, um das Rezept abstempeln zu lassen; doch wurde ihm gesagt, Dr. Friedländer müsse begründen, warum er die Milch verschrieb. Der Arzt hat das, und der Kranke ging andern Morgen wieder zur Kasse. Da aber wurde ihm gesagt: „Sie bekommen überhaupt keine Milch, Sie müssen ins Hospital.“ Der Kranke bekam einen Brief, worin es unter anderem hieß: „Da Ihr Verhalten eine fortgesetzte Beobachtung erfordert, werden Sie hiermit auf Grund der Verfügung der Aufsichtsbehörde ins Augustahospital überwiesen.“ Der Kranke ging hiermit zu Dr. Friedländer, der ihm riet, nicht ins Hospital zu gehen. Als er darauf Sonnabend das Krankengeld holte, bekam er nur drei Tage, bis Mittwoch, ausbezahlt, und es wurde ihm gesagt, die Kasse leistete jetzt überhaupt nichts mehr für ihn. Da ein Arbeiter, wenn er krank ist, das Geld noch nötiger als sonst zum Leben hat, war er gezwungen, auf die freie Arztwahl zu verzichten und zu einem andern Arzt zu gehen. Nachdem er das an der Kasse mitgeteilt hatte, war keine „fortgesetzte Beobachtung“ mehr nötig, der Kranke brauchte nicht ins Hospital und erhielt auch drei Tage nachbezahlt.

So frei also durfte der Mann den Arzt seines Vertrauens wählen, das man ihn vor die Wahl stellte, entweder ins Krankenhaus zu gehen oder zu einem Arzt, dem er mißtraute!

Bestimmlich will man auch in Leipzig die Kranken unter dem Rufe „Freie Arztwahl“ zwingen, Ärzte zu wählen, die sie nicht haben wollen.

### Erpressung.

Die Maurer von Poritz bei Dürrenberg und Umgegend beschloffen im Monat März in einer Verbandsversammlung, von den Maurermeistern 3 Pf. Stundenlohn zu fordern und im Falle einer Weigerung der Meister über die Bauten der Meister, die nicht bewilligen würden, die Sperre zu verhängen. Der Vertrauensmann des Verbandes, Maurer Hermann Gottschalg, teilte diesen Beschluß dem Maurermeister Jakob mit und soll dabei die Versicherung gehalten haben: „Wenn Sie die Löhne nicht zahlen, bleibt uns nichts weiter übrig, als den Wohlth über Ihre Leute zu verhängen!“ Meister Jakob bewilligte, erstattete aber dann gegen G. Anzeige wegen Erpressung und das Landgericht Halle unter Vorbehalt des Landgerichts-

Direktors Fromme verurteilte den bisher unbescholtenen Angeklagten antragsgemäß zu sechs Wochen Gefängnis, da er für andre unter Drohungen einen rechtswidrigen Vermögensvorteil verlangt haben soll.

Die Aufreizung zum Klassenhaß ist nach einem Paragraphen unseres Strafgesetzbuches strafbar. Man wird aber doch nicht etwa die einfache Mitteilung solcher Urteile mit diesem Paragraphen fassen wollen?

## Gewerkchaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Die Friedensliebe der Bäckermeister,

die von den Innungsführern der Oeffentlichkeit gegenüber so häufig beteuert wird, äußert sich gegenwärtig in der struppellosesten Minierarbeit des Wohlthatsweh-Ausschusses zur Untergrabung des zwischen den Gesellen und dem größten Teile der Meister abgeschlossenen Friedens. Erst vor einigen Tagen haben diese Herren denjenigen Meistern, die sich für den Abschluß eines Tarifvertrages mit den Gesellen erklärt hatten, unter kollegialischem Gruß den schriftlichen Rat, „mittels eingeschriebenem Brief dem Vorstehenden des Gewerbegerichts v. Schulz umgehend mitzuteilen, daß sie den Tarif nicht anerkennen“. Die in dieser Art von den Innungsvätern beehrten Meister haben es allerdings vorgezogen, den liebevollen Rat nicht Folge zu leisten, denn bis dato soll noch kein „eingeschriebener Brief“ bei dem Vorstehenden des Gewerbegerichts eingeschrieben sein. In den Nachrichten aber hat der Wohlthatsweh-Ausschuß etwas mehr Glück mit seiner „Friedensmission“ gehabt. Er läßt es sich aber auch etwas kosten. Bald im Automobil, bald in der Droshke gondeln die Herren von Ort zu Ort, von Laden zu Laden, um den „bewilligten“ Meistern eindringlichst plaufibel zu machen, daß ein wirklich zünftiger Innungsman ein den Gesellen gegebenes Ehrenwort keineswegs zu halten braucht. „Wortbruch ist Ehrensache“, so könnte jetzt die Devise der Innungsmeister lauten. Haben sie doch gestern die Köpenicker Meister dahin zu beeinflussen gewußt, daß diese den vor einigen Tagen mit der Gesellschaft ordnungsmäßig abgeschlossenen Tarifvertrag schon wieder gebrochen und zurückgezogen haben. Das ist Bäckermeister-Moral! Gegenwärtig entfaltet der Wohlthatsweh-Ausschuß seine „ehrenvolle“ Thätigkeit zur Zurückziehung der Bewilligungen im Norden und Osten der Stadt. Sehr wahrscheinlich aber wird ihm die Arbeiterschaft dieser Stadtteile die Freude an seinem Werke gründlich verjagen.

Nachdem kürzlich die Innungen der verschiedenen Kleingewerbe und auch die Rühnemänner sich auf die Seite der Väterkinder gestellt haben, versuchen es jetzt auch die antisemitischen, konserverativen und — freisinnigen Bezirksvereine, den rein wirtschaftlichen Kampf der Bäckergefelln um menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu einer politischen Nachtfrage zu stampeln. Sie nehmen in ihren Konventikeln bombastische Resolutionen an, in denen sie ihre Anhänger zur Unterstützung der „nichtbewilligten“ Bäckermeister auffordern. Man braucht diese Leute in ihrem edlen Thun nicht weiter zu fördern, denn jeder verständige, fühlende Mensch wird gewiß sein möglichstes aufbieten, um den nur zu berechtigten und bescheidenen Forderungen zur Durchführung zu verhelfen.

Der Umstand, daß in einer Anzahl Vädereien durch den Wohlthatsweh-Ausschuß die Plakate aus den Schaufenstern entfernt worden sind, veranlaßt jetzt den Vorstand der Gesellenorganisation, neue Maßnahmen zu treffen, um einem Mißbrauch mit den Plakaten vorzubeugen. Infolgedessen erklärt der Vorstand von heute ab

#### sämtliche Plakate für ungültig!

Statt der Kennzeichnung der bewilligten Vädereien durch Plakate sollen von jetzt ab an jedem Sonntag alle diejenigen Vädereien im „Vorwärts“ bekannt gegeben werden, welche die Forderungen der Gesellen nicht nur pro forma bewilligt haben, sondern dieselben in allen Teilen auch thätigst aufrechtzuerhalten. Mit der Veröffentlichung dieser Listen ist es jedem arbeitserfreundlichen Konsumenten ein leichtes, festzustellen, wo er seine Waaren fernherhin einkaufen kann.

Im Streik der Kammer ist jetzt eine entscheidende Wendung eingetreten und dürfte der endgültige Erfolg der Arbeiter nahe bevorstehen. Zunächst ist zu berichten, daß die größte hiesige Firma, die Straßenbau-Gesellschaft Böller, Wolfers, Dröge, die Forderungen unterthätig bewilligt hat. Diese Bewilligung ist um so bedeutungsvoller, als der Rühnhaber Dröge zugleich Vorsitzender der Arbeitgeber-Organisation ist. Weiter hat bewilligt die Firma J. Nise jun. in Wilmerdorf. Auch die Steglitzer Steinzeug-Innung hat sich bereit erklärt, am Montag mit dem Streikmittee zu unterhandeln.

Der Vorstand der Berliner Steinzeug-Innung wird von vielen Mitgliedern bestärkt, die Sache durch Verhandlung zu beendigen, widrigenfalls eine weitere Anzahl Meister auf eigene Faust zu bewilligen drohen.

### Deutsches Reich.

**Bauarbeiterkämpfe in Hessen-Kassau.** In der ganzen Rhein-gegend macht sich in diesem Jahre eine große Kampfbewegung unter den Bauarbeitern bemerkbar. In Mainz, Wiesbaden, Marburg, Mühlheim, Fechenheim, Fulda befinden sich die Maurer bereits im Ausstande und in andern Orten werden Streiks vorbereitet. Ein besonderes Charakteristikum dieser Lohnbewegung ist dabei, daß auch die christlichen Maurerorganisationen an ihr teilnehmen. Am Fuldaer Maurerstreik, der am Donnerstag begonnen hat, sind z. B. fast nur christliche Maurer beteiligt. In Wiesbaden kämpfen die christlichen Maurer gemeinschaftlich mit den im Centralverbande organisierten um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Denn gerade in den ultramontanen Gegenden sind die Lohnverhältnisse die denkbar schlechtesten. Und bei dem Bestreben, diese zu verbessern, lernen die christlichen Arbeiter nun am eignen Leibe kennen, daß auch die frömmsten Unternehmer freiwillig keinen Pfennig Zugabe gewähren. Die von den Kaplänen gepredigte Harmonie zwischen Kapital und Arbeit erweist sich in der Praxis als eitel Zug und Trug. So bleibt den christlichen Gewerkschaften nichts übrig, als mit dem großen Centralverband der Maurer gemeinsam die Kämpfe zu führen. Denn wohin sie kommen, wenn sie auf eigene Rechnung und Gefahr kämpfen, hat der Maurerstreik in Limburg im vorigen Jahre und der in Fulda vor zwei Jahren mit aller Deutlichkeit gezeigt. Uebrigens zeigt sich ein Teil des Unternehmertums in diesem Jahre schon viel eher zu Konzessionen geneigt, wie in früheren Jahren.

Zunächst drehen sich die Kämpfe um eine Lohnzulage von 5 Pf. pro Stunde. In Mainz, wo die Unternehmer erst im vorigen Jahre zwölf Wochen mit den Maurern im Kampf lagen, hat man schon diesen gelernt, daß es besser ist, sich schießlich-friedlich mit den Arbeitern auseinanderzusetzen; sie wollen 3 Pf. bewilligen, knüpfen daran aber die Bedingung eines dreijährigen Tarifvertrages. Unter solchen Voraussetzungen beharren natürlich die Arbeiter auf ihrer Forderung. In Wiesbaden, Marburg ufm. ist das Unternehmertum noch etwas hartnäckiger, weil für es die Lohnkämpfe neu sind. Bezeichnend für die Stimmung im Unternehmertum ist aber, daß das Scharfmachertum eine viel größere Zurückhaltung an den Tag legt, als nach den großen Worten auf den Baumunternehmerkongressen anzunehmen war. Die Praxis lehrt eben die Herren, daß auch die Scharfmacherei sehr teuer zu stehen kommen kann.

**Abenteuer eines fahrenden Innungsmeisters.** Die Königsberger Maurermeister, die zur Werbung von Arbeitswilligen Agenten in allen Ländern haben, hatten in Erfahrung gebracht, daß in Wien ein Trupp Maurer für Königsberg angeworben sei. Herr Maurermeister Vorbe aus Königsberg wurde also beauftragt nach Breslau zu fahren, und hier die Wiener Maurer fürtsächlich in Empfang zu nehmen. Diese aber hatten, als sie in Breslau angekommen waren, sich zunächst erkundigt, ob in Königsberg gestreift werde. Als ihnen

das von den Breslauer Maurern versichert wurde, beschloffen sie, wieder nach Wien zurückzufahren. Zuerst aber sollte ihnen Herr Vorbe ihre Unkosten erlassen. Als dieser in Breslau ankam, verlangten die Maurer, bevor sie ihre Reise fortsetzten, ihre Unkosten ersetzt. Herr Vorbe froh, daß er endlich einen guten Gang gemacht hatte, zahlte das Verlangte. Nun aber erklärten ihm die undankbaren Wiener Maurer, daß sie wieder nach Wien zurückkehren würden, da man ihnen nicht mitgeteilt habe, daß in Königsberg gestreift werde. Der Herr Innungsmeister geriet darüber in höchste Rage und rannte zur Polizei, und diese forderte denn auch die Maurer auf, das Geld zurückzugeben. Das fiel denen aber nicht ein. Herr Vorbe hatte inzwischen mit Entsetzen bemerkt, daß ihm das Geld knapp geworden war. Er ließ sich telegraphisch Geld anweisen. Unterdessen war aber die Breslauer Polizei auch nicht müßig gewesen. Sie hatte die Maurer zwangsweise an den Bahnhof gebracht. Fröhlich fuhren die Maurer mit dem Meißler, der unterdessen neue Munition empfangen und Willetts gelöst hatte, ab. Doch die Freude des Herrn Innungsmeisters sollte nicht lange dauern. Schon auf der nächsten Station änderte sich das Bild. Die Maurer stiegen aus und liehen den ehrsamem Herrn allein nach Königsberg abdamppen, während sie zurück nach Wien fuhren. Betrübt, ohne Maurer und mit leeren Taschen kam der Innungsmeister in Königsberg an. Die langen Gesichter der übrigen Innungshelden, die zum Empfang auf dem Bahnhofe standen, kann man sich denken. Ganz Königsberg aber lacht über den Reinfall!

**Zur Lohnbewegung der Gummi-Arbeiter** erhalten wir vom Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter Deutschlands, Zehlfelder Berlin, folgende Zuschrift:

In der Nr. 131 des „Vorwärts“ vom Dienstag, den 7. d. Mts., heißt es im Bericht der Gummi-Arbeiter-Versammlung: Der Anfangslohn ufm. bis 18 M. wöchentlich. — Dieser Satz hat Zerstörungen herbeigeführt und bitten wir deshalb, den Passus dahingehend zu erweitern, daß als Zufuß gesagt wird: Die Anfangslohne sind für solche Arbeiter und Arbeiterinnen gedacht, welche noch nie auf Gummi, d. h. in der Branche beschäftigt waren, und denen man zur Zeit als Männer den Anfangslohn von 14—16 M. und als Arbeiterinnen von 7—8 M. pro Woche zahlt.

**Der Streik der Hamburger Brauerei-Arbeiter** kann als beendet gelten. In einer Versammlung der Ausständigen, die über den Schiedspruch des Einigungsamtes verhandelte, wurde nach längerer Debatte beschlossen, den Schiedspruch anzunehmen mit nachfolgender Resolution, die dem Einigungsamt zugestellt werden soll:

„Die ausständigen Brauerei-Arbeiter nehmen mit Bedauern Kenntnis von dem Schiedspruch des Einigungsamtes; sie legen von allem Protest ein gegen die demselben beigegebene Begründung, die nach ihrer festen Ueberzeugung nicht in genügendem Maße der Thatfache Rechnung trägt, daß der Verhinderungsvorbehalt der Brauereien bei einigem guten Willen den berechtigten Wünschen der Arbeiter hätte entsprechen und dem Kampfe hätte vorbeugen können. Sie erklären sich gleichwohl im Interesse der Allgemeinheit bereit, sich dem Spruche zu fügen unter folgenden Voraussetzungen, deren Erfüllung die unerlässliche Grundbedingung für einen ehrlichen, dauernd gesicherten Frieden ist:

1. Der Arbeitsnachweis ist auf wirklich paritätischer Grundlage zu errichten, d. h. es sind insbesondere die bei dem Berliner Ring-Nachweise konstituierten, auf den Ausnahmefällen der Brauereien beruhenden, die Arbeiter schwer drückenden und schädigenden Mängel statutarisch zu beseitigen; zu diesem Zwecke hat die Ausarbeitung des Statuts durch das Einigungsamt unter Mitwirkung der Parteien zu erfolgen.

2. Die Wiedereinstellung aller Ausständigen in ihre alten Posten hat in kürzester Frist zu erfolgen.“

**Schwere Strafe dem, der . . . . .** In einer außerordentlich hohen Strafe wurde vom Dresdener Schöffengericht der Maurer Katol wegen Rötigung verurteilt. Bei einem Maurerstreik auf einem Neubau in Leubnitz-Neuostra hatten die Bauarbeiter Hegevald und Huble aus Prohibitions-Arbeitswilligendienste geleistet. Ihnen soll der am Streik mitbeteiligte Maurer Katol gesagt haben: „Schämt Ihr Euch nicht? Je älter Ihr werdet, desto dummer werdet Ihr auch“ ufm. Auch soll er eine „drohende Haltung“ eingenommen haben. Nach einigen Tagen ist der Streik durch gegenseitige Verständigung beendet worden, und nun stellen die ausständig gewordenen Maurer das Verlangen, daß die Arbeitswilligen entlassen werden sollten. Dem wurde zwar nicht Rechnung getragen, doch wollen die beiden ganz außergewöhnlich gehandelt worden sein. Auch hierbei soll sich Katol besonders hervorgethan haben. Obwohl dieser das bestritt und nur die erwähnte Äußerung zugab, maß das Gericht doch den Angaben Hegevalds vollen Glauben bei und verurteilte Katol nach § 153 der Gewerbe-Ordnung zu drei Monaten Gefängnis.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Beilegung des Konflikts in der Metall-Spielwaren-Industrie.

**Nürnberg, 11. Juni. (B. Z. B.)** Nach dem „Frankfurter Kurier“ ist zwischen den Vereinigten Metall-Spielwaren-Industriellen und der Lohnkommission des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes heute nachmittags in einer gemeinsamen Verhandlung eine Einigung im Lokustreite erzielt. Demgemäß findet die in der gestrigen Arbeiterversammlung beschlossene Arbeitseinstellung am nächsten Montag nicht statt.

**Essen a. Ruhr, 11. Juni. (B. Z. B.)** Bei der Verfolgung eines flüchtigen Verbrechers, in dem man den Vorbeder Mörder vermutete, gab ein Kriminalbeamter scharfe Schüsse ab. Der Verbrecher wurde verletzt und verhaftet, aber auch ein Passant wurde durch einen Schuß verletzt.

**Essen, 11. Juni. (B. Z. B.)** Wie jetzt festgestellt ist, betrogen die Unterschlagungen des Bankdirektors Gollmann bei der Vorbeder Sparbank 850 000 M. Das Aktienkapital ist total verloren.

**Karlsruhe, 11. Juni. (B. Z. B.)** Die Budgetkommission der Zweiten Kammer stimmte der von der Regierung vorgeschlagenen Steuererhöhung von 20 Proz. zu. Dafür stimmten das Centrum und die Nationalliberalen, dagegen die Freistimmigen, Demokraten und Socialdemokraten.

**Wien, 11. Juni. (B. Z. B.)** In dem Beleidigungsprozeß der Berliner Versicherungs-Gesellschaft Victoria gegen den früheren Generalagenten der Gesellschaft in Oesterreich Ernst Solomon Agai wegen zahlreicher durch die Presse und eine Drohschreibe gegen die Gesellschaft erhobenen schweren Vorwürfe wurde heute das Urteil gefällt. Den Geschworenen lagen 88 Punkte zur Beratung vor. Agai wurde in 28 Punkten freigesprochen und in 8 Punkten verurteilt. Das Urteil lautete auf einen Monat einfachen Arrest.

**Leipzig, 11. Juni. (B. Z. B.)** Die Stadt Turka ist von einer Feuersbrunst heimgesucht, welcher bis gegen Abend 200 Häuser zum Opfer fielen.

**Lyon, 11. Juni. (B. Z. B.)** Heftige Regengüsse haben hier und in der Umgegend großen Schaden angerichtet. Die Ditchen Arbeit und Tarare sind überflutet. Der Rhonefluß ist im Steigen begriffen.

**Christiania, 11. Juni. (B. Z. B.)** Das schwedisch-nordwestische Ministerium des Auswärtigen hat telegraphisch durch die Gesandtschaft in Tokio gegen die Beschlagnahme des norwegischen Dampfers „Aggi“ protestiert und die Reederei vorbehalten, Schadenersatz für die rechtswidrige Beschlagnahme und deren Folgen zu verlangen.

**Der Dampfer** war von Cardiff nach Nagasaki mit einer Ladung Kohlen gekommen, die für Japan bestimmt war und in Kobe gelöscht werden sollte, wohin das Schiff an eine japanische Reederei verkauft war.

**New York, 11. Juni. (B. Z. B.)** Nach einem Telegramm aus Santiago de Guayaquil nimmt in Bahya (Peru) die Wellenpest eine große Ausdehnung an. Innerhalb drei Stunden sind zehn Personen der Krankheit zum Opfer gefallen.

Reichstag.

96. Sitzung. Sonnabend, den 11. Juni 1904, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Niemand. Die Abg. Baffermann (natl.) und Klumenthal (Sp.) sind in das Haus eingetreten.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Wahlprüfungen. Die Wahlen der Abgg. Dr. Stöckmann (Sp.), v. Oldenburg (Ed. d. L.), v. Kalkau (Frhr. zu Wartenburg und Penzlin (L.) und Meun (L.), Komman (fr. Vg.), Meier-Jobst (fr. Sp.), Horn (natl.) und Potthoff (fr. Vg.) werden debattelos für gültig erklärt. Beweis-erhebungen werden beschlossen für die Wahlen der Abgg. Böh-Saarbrücken (natl.), Korstanty-Rattowicz (Pole) und Fuchs-Trier-St. Wendel-Dittweiler (C.). Unter den Berichterstattern sind auch die Abgg. Schulze-Coschobude, Geyer und Fischer (Soz.).

Die Wahl des Abg. v. Dirksen (Sp.), die die Kommission für gültig zu erklären beantragt, wird auf Antrag des Abg. Geyer (Soz.) von der Tagesordnung abgesetzt.

Ueber die Wahl des Abg. Gidhoff-Erfurt (fr. Sp.) beantragt die Kommission Beweis zu erheben.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) beantragt die Wahl an die Kommission zurückzuverweisen. Einmal seien grobe Rechenfehler zu Ungunsten des Abg. Gidhoff im Kommissionsbericht enthalten. Andererseits enthalte dieser den Satz, daß der ganze Körper durch den Isolierraum gebildet sein müsse, da man sonst aus Bewegungen auf die politische Stellungnahme schließen könnte. (Weiterkeit.) Wahrscheinlich denkt sich die Kommission, der Wähler stimme liberal, wenn er sich nach links dreht, sonst konservativ. (Erneute Weiterkeit.)

Abg. v. Strombeck (C.) schließt sich dem Antrage an, der ohne weitere Debatte angenommen wird.

Es folgen Petitionen. Die Darmhändler und Importeure bitten: 1. Därme in Zukunft nicht unter das Fleischschau-Gesetz fallen zu lassen; 2. das Verbot der Einfuhr von Pöfelfleisch bis zu vier Kilogramm wieder aufzuheben; 3. Kälbermägen, Schafsdärme usw. ohne Beschau einführen zu lassen.

Die Kommission beantragt, über letzteren Antrag zur Tagesordnung überzugehen, den Rest der Regierung als Material zu überweisen.

Abg. Held (natl.) wendet sich gegen Aufhebung des Einfuhrverbots. Das deutsche Vieh sei fast durchweg gesund, im vereinfachten Auslande werde die Fleischschau liberlich gehandhabt. Abg. Scheidemann habe gesagt: die Bauern, deren Hausflachtungen von der Beschau frei seien, nährten ihre Dienstboten mit dem schlechten Fleisch. Aber mit dieser Anschuldigung habe er nur seine elementare Unkenntnis bewiesen. Heute müßten die Landwirte ihre Dienstboten nicht nur teuer bezahlen, sondern auch gut behandeln und ernähren. (Lachen links.) Die ganze deutsche Landwirtschaft hat fast ausschließlich an den Viehzüglern Interesse. Nur dadurch hat der kleine Mann Geld. Das Getreide verfüttert er nur oder draugt es für seinen Haushalt. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Abg. Rosenfeld ruft: Getreidezölle!) Der Bauer will gar keine Getreidezölle. In meiner Gegend haben Bauern für die Sozialdemokratie gestimmt, bloß weil die gegen die hohen Kornzölle war. (Hört! hört! und große Heiterkeit links.) Ich weiß gar nicht, was Sie wollen. Sie werden doch selbst nicht glauben, daß Bauern mit einem Besä von weniger als zwei Hektar viel Getreide verkaufen können. (Stürmische Heiterkeit und lebhaftes Zustimmung links.) Gerade deshalb hat mich beunruhigt, daß die Viehzölle nicht als Minimalzölle fixiert worden sind. Wir wollen feste Preise von angemessener Höhe, damit gerade dieser größte und ärmste Teil der Landwirtschaft weiterleben kann. (Bersingelter Beifall.)

Abg. Strombeck (C.) beantragt, die Petition betreffend Befreiung der eingeführten Därme von der Fleischschau und der Befreiung eingeführten Pöfelfleischs bis zu 4 Kilogramm von derselben der Regierung zur Erwägung (statt als Material) zu überweisen.

Der Antrag findet nicht die genügende Unterstützung.

Abg. Strombeck (C.): Ich halte mich gleichwohl für verpflichtet, für die Petition besonders warm einzutreten. Bei der Ausnahme der Därme von der Fleischschau ist gar keine Gefahr, da sie doch nicht zum Essen verwendet werden, und auch die Einfuhr von Pöfelfleisch bis zu vier Kilo unterliegt keinerlei Bedenken. Gerade die Wurstfabrikation in meinem armen Wahlkreise hat dieses Material dringend nötig.

Preussischer Geheimrat Bumm sucht darzulegen, daß die Regierung auf die Beschau der Därme nicht verzichten könne, da sie schließlich doch in vielen Fällen als menschliche Nahrungsmittel dienen.

Abg. Edmund Fischer-Sachsen (Soz.): Wie danken dem Abg. Held dafür, daß er uns in so überzeugender Weise gesagt hat, aus welchen Gründen von der rechten Seite Gesetze, die angeblich zum Schutze der Gesundheit geschaffen werden, beschloffen und angenommen werden. Für sie handelt es sich nur um den Schutz der Landwirtschaft und ihnen liegt ja auch heute wieder eine Petition vor, die landlichen Bezirke von der Kontrolle anzunehmen, weil es überflüssige Kosten mache. Herr Held hat nun ausgeführt, daß das deutsche Schwein vollkommen gesund wäre, und behauptet, daß in Bayern eine Verfeuerung überhaupt nicht bestände. Aber in Bayern gab es 1900: 23 000 verfeuerte Geflügel mit 100 000 verfeuerten Hühnern, 57 000 Schafen und 50 000 Schweinen. Das soll nach Held gar nicht in Betracht kommen. Erst in letzter Zeit hat die Verfeuerung ein wenig nachgelassen. Wenn das Fleischschau-Gesetz wirklich nur zum Schutze der Konsumenten dienen sollte, dann müßte es allgemein durchgeführt werden, auch Hausflachtungen umfassen. Zahllose Thatsachen beweisen, daß Bauern ihrem Gesunde krankes Fleisch vorgelegt haben, und mancher keine Bauer nimmt es wohl auch für sich nicht so genau. Herr Held sagte, er begreife nicht unsern Internationalismus, unsere Vorliebe für das amerikanische Schwein. Wenn wir für eine gute Ernährung des deutschen Arbeiters sorgen, so ist doch das erst eigentlich national. Nur um dem deutschen Arbeiter gutes Fleisch zu verschaffen, treten wir auch für die Einfuhr amerikanischen Fleisches ein. Denn noch heute müssen Hunderttausende von Arbeitern ohne oder mit ungenügender Fleischnahrung sich behelfen. Daß drei Millionen Landwirte unter zwei Diktaren gänzlich von der Viehzucht leben, wir keinerlei Interesse an Getreidezöllen haben, ist durchaus richtig und von uns immer und immer wieder bei den Zolldebatten behauptet worden. Daß Herr Held es gesagt hat, ist uns ein sehr angenehmes Geständnis. Wollen Sie den Import ausländischen Fleisches ausgleichen, so sorgen Sie nur für Befreiung der Getreidezölle, für Verbilligung des Futters, dann wird das deutsche Vieh sich dem ausländischen von selbst gegenüberstellen können. Für uns handelt es sich hier nur um eine gesundheitsheilsame Frage. Wir werden die Petition unterstützen, die den deutschen Arbeitern möglichst viel gesundes Fleisch zugänglich macht. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Staudy (L.): Auch mich hat die Rede des Herrn Held gestreut. Ich entnehme aus ihr, daß er Handelsverträge ohne hohe Viehzölle ablehnen wird. Ich beantrage über die ganzen hier vorliegenden Petitionen, die Aenderung des Fleischschau-Gesetzes, zur Tagesordnung überzugehen. Gerade wir wollen nicht, daß die Bestimmungen des Fleischschau-Gesetzes, die den Schutz der Gesundheit bezwecken, irgendwie gemildert werden. (Bravo! rechts.) Wir stehen auf dem

Standpunkt, daß die Gesundheit des Volkes nicht geschädigt werden darf, und bitten, über sämtliche Petitionen zur Tagesordnung überzugehen. (Bravo! rechts.)

Abg. Erzberger (C.) schließt sich den Ausführungen des Abg. v. Staudy an. Die Zeit ist noch zu früh, um an eine Aenderung des Fleischschau-Gesetzes zu gehen. Herr Fischer-Sachsen bewegt sich in einem merkwürdigen Widerspruch. Er verlangt eine verschärfte Kontrolle und verteidigt die Mittel, um die Kontrolle durchzuführen. Uebrigens hat er zugegeben, daß in Sachsen und Württemberg die Viehzüchter abgenommen haben. Wir führen das auf die scharfen Grenzsperrn zurück, die von der Linken stets belächelt worden sind. (Sehr richtig! rechts.) Die Kontrolle der Hausflachtungen, die Herr Fischer fordert, ist graue Theorie. Wer soll denn die vielen Fleischbeschauer bezahlen, die dann erforderlich wären. (Sehr richtig! rechts.) Bevor Herr Fischer seine Vorlesungen über die Schädlichkeit der Vieh- und Getreidezölle an uns richtet, möge er doch erst seinen Parteigenossen Schippel belehren, dessen Artikel in der „Chemnitzer Volkstimme“ und sehr viel Freunde bereiten. (Heiterkeit rechts und im Centrum.) Schippel beweist darin, daß Zölle notwendig sind, sogar unter Umständen Getreidezölle, wenn ein Land zum Abschluß von Handelsverträgen gelangen will. Und wie Schippel denken Calwer und andre. Herr Fischer rät den Landwirten, auf die Zölle zu verzichten und zur Viehzucht überzugehen. Wenn aber die Getreidezölle aufgehoben werden, dann ist die deutsche Landwirtschaft kaputt und damit auch alle Viehzüchter. (Sehr richtig! rechts.) Auf einem Aft kann die deutsche Landwirtschaft unmöglich sitzen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) wendet sich gegen die Ausführungen des Vorredners, denn eigentlich liege das Petition doch auch im Interesse des deutschen Viehzüchters, denn es erleichtere den Abzug deutscher Wurst. Was hat die heimische Viehzucht für ein Interesse daran, die Därme zu verteuern. Ist denn überhaupt schon ein Tuberkelnoten einer fertigen, getöhten, gesotteten, getaucherten Wursthaut entdeckt worden? (Weiterkeit.) Eine wirkliche praktische Bedeutung hat doch die Beschau der Därme nicht, die nur eine Komödie sei. (Sehr richtig! links.) Die Gebühren der Fleischschau würden doch sonst so hoch befunden.

Abg. Graf Oriola (natl.) erklärt sich für den Antrag Staudy. Das Fleischschau-Gesetz sei im Interesse der Konsumenten erlassen; es habe allerdings alle Freunde der Landwirtschaft gestreut, daß die Existenz der Landwirtschaft durch dieses Gesetz gefährdet worden sei. (Sehr richtig! rechts.) Redner nimmt den Abg. Held gegen die Angriffe des Abg. Fischer in Schutz.

Geheimrat Bumm: Wenn man den Grundgedanken aufstellt, daß alles Fleisch nicht untersucht zu werden braucht, das durch die Bearbeitung unschädlich wird, dann könnte man sich die Untersuchung bei der Hälfte alles Fleisches sparen. Man kann aber keinen Unterschied nach der Zweckbestimmung treffen. Bei den Därmen handelt es sich nicht nur um Tuberkelnoten, es handelt sich auch um Därme, die in Pöfel übergegangen sind, oder die von gefallenen Tieren stammen. Alle diese Därme müssen zurückgewiesen werden. Uebrigens ist die Darmeinfuhr trotz der Untersuchung in den letzten Jahren ständig gestiegen.

Abg. Thiele (Soz.): Der Abg. Erzberger hat es so dargestellt, als hätte mein Fraktionsgenosse Schippel Getreidezölle à tout prix gebilligt und sich mit der Partei in vollkommenen Widerspruch gesetzt. Davon ist gar nicht die Rede. Mein Freund Schippel hat die Zölle von Voraussetzungen und Möglichkeiten abhängig gemacht, die für Deutschland durchaus nicht zutreffen. Herr Erzberger wird also den Nachweis für seine gegenteilige Behauptung führen oder sie zurücknehmen müssen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Fischer-Sachsen (Soz.): Ich muß die Behauptung, die ich in Bezug auf den Abg. Held gemacht habe, durchaus aufrecht erhalten. Er hat uns gerade einen Vorwurf daraus gemacht, daß wir bei dem Fleischschau-Gesetz das Konsumenten-Interesse in den Vordergrund gestellt haben. Er hat sich auch ganz streng gegen die Getreidezölle ausgesprochen und deutlich gesagt, wir wollen keine Getreidezölle. Das ist unser Argument aus den Zolldebatten, daß die kleinen Landwirte durch die Getreidezölle nur geschädigt werden, von einem agrarischen Mitglied der nationalliberalen Partei bestätigt. Er hat uns jetzt selbst gesagt, daß nur die Großgrundbesitzer von den Getreidezöllen Vorteile haben, und daß gerade wir die Interessen der deutschen Viehzucht vertreten haben. Herr Erzberger leugnete die Möglichkeit einer Durchführung der Fleischschau bei den Hausflachtungen. Aber in Sachsen war sie schon vor langer Zeit durchgeführt. Das muß in anderen Ländern ebenso möglich sein. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (C.): Ich habe gar nicht daran gedacht, dem armen Kollegen Schippel, der aus seiner Fraktion schon soviel Angriffe zu ertragen hat, seine Stellung noch zu erschweren. Im Gegenteil, ich bewundere seinen Mut, ihnen, Herr Abg. Bebel, so viel unangenehme Wahrheiten zu sagen. (Zuruf des Abg. Bebel: Wir hatten ihn ja aufgefordert!) Ich bin nicht überzeugt, daß alle Ihre Fraktionsgenossen den gleichen Mut gehabt hätten. (Murmure bei den Sozialdemokraten.) Herr Thiele hat von mir den Beweis verlangt, daß Herr Schippel für Getreidezölle eingetreten ist. Ich kann die fünf Artikel aus der Chemnitzer „Volkstimme“ ja nicht verlesen. Aber wenn Herr Schippel nicht einen unlogischen, aber sozialdemokratisch principientreuen Seitenprung machen will, muß er zu den Getreidezöllen kommen. Ich stehe mich, daß Herr Thiele ihn verteidigt. Die Schützflämmer in der Fraktion haben also schon wieder Zutwachs bekommen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Uebrigens ist ja auch der alte Herr Grewlich, den ich persönlich kenne, für Agrarzölle eingetreten, und Ihr österreichischer Parteigenosse Karpfles (Abgeordneter Bebel: Der nicht!), nein, der ist nur für höhere Schützölle eingetreten, ebenso die ungarischen und französischen Sozialdemokraten. — Herr Fischer meinte, was mit der Fleischschau in Sachsen möglich ist, müßte auch anderswo möglich sein. In Sachsen haben Sie 20 Sozialdemokraten, das ist wo anders auch nicht möglich. (Abg. Hilbrandt (Soz.): Warten!) Rein, wenn ich warte, belohnt Abg. Bauri recht, dann fliegen Sie noch alle raus. Für heute will ich nur konstatieren, daß die Sozialdemokratie wieder einmal die unnötige und überflüssige Fleischschau bei Hausflachtungen gefordert hat.

Abg. Dr. Müller-Sagan polemisiert gegen Abg. Erzberger. Gegenüber dem Antrag Staudy muß ich beantragen, die Petition von der Tagesordnung abzusetzen. Für diesen Antrag stimmen die Sozialdemokraten und die Freisinnigen. Unter großer Heiterkeit konstatiert Vizepräsident Graf Stolberg, daß dies die Mehrheit ist.

Persönlich bemerkt Abg. Thiele (Soz.): Herr Erzberger hatte es so dargestellt, als ob mein Parteifreund Schippel nachträglich dem Zolltarif von 1902 seine Zustimmung gegeben hätte. (Widerspruch des Abg. Erzberger.) Wenn Sie das nicht sagen wollten, hätten Ihre Ausführungen überhaupt keinen Sinn. Gegen diese Auslegungen der Schippelschen Äußerungen habe ich mich gewandt, ohne zu verstehen, daß ich in sozialpolitischen Fragen mit meinen Freunden auf einem ganz andren Standpunkt stehe als der Kollege Schippel. Nach weiteren persönlichen Bemerkungen der Abgg. Erzberger, Held und Fischer schließt die Debatte.

Es folgt die Petition für Einführung des Befähigungsnachweises für das Handwerk.

Abg. Dr. Müller-Sagan beantragt, sie von der Tagesordnung abzusetzen. (Große Heiterkeit.) Widerspruch wird nicht erhoben.

Es folgt die Petition betr. Unterdrückung schlechter Literaturerzeugnisse.

Abg. Dr. Müller-Sagan beantragt sie von der Tagesordnung abzusetzen. (Stürmische Heiterkeit.) Es geschieht.

Die Petitionen betreffend Verunreinigung des Mainwassers, Aenderung der Eivilprozess-Ordnung usw. und Gewährung von Invalidenwohlfahrten werden debattelos nach den Kommissionsanträgen erledigt, letztere nach Empfehlung durch den Berichterstatter Abg. Thiele.

Petitionen betreffend Aenderung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständigen werden ebenso wie Petitionen betreffend Militärpensionsansprüche der Reichsflanzler debattelos zur Erwägung resp. als Material überwiehen.

Petitionen um Gewährung der Kriegsteilnehmer-Beihilfe werden dem Reichsflanzler auf Antrag des Abg. Dr. Krenndt (Sp.) als Material überwiehen, während die Kommission Uebergang zur Tagesordnung beantragt hatte.

Eine Petition betreffend Aenderung des § 175 des Strafgesetzbuches wird auf Antrag des Abg. Grafen Dampsch (C.) von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Stadtgemeinde Spandau ersucht um Erlaß eines Reichsgesetzes betr. Heranziehung des Reichsflanz zu den Gemeindefinanzen. Die Kommission beantragt, die Petition dem Reichsflanzler als Material zu überwiehen.

Abg. Pagnis (fr. Vg.) führt Beschwerde darüber, daß die Regierung trotz wiederholter Wünsche des Reichstags ein solches Gesetz noch immer nicht vorgelegt habe. Wenn diese Sache nicht verstanden soll, muß der Reichstag auch bei dieser Gelegenheit wieder ein kräftiges Wort reden, damit die betreffenden Gemeinden endlich zu ihrem Rechte kommen. (Bravo! links.)

Das Haus beschließt gemäß dem Antrage der Kommission, Einige weitere Petitionen werden debattelos erledigt. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr. (1. Dritte Beratung der Münzgesetz-Novelle. 2. Zweite Beratung der Togobahn und 3. der Reichsgarantie für die Bahn von Dar-es-Salam nach Progoro. 4. Zweite Beratung des Sevidtarifs. 5. Antrag Grober betreffend Herabsetzung der Minimalstrafen für Vergehen von Soldaten gegen die untern Vorgesetzten. 6. Dritte Beratung des Gesetzes betreffend Kaufmannsgerichte.) Schluß 4 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Organisationsfragen werden in der Elberfelder „Freien Presse“ erörtert. Es werden darin feste Beiträge der Organisationen an den Parteivorstand als wünschenswert bezeichnet. In Anknüpfung an einen jüngst vom Genossen Pfannsch in Hannover gehaltenen Vortrag, worin dieser die Centralisierung der Parteiorganisation bekämpfte, weil sie dem Parteivorstande eine unmögliche Arbeit auflade, wird in dem Artikel gesagt, daß dem durch eine Verstärkung des Parteivorstandes begegnet werden könne, und es wird außerdem ausgesprochen, daß der Parteivorstand nicht bloß Geschäfte erledigen, sondern auch eine systematische Agitation organisieren sollte.

Auch über den § 2 des Organisationsstatuts verbreitet sich der Artikel und er redet nicht nur dem vom Parteivorstande bereits gemachten Aenderungsvorschläge das Wort, sondern wünscht auch noch eine weitere Aenderung.

Bei Gelegenheit des schiedsgerichtlichen Verfahrens gegen Bernhard, Braun und Heine ist von der besagten Seite darauf hingewiesen worden, daß es ein unhaltbarer Zustand sei, wenn ein einzelner Genosse im Lande das Recht habe, durch einen Ausschlußantrag die Einsetzung eines Schiedsgerichts durchzusetzen. Man solle bestimmen, daß ein solcher Antrag nur von der Parteiorganisation des Ortes, an dem der Beschuldigte wohnt, gestellt werden könne. Wir stimmen dem hier geltend gemachten Bedenken zu, nicht aber dem Vorschlage, wie dem Bedenken begegnet werden soll. Es kann nicht nur leicht möglich werden, daß die Gesamtpartei den Ausschluß eines Genossen für notwendig erachtet, während sich an dessen Wohnort, infolge seines persönlichen Einflusses, keine Mehrheit findet, sondern zwei drastische Beispiele dafür liegen bereits vor: Solingen und Dortmund. Diese beiden Fälle haben seiner Zeit hauptsächlich dazu geführt, daß das schiedsgerichtliche Verfahren eingeführt wurde. Damit wir nicht wieder in die alte Mißere geraten, aber auch nicht jedem einzelnen Genossen das Recht einräumen, den Apparat eines Schiedsgerichts in Bewegung setzen zu können, machen wir den Vorschlag, daß ein Ausschlußantrag nur von einer Parteiorganisation gestellt werden kann, wobei es aber ganz gleichgültig ist, an welchem Orte sich diese Organisation befindet.

Zum Schluß fordert der Artikel noch, daß die Reichstagsfraktion auf dem Parteitage nur durch einen Ausschluß vertreten sein dürfe.

Der Prozess Emmel gegen Wehbecher in Mülhausen hat auch in der Verfassungsiniziativ ein für Emmel ungünstiges Urteil zur Folge gehabt. Bekanntlich ist Emmel von einem Parteischiedsgericht angeklagt worden, gegen Wehbecher Verleumdungsklage anzuführen, weil dieser ihn des Hypothekenschwindels, des Meineids und des Betruges bezichtigt hatte. Vor dem Schiedsgericht war keine volle Aufklärung zu erlangen gewesen. Wegen der beiden ersten Vorwürfe war Wehbecher zu 80 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil sich der Vorwurf des Hypothekenschwindels und des Meineids als unwahr erwies. Der Vorwurf des Betruges wurde jedoch als begründet angesehen und in diesem Punkte Wehbecher freigesprochen. Den Betrag sollte Emmel gegen den Bergmann Strauch sen. unter Mithilfe von dessen Sohn zurückzahlen, indem er den Strauch sen. veranlaßte, einen Kaufvertrag zwischen Emmel und Strauch jun., aus dem eine Schuldverschreibung Strauchs jun. gegen Emmel entstand, als Bürgen zu unterschreiben, obgleich er Strauch sen., der nicht lesen kann, in den Glauben versetzt haben soll, daß er nur als Bürgen unterschreibe. Beide Strauchs hatten zu Ungunsten Emmels ausgesagt und das wirkte trotz verschiedener Unklarheiten bestevogen stark gegen Emmel, weil Strauch jun. sich durch sein Zeugnis selbst der Verleumdung zum Betrag an seinem Vater bezichtigte.

Emmel hatte deshalb Verurteilung eingelegt und neue Zeugen beigebracht. Es wurden auch Aussagen gemacht, aus denen hervorzugehen scheint, daß Strauch sen. sich bei der Leistung der Unterschrift unter den Kaufvertrag seiner Rechtspflicht bewußt gewesen sei, daß sonach beide Strauchs die Unwahrheit ausgesagt haben. Trotzdem hielt das Gericht das Zeugnis der Strauchs nicht für erschüttert und wies Emmels Verurteilung ab. Auch Wehbecher hatte Verurteilung eingelegt und ihr wurde insofern stattgegeben, als die erste Instanz Emmel die Publikationsbefugnis für das Urteil zugesprochen hatte. Das Verfassungsgericht kam zu der Ansicht, daß die Verleumdungen nicht in der Öffentlichkeit ausgesprochen worden seien und hob die Publikationsbefugnis auf. Im übrigen wurde auch Wehbechers Verurteilung abgewiesen, so daß in der Hauptsache das Urteil der ersten Instanz bestätigt ist.

Emmel hat nun, da seine Ehre auf dem Spiele steht, durch seinen Anwalt bei dem Landgericht in Saargemünd gegen sich eine Demütigung wegen Betruges einreichen lassen, um vor der Strafkammer eine volle Aufklärung der Sache herbeizuführen.

Genosse Adam Wojtchowski, der frühere verantwortliche Redakteur der „Gazeta Robotnicza“ in Kattowitz, wurde am Sonnabend aus dem Verfassungsergebnis entlassen, in dem er 18 Monate hinter dem Gitter verbracht hat. Die Urteile betrafen drei Artikel der „Gazeta Robotnicza“: zweimal wegen „Aufregung zum Massen-

hab" — das dritte Mal wegen Beleidigung. Die Kattowitzer Genossen haben für diesen Tag eine polnische Volksversammlung einberufen, in der Wojciechowski unmittelbar nach seiner Entlassung sprechen wird.

#### **Pollzcellisches, Gerichtliches usw.**

Das Urteil gegen Genossen Peirotes in Straßburg, der der Beleidigung der bayerischen Offiziere schuldig befunden worden ist, lautet auf 200 M. Geldstrafe, gegen den mit angeklagten Verleger Genossen Wöhle auf Freisprechung.

### **Tustmord an einem neunjährigen Kinde.**

Dem unaufgeklärten Verbrechen in Charlottenburg schließt sich eine neue graufige That an. Sonnabendmorgen gegen 8 Uhr sah in der Nähe der Reichsbrücke der Knecht eines Schiffers aus Sachsenhausen, dessen Kahn am Reichstagsufer liegt, einen menschlichen Körper zwischen Kahn und der Quaimauer eingeklemmt im Wasser. Der Leichnam befand sich in einem rot- und weißgestreiften Unterrock. Der Knecht benachrichtigte sofort den in der Nähe beschäftigten Besitzer des Kahns, Schiffer Unstrut, der mit ihm zusammen den Körper landete. Es wurde festgestellt, daß es sich um die Leiche eines 9jährigen Mädchens handelte, deren Kopf, Arme und Beine sorgfältig vom Rumpfe getrennt waren. Von dem Halse ragte noch ein Stück aus dem Unterrock hervor. Der Körper war außerdem noch mit einem Hemd bekleidet. Die Kriminalpolizei wurde sofort von dem Leichensfund benachrichtigt und stellte Maßnahmen zur Retrospektion der Leiche an. Es gelang ihr verhältnismäßig leicht, die Persönlichkeit der Ermordeten festzustellen, denn ihr war bereits am Freitag das Verschwinden der 9jährigen

#### **Lucie Berlin**

gemeldet worden und die Behörde vermutete sofort, daß die aufgefundenen Leiche identisch sei mit der Vermissten. Die Ermordete ist die Tochter des in der Ackerstraße 130, Hof 1 Treppe wohnenden Zigarrenarbeiters Berlin. Der Vater des unter so entsetzlichen Umständen aufgefundenen Kindes wurde sofort benachrichtigt und erkannte an dem Unterrock seine Tochter wieder. Die Kleine, welche noch zwei Brüder im Alter von 14 und 18 Jahren hat, war am Donnerstagnachmittag um 12 Uhr von der Schule — sie besuchte die 17. Gemeindeschule in der Ackerstraße 67 — nach Hause gekommen und hatte sich dann nach dem Hofe hinunter begeben, wo ein Leierkasten spielte. Das Mädchen tanzte mit anderen Kindern und ging dann mit einer Schulkameradin auf die Straße. Dem Tanzen der Kinder hatten

#### **zwei junge Männer**

zugehört, die sich gleichfalls zu dieser Zeit aus dem Hause entfernten. Wie nun festgestellt worden ist, hat einer der beiden Burschen die Schulkameradin der V., die 12jährige Marija Schoppe, deren Eltern Ackerstraße 132 wohnen, angesprochen und ihr unflüchtige Anträge gestellt. Dann richtete der Unbekannte seine unflüchtigen Anträge auch an die Kleine Berlin, welche sich jedoch entfernen wollte. Kummervoll schenkte der junge Mann dem Kinde Geld und die V. soll sich nach den Angaben der Schoppe hierfür Bonbons gekauft haben. Die Schoppe begab sich dann nach Hause, ohne sich weiter um die Kameradin zu bekümmern. Seit dieser Zeit war die Lucie Berlin verschwunden, was den Eltern um so auffälliger erschien, als die Kleine, welche für ihr Alter sehr stark entwickelt war, Fremden gegenüber sich stets absehnend verhielt.

#### **Der That verdächtig**

ist der erwähnte junge Mann sowie ein zweiter Bursche, der sich mit dem ersten gemeinsam schon am Donnerstag den ganzen Vormittag hindurch in der Ackerstraße zwischen Bernauerstraße und Gartenplatz aufgehalten hatte. Der Hauptverdächtige, ein etwa 20jähriger Mensch mit hellgrauer Ueberzieher und weißem Strohhut, hatte sich gegen 11 Uhr vor der 17. Gemeindeschule postiert und die dort herauskommenden Mädchen beäugt. Die Kriminalpolizei ist in fieberhafter Thätigkeit, um die Entdeckung des oder der Mörder herbeizuführen, und es wurden heute vormittag sämtliche Kinder, welche die Männer gesehen haben wollen, vernommen. Bezüglich der That selbst wird von der Behörde angenommen, daß der Mord noch am Donnerstag nachmittag verübt worden ist. Allein Ansehen nach liegt ein Tustmord vor; daraus deutet der Umstand, daß der Unterleib, wie es auch sonst bei derartigen Verbrechen der Fall ist, aufgeschlitzt ist. Die Körperteile der Ermordeten wurden vermutlich in der Gegend der Burgstraße ins Wasser geworfen. Diese Annahme findet eine gewisse Bestätigung durch die starke Strömung, welche die Spree jenseits der Friedrichsbrücke hat. Zweifellos ist der Körper in der Nacht zum Freitag den Fluten übergeben worden. Die Leiche würde wohl schon weiter fortgerrieben sein, wenn sie nicht zwischen dem Schiff und der Quaimauer hängen geblieben wäre.

Die polizeilichen Ermittlungen haben bestimmte Anhaltspunkte über die

#### **Persönlichkeit des mutmaßlichen Mörders**

ergeben. Es liegen hierzu zwei positive, sich ergänzende Befundungen zweier Zeugen vor. Die Vernehmung der Schulkinder der 17. Gemeindeschule brachte zunächst die wichtige Aussage der dreizehnjährigen Anna Adamczak aus der Ackerstraße 124. Als das Mädchen mit einer Freundin, nach seiner Angabe kurz nach 1 Uhr mittags, an dem Hause Ackerstraße 129 in der Richtung nach der Bernauerstraße vorbeiging, wurde es von einem etwa vierzigjährigen bis fünfzigjährigen Manne angesprochen. Es entspann sich zwischen beiden folgendes Gespräch. Der Fremde: „Kleine, komm doch mit mir mit, ich gebe Dir auch einen Sechser.“ Anna A.: „Ich muß etwas für meine Mutter besorgen und habe keine Zeit.“ Der Fremde: „Wo wohnst Du denn, und kommst Du bald zurück?“ Anna A.: „Ich wohne Gartenstraße 79 und komme in ungefähr einer Stunde zurück.“ (Das intelligente Mädchen hatte absichtlich eine falsche Adresse angegeben.) Der Fremde: „Ich werde Dich am Gartenplatz erwarten, Du mußt aber auch kommen.“ Die kleine Neugin gibt über die Person folgende Beschreibung. Der Fremde ist etwa 40 bis 50 Jahre alt, etwa 1,60 Meter groß, hat einen kurzgeschneitten, rotblonden, stark mit grauen Haaren durchsetzten Vollbart. Er war bekleidet mit einem weißen, flachen, jedoch stark schmutzigen Strohhut mit schwarzem Bande, dunklem Jackett, Weste und Hose und schwarzen Stiefeln. Er hatte eine Menge kleiner Flaschen bei sich. In einer derselben befand sich ein grünes Pulver. In der Hand hielt er noch eine große Flasche, anscheinend Seltzerflasche, die in Zeitungspapier gewickelt war.

Eine fast hiermit

#### **übereinstimmende Schilderung**

über den mutmaßlichen Thäter giebt der bei dem Friseur Fischer, Ackerstraße 129, angestellte Gehilfe. Dieser hat den unbekanntem Mann längere Zeit beobachtet und besonders den Vorgang mit der Anna A. bemerkt. Er behauptet allerdings, daß dies in der Zeit zwischen 2 und 3 Uhr gewesen sei, doch dürfte er sich vielleicht in der Zeitbestimmung irren. Bezüglich des Jacketts des Fremden behauptet er, daß es eine dunkle Modemarke hatte. Der Zeuge beobachtete den Verdächtigen etwa eine halbe Stunde lang und bemerkte, daß er auch auf der andren Seite gehende Mädchen zu sich heranwinkte. Die Kinder glaubten aber wohl, daß der Mann drohe und liefen fort. Schließlich entfernte sich der Fremde, bei dem auch er die fraglichen Flaschen bemerkt hatte, langsamen Schrittes, sich wiederholtend umwendend, nach dem Gartenplatz. Der Gehilfe hatte dann im Laden zu ihm. Es wird nun angenommen, daß der Verdächtige sich nach dem Gartenplatz begeben hat, um dort die Adamczak zu erwarten, und als diese nicht kam, zurückgekehrt ist. Hierauf deutet die Aussage der neunjährigen Grete Fischer, welche die Berlin in Begleitung eines unbekanntem Mannes gesehen hat, jedoch von demselben eine unbestimmte, wenn auch annähernd ähnliche Beschreibung giebt wie die beiden Vorgenannten. Die Angaben der übrigen in der Schule vernommenen Mädchen sind zum Teil widersprechend und scheinen auch vielfach auf Einbildung zu beruhen, so zum Beispiel diejenige eines Kindes aus dem Hause Ackerstraße 125, welches behauptet, daß ein Mann ihm

50 Pfennig angeboten habe. Dieser Fremde wollte am Donnerstag wieder kommen und ihm dann 1,50 M. schenken. Im Laufe des gestrigen Vor- und Nachmittags erfolgte eine Besichtigung der Wasserfläche der Spree und des Spreelanals, weil man mit der Möglichkeit der Auffindung der fehlenden Leichenteile rechnete. Da die Gliedmaßen, falls sie ins Wasser geworfen sein sollten, schneller fortgeschwemmt sein dürften als der aufgefundenen schwerere Körper, so erstreckte sich die Besichtigung auch auf den unteren Teil des Flußlaufes, blieb jedoch bisher ergebnislos. Vielfach ist die Anschauung verbreitet, daß zwischen dem Leichensfund in Charlottenburg und der Ermordung der kleinen Berlin ein Zusammenhang bestehe, resp. daß beide Verbrechen von ein und demselben Thäter verübt worden seien. Daran werden Zweifel laut. Der Tustmord muß durch den Leichensfund in Charlottenburg angeregt worden sein, die Verflüchtigung vorzunehmen, in der Hoffnung, daß das Ermittlungsverfahren hierdurch erschwert werde. Den Eltern des ermordeten Mädchens erscheint es auffällig, daß die Kleine mit einem Fremden mitgegangen sein soll, sie glauben vielmehr, daß das Kind durch eine List in eine fremde Wohnung hineingelockt worden ist.

Bemerkenswert sei noch, daß die Eltern der Ermordeten sich des besten Rufes erfreuen und auch das Mädchen wohlgeleitet war. Auf die Entdeckung des Mörders hat der Polizeipräsident eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt.

Der Rumpf der Ermordeten Lucie Berlin wurde gestern, Sonnabend, nachmittag in Gegenwart eines Richters und des ersten Staatsanwalts Dr. Steinrück von den Gerichtsärzten Medizinalrat Dr. Wittgenzweig, Prof. Dr. Strakmann und Dr. Schulz obduziert. Wie zu erwarten war, konnte auch durch die Obduktion die Todesursache nicht mit positiver Sicherheit festgestellt werden. Die Gliedmaßen sind wahrscheinlich erst nach dem Tode abgetrennt worden. Der Schnitt in den Unterleib geht von unten nach oben; es ist möglich, daß er dem unglücklichen Kinde schon bei Lebzeiten beigebracht wurde. Nach dem Mageninhalt wurde das Mädchen etwa eine Stunde nach seiner letzten Mahlzeit umgebracht. Der Inhalt wird noch mikroskopisch untersucht werden, woraus die letzte Mahlzeit bestand. Bei der Abtrennung der Gliedmaßen ist der Mörder nicht so kunstgerecht zu Werke gegangen wie in dem Charlottenburger Fall. Eine gewisse Rechltheit, die vorzuliegen schien, wurde durch die Obduktion nicht bestätigt. Der Thäter hat zwar auch einige Kenntnisse bewiesen, aber doch bei der Kastrumierung der Arme und Beine vielfach auch das ganze Muskelsystem zerschritten. Nach der Zerstückelung der Leiche wurde der Rumpf in den beiden Unterrocken und das Hemd eingewickelt und nach dem Wasserlauf geschickt. Die Kleidungsstücke waren besonders an den Stellen, wo sie die Wundflächen berührten, mit Blut stark getränkt. Es ist aber durch das Spreewasser zum Teil schon wieder ausgelaugt, während der Rumpf noch ziemlich viel Blut enthielt. Verschiedene Körperteile werden noch darauf untersucht werden, ob das Kind vor dem Tode geschlechtlich vergewaltigt worden ist.

Die Nachforschungen nach dem Thäter, die von der ganzen Kriminalpolizei mit großem Eifer betrieben werden, hatten bis gestern Abend noch keinen Erfolg. Die Arbeit wird dadurch außerordentlich erschwert, daß die Beamten bis jetzt durchaus lediglich auf Behauptungen von Kindern angewiesen sind. Diese widersprechen sich sehr oft, und sehr häufig kommt es zuletzt darauf hinaus, daß sie nur ändern nachsprechen, ohne selbst etwas wahrgenommen zu haben. Nach den beiden Mädchen, die Lucie Berlin vom Hofe weg holten, suchte die Kriminalpolizei alle Häuser der ganzen Umgebung ab, ohne sie zu finden. Das größere, von dem man nach vielen Ausfragen annehmen zu können glaubte, daß es blond sei, wird nun doch auch wieder etwas anders beschrieben; hiernach kann es auch dunkelblondes oder selbst schwarzes Haar haben. So lange diese Mädchen nicht ermittelt sind und vernommen werden können, wird die Kriminalpolizei kaum weiter kommen. Die Kinder mögen wohl fürchten, daß ihnen wegen der Ermordung der Lucie Berlin auch etwas geschehen könne, und sich darum nicht herauswagen. Das ist aber ganz falsch. Selbst wenn sie das Mädchen mittelbar oder unmittelbar dem Mörder zugeführt haben, so kann ihnen doch nicht das geringste geschehen. Sie trifft keine Schuld, da sie ja die schreckliche Absicht des Mannes, mit dem sie das Mädchen zusammenbrachten, auch nicht ahnen, geschweige denn wissen konnten. Aber eine große Schuld haben sie auf sich, wenn sie jetzt mit ihrer Wissenschaft hinter dem Berge halten und dadurch dazu beitragen, daß der Mörder straffrei ausgeht. Und diese Schuld ist um so größer, je schrecklicher das Verbrechen. Das sollten auch alle Eltern bedenken, deren Kinder etwa in Betracht kommen können. Sie sollten ihnen ernstlich ins Gewissen reden, wenigstens ihnen zu sagen, was sie wissen, und dann mit den Kindern oder ohne sie zur Polizei gehen. Alle Kinder, die am Donnerstag mit Lucie Berlin zusammen gewesen sind oder sie irgendwo gesehen haben, mühten alles, was sie wissen, ihren Eltern erzählen. Der Thäterhaft verdächtig sind zwei junge Männer. Der Drehscheibspieler, der auf dem Hofe war, ist ermittelt und bereits vernommen worden. Von Leuten, die mit ihm mitliefen, kommt niemand in Betracht. Es ist auch nicht jener Mann, der sich einmischte, als Lucie Berlin sich mit einem andern Mädchen anstaltete und es schlug. Dieser Vorfall, auf den in einigen Blättern als eine Spur hingewiesen wird, spielte sich nicht am Donnerstag, sondern schon am vergangenen Sonntag ab. Es handelt sich vielmehr um zwei junge Männer, die am Donnerstag mit drei Mädchen zusammen in der Ackerstraße gesehen wurden. Beide haben einen schwarzen Schnurrbart, der eine einen kleinen, der andre einen ziemlich starken. Der eine ist über mittelgroß, der andre kleiner. So lange die beiden mehrfach erwähnten Mädchen sich nicht melden, wird es aber schwer sein, diese beiden verdächtigen jungen Männer zu finden.

Leichenteile oder andre Kleidungsstücke wurden auch bis gestern Abend nicht gefunden.

#### **Das Polizeipräsidium**

teilt mit Bezug auf die heute früh hier gefundene Leiche eines Mädchens folgendes mit der Bitte um schleunige Weiterverbreitung mit: Die ermordete Lucie Berlin ist am Donnerstag, den 9. d. M., von zwei Mädchen aus ihrem Hause, Ackerstr. 140, abgeholt worden. Die ältere der beiden war etwa 12—13 Jahre alt, hatte dunkles Haar, das wahrscheinlich in einen Zopf geflochten war, sie trug ein braunes Kleid, weiße Strümpfe, schwarze Lackstiefel und blaue Ohrringe. Dieses Mädchen hat die Lucie Berlin vom Hofe geholt, während die zweite, jüngere, vor der Hausthür wartete. Letztere war ungefähr 8 Jahre alt, sie hatte blondes offenes Haar und trug schwarzes Kleid und gelbe hohe Stiefel. Alle drei haben sich bei dem Kaufmann Franke in der Ackerstraße Bonbons gekauft und sind gegen 1 Uhr in der Nähe des Gartenplatzes gesehen worden. Die beiden Mädchen sollen sich sofort bei der Polizei melden, da auf ihre Befundungen größter Wert gelegt wird.

### **Gerichts-Zeitung.**

Und das nennt sich Gesechshüter!

Obwohl die Rechtsprechung des Kammergerichts in letzter Zeit äußerst ungünstig für die Streitposten ausgefallen ist — es wurden nämlich mehrfach freisprechende Urteile vom Kammergericht unter teilweise kaum verständlichen Begründungen wieder aufgehoben — so haben Berliner Gerichte im Laufe dieser Woche doch wieder eine Anzahl Freisprüche gefällt. Es handelte sich um eine Reihe von Metallarbeitern, die anlässlich des großen Dürder- und Gürtlerstreiks Streitposten gestanden hatten und dann von der Polizei in der üblichen Weise durch Sittierung und Strafmandate belästigt worden waren. Verteidigt wurden die Angeklagten vom Rechtsanwalt Dr. Heinemann. Die Freisprechungen beruhten zum Teil darauf, daß die Schuldeute ihre Anordnungen nicht allein darauf beschränkten, die Streitposten von der Straße zu weisen, sondern sie auch aus Hausfluren und Thortwegen vertrieben, während die Strafenordnung sich doch nur auf Dinge bezieht, die sich auf der Straße ereignen. Eine größere Anzahl wurde frei-

gesprochen, weil das Gericht die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß die Schuldeute die Ausständigen nur deshalb von der Straße gewiesen haben, um ihnen das Streitpostensitzen an sich unmöglich zu machen.

Besonders charakteristisch für die Entstehung solcher Streitpostenprozesse ist folgender Fall. Zwei Tischler hatten im Juni v. J. vor einer Fabrik Streitposten gestanden und zu einem Arbeitswilligen in durchaus ruhigem Tone gesagt: „Kollege, hier ist Streik, arbeite hier nicht!“ Darauf kam der Werkmeister der Fabrik angelaufen, fragte den Arbeitswilligen, was die Streitposten zu ihm gesagt hätten, holte dann einen Schyrmann und ließ beide Leute siffieren. Sie erhielten auch prompt ihr Strafmandat über je 30 M. mit der Begründung, daß sie einen Arbeitswilligen mit Redensarten belästigt, gelärmt, geschimpft, dadurch groben Unflug verübt und einen Kaufauf verursacht hätten. Die Beweisaufnahme ergab die gänzliche Haltlosigkeit dieser Beschuldigung, denn sowohl der Arbeitswillige wie auch der Werkmeister neben dem Schyrmann konnten als Zeugen absolut nichts Belastendes gegen die beiden Angeklagten aussagen. Der Arbeitswillige hatte sich auch in keiner Hinsicht belästigt gefühlt. Die ungerechte Beschuldigung war lediglich dem Ueberreifer des Werkführers und des Schyrmannes zu verdanken. Auf Grund des Ergebnisses der Beweisaufnahme erkannte das Gericht auf Freisprechung. Begründend führte der Vorsitzende aus: Die Angeklagten hätten weiter nichts gethan, als in durchaus rechtmäßiger Weise ihr Koalitionsrecht ausgeübt. Das Einschreiten gegen sie sei direkt ungesetzlich gewesen. Es verstoße gegen das Gesetz, wenn in dieser Weise das Koalitionsrecht angetastet werde. Geradezu traurig ist es, daß Leute, die nichts Ungeheures begangen haben, ohne weiteres Sittierungen ausgesetzt seien, dann noch Strafbefehle erhielten und so vor Gericht gebracht würden. Außer der Freisprechung erscheine es auch angemessen, die den Angeklagten erwachsenen außergerichtlichen Kosten wie auch die Kosten der Verteidigung der Staatsanwaltschaft aufzuerlegen. Denn es sei den Angeklagten nicht zu verargen, daß sie sich einen Rechtsbeistand angenommen hätten, da erfahrungsgemäß Streitprozesse, in denen Freisprechung erfolgt, von der Staatsanwaltschaft meistens durch alle Instanzen hindurch gebracht würden und deshalb für die Angeklagten eine sachgemäße Verteidigung notwendig sei.

**Arbeitswillige Revolverhelden.** Wir berichteten seiner Zeit über einen Vorfall aus dem vorjährigen Feilenarbeiterstreik. Damals stand der Arbeiter J. Streitposten, als die Arbeitswilligen Gebrüder Friedrich und August Piontel, an ihm vorbeizogen. Der Arbeiter J. sagte in Bezug auf einen der Arbeitswilligen zu einem Bekannten: „Das ist auch einer von denen.“ Die beiden Brüder griffen darauf den Streitposten spöttlich an und mißhandelten ihn in rohester Weise mit der Faust und mit Gummischläuchen. Als die Umstehenden einschreiten wollten, zog der eine Piontel einen Revolver hervor und legte auf die Leute an, indem er sich damit brüstete, Polizeibeamte hätten ihm als Arbeitswilligen empfohlen, sich in dieser Art zu bewaffnen und der Streitenden entgegenzutreten. J. wurde in der ersten Instanz noch obendrein wegen Belästigung der beiden Arbeitswilligen verurteilt, in der zweiten Instanz jedoch freigesprochen. Auf seinen wiederholten Strafantrag hin wurde dann auch endlich gegen die Brüder Piontel Anklage wegen Körperverletzung erhoben. Strafmildern sog das Gericht zwar in Betracht, daß die Angeklagten von J. durch die angegebenen Worte gereizt worden seien. Im Hinblick auf die Roheit ihrer That erfolgte aber dennoch ihre Verurteilung zu einem Monat resp. zwei Wochen Gefängnis. — Ob ein Streitposten, der sich einem Arbeitswilligen gegenüber auch nur entfernt so roh benommen hätte wie die Brüder Piontel dem Arbeiter J. gegenüber, auch so glimpflich wegkommen wäre, kann auf Grund der bisherigen Erfahrungen wohl billig bezweifelt werden.

Uebrigens hoffen wir bald näheres über die Angabe des einen der Verurteilten zu erfahren, wonach Polizeibeamte ihm geraten haben, den Streitenden mit dem Revolver entgegenzutreten. Der Polizeipräsident hat alles daran zu setzen, um zu ermitteln, ob wirklich einer seiner Beamten dem Arbeitswilligen einen so ungeheuerlichen Rat gegeben hat. Stimmt es mit der Nennministerei des Piontel, so wären die in Betracht kommenden Beamten entsprechend zu reaktivieren, im andern Falle müßte nach bisheriger Gepflogenheit der Arbeitswillige wegen Polizeibelästigung unter Anklage gestellt werden.

**Ein heißer Kampf um die Vorläure,** die schon zu so vielen wissenschaftlichen Diskussionen in ärztlichen Vereinen und Streitschriften Veranlassung gegeben und zu Maßnahmen des Bundesrates und des Reichs-Gesundheitsamtes geführt hat, tobte gestern viele Stunden hindurch vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I. Veranlassung dazu gab eine Anklage wegen Verstoßes gegen das Nahrungsmittelgesetz, die gegen den Kaufmann Wilh. Keller, den Kaufmann Maximilian Michaelis, Geschäftsführer der Nährmittel-Industrie-Gesellschaft m. b. H., den Chemiker Dr. Maximilian Riegel von derselben Gesellschaft, den Chemiker Dr. Ernst Cahm und den Fabrikanten Paul Frank, letztere als Inhaber einer Fabrik für Eterpräparate, gerichtet war. Es handelt sich bei der Anklage um die Fabrikation bezw. den Betrieb von Speise-Eigelb, welches mit Bockäure konserviert und in dieser Form seit langer Zeit im Handel und in der Industrie gang und gäbe ist. Derartige mit Bockäure konservierte Eigelb-Präparate werden besonders gebraucht zur Herstellung von Eiercognac, ferner werden sie von Bäckern, Konditoren, Teig- und Nudelfabrikanten usw. in ihren Betrieben verarbeitet. In den bei den Angeklagten beschlagnahmten Präparaten sind Vorläure-Zusätze von 1,2 bis 1,8 Proc. festgestellt worden. — Sämtliche Angeklagten bestritten, sich der Nahrungsmittel-Verfälschung bezw. des Betriebes gesundheits-schädlicher Nahrungsmittel schuldig gemacht zu haben. Die Geschlechten, die als Sachverständige ihr Gutachten abzugeben hatten, waren geteilter Meinung; einige hielten die Vorläure für schädlich, andre für völlig harmlos. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten Keller 150 M., gegen Michaelis und Dr. Riegel je 300 M., gegen Dr. Cahm und Frank je 500 M. Geldstrafe, Einziehung der Präparate und Publikation des Urteils. Der Gerichtshof sprach die sämtlichen Angeklagten frei. Der Gerichtshof, so führte der Vorsitzende unter andern aus, sei hier vor eine Aufgabe gestellt, die er weder erfüllen könne, noch zu erfüllen habe. Die Grundfrage der Anklage bilde die Frage, ob der Zusatz von Vorläure eine Verfälschung involviere und ob er gesundheits-schädlich sei. Da die Geschlechten über diese Frage noch völlig uneinig seien, so sei es nicht Aufgabe des Gerichts, einen derartigen wissenschaftlichen Streit zu entscheiden, da ihm jede Grundlage fehle. Aber wenn auch eine höchste autoritative Entscheidung der Streitfrage vorläge, würde in diesem hier verhandelten Falle eine Freisprechung erfolgen müssen. Den Angeklagten sei weder ein wissenschaftlicher, noch ein sachlicher Verstoß gegen das Nahrungsmittelgesetz nachgewiesen. Da der Bundesrat Vorläure nur bei Wein und Fleisch verboten habe, hätten die Angeklagten wohl annehmen können, daß das Verbot sich auf andre Produkte nicht erstrecke.

#### **Eingegangene Druckchriften.**

**Blasenker.** Bilder aus dem Berliner Centralgefängnis. Von \*.\* Berlin. Ullstein u. Co.  
**Aus einem Häftlingsleben.** (1833—1839.) Die Geschichte meiner Kindheit. Von Claire v. Glämer. Dresden und Leipzig. Verlag von Oelmeich-Winden.  
**Wag, Walter.** Privatdocent an der Technischen Hochschule in Karlsruhe. Goethe, Humboldt, Darwin, Hölzel. Vier Vorträge. 250 Seiten. Verlag Enno Queß in Berlin-Sigul. 1904.



G. Gaedel, Wühlenerstr. 68 z.  
O. Biele, Wühlenerstr. 69.  
O. Hein, Strohmannstr. 24.  
G. Werner, Koppenstr. 23.  
H. Gorzyska, Wühlenerstr. 22.  
P. Hesse, Wühlenerstr. 11.  
D. Hanks, Blumenstr. 10.  
P. Schneider, Gärtnerei 22.  
H. Lude, Wühlenerstr. 27.  
Fr. Papke, Frankfurter Allee 40.  
E. Magnus, Wühlenerstr. 18.  
K. Darmstadt, Gubenerstr. 42.  
H. Nietsch, Wühlenerstr. 16.  
W. Schornikau, Wühlenerstr. 37.  
St. Gümmer, Wühlenerstr. 2.  
R. Schneider, Camariterstr. 8.  
R. Giese, Wilhelm Stolzstr. 43.  
F. Franke, Wühlenerstr. 45 a.  
D. Bohndorf, Königsbergerstr. 30.  
W. Zühko, Wühlenerstr. 47.  
P. Heinz, Wühlenerstr. 45.  
A. Hoffmann, Wühlenerstr. 22.  
E. Krause, Blumenstr. 51 a.  
H. Gieseke, Wühlenerstr. 1.  
H. Terpe, Wühlenerstr. 74.  
R. Starck, Wühlenerstr. 28.  
A. Hähke, Wühlenerstr. 16.  
F. Heine, Wühlenerstr. 18/19.  
C. Merkel, Wühlenerstr. 1.  
F. Bohne, Wühlenerstr. 11.  
E. Sägt, Strohmannstr. 35.  
F. Susat, Wühlenerstr. 3.  
J. Kutzer, Wühlenerstr. 4.  
O. Stedda, Wühlenerstr. 4.  
G. Gackel, Wühlenerstr. 68 a.  
H. Stowor, Wühlenerstr. 20.  
K. Martin, Blumenstr. 29.  
A. Grünberg, Wühlenerstr. 73.  
P. Reich, Thonrstr. 67.  
F. Hübner, Wühlenerstr. 55.  
R. Giese, Wilhelm Stolzstr. 43.  
F. Kukwa, Wühlenerstr. 100.  
C. André, Wühlenerstr. 44.  
R. Böttner, Frankfurter Allee 108.  
Gruschka, Landsberger Allee 43.  
P. Heiseal, Landsberger Allee 123.  
R. Schenkel, Wühlenerstr. 26.  
F. Stachowski, Wühlenerstr. 2.

**Nordost.**  
A. Alfert, Wühlenerstr. 18.  
B. Roloff, Wühlenerstr. 29.  
R. Schlie, Wühlenerstr. 9.  
W. Porath, Wühlenerstr. 15.  
Weitzick, Georgenstr. 43.  
A. Lettmann, Wühlenerstr. 7.  
R. Lange, Wühlenerstr. 26.  
J. Gössmann, Wühlenerstr. 21.  
A. Biedau, Landsbergerstr. 94.  
G. Wegener, Wühlenerstr. 76.  
R. Balbin, Wühlenerstr. 30.  
H. Kühne, Wühlenerstr. 20.  
H. Oock, Wühlenerstr. 12.  
O. Bult, Wühlenerstr. 31.  
A. Richter, Wühlenerstr. 57.  
P. Bley, Wühlenerstr. 17.  
H. Böhm, Wühlenerstr. 12.  
H. Kruse, Wühlenerstr. 8.  
O. Schirmacher, Wühlenerstr. 3.  
C. Liebert, Wühlenerstr. 6.  
O. Flemming, Wühlenerstr. 9.  
A. Fiehlitz, Wühlenerstr. 46.  
E. Wohlgemuth, Wühlenerstr. 10.  
K. Krause, Wühlenerstr. 10.  
J. Kroll, Wühlenerstr. 21.  
E. Schumann, Wühlenerstr. 6 a.  
C. Dorendorf, Wühlenerstr. 17.  
H. Dönike, Wühlenerstr. 39.  
F. Mittelendorf, Wühlenerstr. 14.  
O. Müller, Wühlenerstr. 10.  
J. Schullaseh, Wühlenerstr. 65/66.  
R. Büttner, Wühlenerstr. 108.  
G. Eggert, Wühlenerstr. 157/158.  
A. Seemann, Wühlenerstr. 7.  
G. Seifert, Wühlenerstr. 17.  
H. Fbrater, Wühlenerstr. 302.  
P. Lamia, Wühlenerstr. 12.  
L. Schmidt, Wühlenerstr. 24.  
O. Ziegler, Wühlenerstr. 7.  
P. Nitschke, Wühlenerstr. 23.

**Süd-Ost.**  
F. Bachstein, Wühlenerstr. 58.  
C. Stähler, Wühlenerstr. 16.  
O. Schörrig, Wühlenerstr. 22.  
F. Tschonke, Wühlenerstr. 36 a.  
C. Müller, Wühlenerstr. 42.  
D. Dielenbach, Wühlenerstr. 63.  
R. Ladewig, Wühlenerstr. 32.  
C. Müller, Wühlenerstr. 35.  
E. Klammeck, Wühlenerstr. 32.  
A. Meyer, Wühlenerstr. 58.  
P. Tews, Wühlenerstr. 6.  
H. Neumann, Wühlenerstr. 68.  
Kanatowski, Wühlenerstr. 18.  
M. Kotzan, Wühlenerstr. 2.  
W. Schulz, Wühlenerstr. 85.  
A. Kauf, Wühlenerstr. 25.  
E. Fritz, Wühlenerstr. 21.  
A. Lippert, Wühlenerstr. 67.  
G. Böhm, Wühlenerstr. 20.  
E. Huth, Wühlenerstr. 124.  
G. Kautz, Wühlenerstr. 37.  
A. Brauer, Wühlenerstr. 99.  
F. Bachstein, Wühlenerstr. 58.  
Miesko, Wühlenerstr. 99.  
C. Röder, Wühlenerstr. 24.  
Th. Jackson, Wühlenerstr. 39.  
E. Menzel, Wühlenerstr. 59 a.  
C. Witschel, Wühlenerstr. 24.  
M. Eule, Wühlenerstr. 18.  
R. Hess, Wühlenerstr. 45.  
A. Meyer, Wühlenerstr. 82.  
F. Riebenstahl, Wühlenerstr. 46.  
Otto Grigoleit, Wühlenerstr. 92 a.  
A. Langwitz, Wühlenerstr. 56.  
H. Nicolas, Wühlenerstr. 66.  
Schenk, Wühlenerstr. 4.  
Hanks, Wühlenerstr. 23.  
R. Moritz, Wühlenerstr. 11.  
H. König, Wühlenerstr. 1.  
W. Tooritz, Wühlenerstr. 5.  
A. Rest, Wühlenerstr. 138.  
Fr. Behlau, Wühlenerstr. 12.  
H. Bass, Wühlenerstr. 10.  
E. Gentsmann, Wühlenerstr. 77.  
A. Nass, Wühlenerstr. 49.  
H. Grossmann, Wühlenerstr. 36.  
C. Wagner, Wühlenerstr. 101.  
C. Dehmel, Wühlenerstr. 63.  
G. Kruse, Wühlenerstr. 5.  
F. Thieme, Wühlenerstr. 198.  
G. Guntau, Wühlenerstr. 21.  
L. Ratzmann, Wühlenerstr. 103.  
Ch. Sohrin, Wühlenerstr. 111.  
A. Hülsberg, Wühlenerstr. 114.  
R. Barack, Wühlenerstr. 26.  
J. Targatsch, Wühlenerstr. 7.  
L. Schirmacher, Wühlenerstr. 87.  
A. Köhler, Wühlenerstr. 100.  
A. Stella, Wühlenerstr. 81.

**F. Lebus, Wühlenerstr. 44.**  
R. Finger, Wühlenerstr. 93.  
G. Mieth, Wühlenerstr. 28.  
R. Zobel, Wühlenerstr. 23.  
Protzeck, Wühlenerstr. 42.  
P. Hanel, Wühlenerstr. 66.  
E. Barth, Wühlenerstr. 1.  
Hanks, Wühlenerstr. 45.  
Schmidt, Wühlenerstr. 47.  
Weber, Wühlenerstr. 69.  
P. Gehricks, Wühlenerstr. 61.  
P. Schütze, Wühlenerstr. 34.  
E. Fromberg, Wühlenerstr. 42.  
G. Marks, Wühlenerstr. 3.  
L. Osterhagen, Wühlenerstr. 41.  
C. Weber, Wühlenerstr. 43.  
M. Jantke, Wühlenerstr. 7/8.  
E. Heilmann, Wühlenerstr. 64.  
S. Stephan, Wühlenerstr. 20.  
O. Wagenknecht, Wühlenerstr. 8.  
A. Krause, Wühlenerstr. 35.  
G. Zenka, Wühlenerstr. 153.  
C. Tennart, Wühlenerstr. 19.  
H. Heilmann, Wühlenerstr. 19.  
F. Müller, Wühlenerstr. 1.  
W. Fiebig, Wühlenerstr. 5.  
R. Sotosch, Wühlenerstr. 27.  
R. Halbauer, Wühlenerstr. 2.  
C. Schulz, Wühlenerstr. 61.  
P. Maiwald, Wühlenerstr. 21.  
Punkte, Wühlenerstr. 10.  
A. Manthey, Wühlenerstr. 37.  
R. Heide, Wühlenerstr. 48.  
F. Hoppe, Wühlenerstr. 66.  
S. Weil, Wühlenerstr. 114.  
Kullinski, Wühlenerstr. 20.  
Bobel, Wühlenerstr. 45.  
F. Schmieling, Wühlenerstr. 17.  
Fr. Niemojzer, Wühlenerstr. 41.  
F. Pfugler, Wühlenerstr. 31b.  
E. Kadelbach, Wühlenerstr. 5.  
Laudahn, Wühlenerstr. 172.  
R. Heide, Wühlenerstr. 48.  
R. Lutosch, Wühlenerstr. 27.  
F. Richter, Wühlenerstr. 1.  
C. Lange, Wühlenerstr. 8 a.  
**Rabatt-Spar-Verein:**  
Wühlenerstr. 37.  
Wühlenerstr. 22.  
Wühlenerstr. 28.  
Wühlenerstr. 68.  
Wühlenerstr. 12.  
Wühlenerstr. 35.  
Wühlenerstr. 158.  
Wühlenerstr. 20.  
Wühlenerstr. 2.  
Wühlenerstr. 46.  
A. Manthey, Wühlenerstr. 37.  
Sehnert, Wühlenerstr. 36.  
Hanks, Wühlenerstr. 90.  
Heinzelmann, Wühlenerstr. 28.  
Nowosadko, Wühlenerstr. 30.  
Nowosadko, Wühlenerstr. 32.  
Jamer, Wühlenerstr. 28.  
Bergmann, Wühlenerstr. 148.  
Fischer, Wühlenerstr. 55.  
Stoyaczyk, Wühlenerstr. 73.  
Salman, Wühlenerstr. 138.  
Fiehlitz, Wühlenerstr. 7.  
Albrocht, Wühlenerstr. 28.  
Wühlenerstr. 2.  
J. Rudnick, Wühlenerstr. 185.  
J. Reisch, Wühlenerstr. 77/78.  
E. Lohse, Wühlenerstr. 90.  
A. Wohler, Wühlenerstr. 9.

**Süden.**  
G. Heilig, Wühlenerstr. 14 a.  
August Preuss, Wühlenerstr. 14.  
Ulrich, Wühlenerstr. 96.  
Polenz, Wühlenerstr. 14 a.  
Hanks, Wühlenerstr. 188.  
Köhler, Wühlenerstr. 21.  
H. Heimroth, Wühlenerstr. 30.  
W. Iremus, Wühlenerstr. 4.  
O. Hanks, Wühlenerstr. 2 b.  
O. Knoßius, Wühlenerstr. 10.  
Wodetzi, Wühlenerstr. 37.  
F. Hoppe, Wühlenerstr. 66.  
A. Tacke, Wühlenerstr. 119/111.  
O. Beckmann, Wühlenerstr. 10.  
R. Richter, Wühlenerstr. 81.  
Wühlenerstr. 73.  
Wühlenerstr. 34.  
Wühlenerstr. 133.  
H. Schulze, Wühlenerstr. 48.  
F. Heitsch, Wühlenerstr. 1.  
F. Nitschke, Wühlenerstr. 58 a.  
J. Röcker, Wühlenerstr. 17.  
J. Steinke, Wühlenerstr. 8.  
H. Bergner, Wühlenerstr. 22.  
G. Heide, Wühlenerstr. 39.  
Fr. Krause, Wühlenerstr. 10.  
C. Stockmann, Wühlenerstr. 81.  
H. Heitsch, Wühlenerstr. 12/13.  
H. Lück, Wühlenerstr. 67.  
J. Brandel, Wühlenerstr. 7.  
R. Schenk, Wühlenerstr. 88.  
H. Stammwitz, Wühlenerstr. 95.  
G. Schröder, Wühlenerstr. 44.  
O. Beckmann, Wühlenerstr. 10.  
L. Pritzkar, Wühlenerstr. 27.  
O. Hollander, Wühlenerstr. 27.  
Eugen Mosch, Wühlenerstr. 79.  
Richard Schwartz, Wühlenerstr. 26.  
Albert Lautenschlager, Wühlenerstr. 16.  
P. Dehmel, Wühlenerstr. 47.  
Emil Drauschke, Wühlenerstr. 6.  
C. Anders, Wühlenerstr. 21.  
A. Trümpler, Wühlenerstr. 65.  
H. Klautsch, Wühlenerstr. 88.  
Böttcher & Co., Wühlenerstr. 25.  
C. Kelch, Wühlenerstr. 52.  
A. Readi, Wühlenerstr. 4.  
R. Loudwin, Wühlenerstr. 8.  
K. Hesse, Wühlenerstr. 88.  
J. Zindler, Wühlenerstr. 68.  
W. Hein, Wühlenerstr. 49.  
O. Hartmann, Wühlenerstr. 49.  
Karl Lange, Wühlenerstr. 8 a.  
Karl Hesse, Wühlenerstr. 104.  
S. Kanz, Wühlenerstr. 27.  
A. Beckisch, Wühlenerstr. 9.  
A. Becker, Wühlenerstr. 21.  
Hanks, Wühlenerstr. 32 a.  
Neubarth, Wühlenerstr. 1.

**Rixdorf.**  
A. Voigtländer, Wühlenerstr. 20.  
R. Richter, Wühlenerstr. 68.  
R. Seuffel, Wühlenerstr. 29.  
Ehrentraut, Wühlenerstr. 23.  
F. Dornbusch, Wühlenerstr. 13.  
O. Grabert, Wühlenerstr. 83.  
O. Lauchte, Wühlenerstr. 83.  
Fr. Kroll, Wühlenerstr. 12.  
Rich. Leinau, Wühlenerstr. 85.  
A. Löwig, Wühlenerstr. 121.  
P. Warnicke, Wühlenerstr. 76.  
C. Hoffmann, Wühlenerstr. 32.

**R. Kiesling, Wühlenerstr. 32.**  
F. Schmuschke, Wühlenerstr. 69.  
A. Speisekorner, Wühlenerstr. 4.  
H. Grünhagen, Wühlenerstr. 71.  
A. Herrmann, Wühlenerstr. 7.  
F. Ecke, Wühlenerstr. 35.  
J. Scholz, Wühlenerstr. 65.  
O. Wienecke, Wühlenerstr. 16.  
A. Beckmann, Wühlenerstr. 101.  
Fr. Hoppe, Wühlenerstr. 30.  
J. Weigmann, Wühlenerstr. 175.  
W. Stange, Wühlenerstr. 28.  
A. Rybitzki, Wühlenerstr. 32.  
G. Persioko, Wühlenerstr. 25.  
J. Hornig, Wühlenerstr. 45.  
C. Weber, Wühlenerstr. 65.  
L. Marmul, Wühlenerstr. 3.  
Paul Scholz, Wühlenerstr. 25.  
C. Stawonski, Wühlenerstr. 206.  
M. Beitz, Wühlenerstr. 41.  
Joh. Brauner, Wühlenerstr. 56.  
H. Dallinger, Wühlenerstr. 68.  
Fr. Cziolier, Wühlenerstr. 9.  
K. Jelltrug, Wühlenerstr. 57.  
F. Rodawa, Wühlenerstr. 64.  
P. Rother, Wühlenerstr. 94.  
M. Kasten, Wühlenerstr. 60.  
A. Spandel, Wühlenerstr. 80.  
J. Tröffer, Wühlenerstr. 7.  
R. Galler, Wühlenerstr. 33.  
K. Janker, Wühlenerstr. 13.  
J. Böhmard, Wühlenerstr. 228.  
W. Kusubo, Wühlenerstr. 73/74.  
F. Leinau, Wühlenerstr. 119.  
P. Stensel, Wühlenerstr. 114.  
L. Kupfernagel, Wühlenerstr. 73.  
G. Mandt, Wühlenerstr. 15.  
A. Heitsch, Wühlenerstr. 146.  
W. Winer, Wühlenerstr. 105.  
C. Kummer, Wühlenerstr. 23.  
R. Rohloff, Wühlenerstr. 34.  
J. Kretka, Wühlenerstr. 46.  
J. Tröffer, Wühlenerstr. 7.  
W. Arndt, Wühlenerstr. 37.  
A. Brix, Wühlenerstr. 210.  
M. Finstein, Wühlenerstr. 42.  
J. Runge, Wühlenerstr. 131.  
H. Meyer, Wühlenerstr. 117/118.  
H. Apelt, Wühlenerstr. 114.  
J. Bonhardt, Wühlenerstr. 226.  
E. Pankow, Wühlenerstr. 41.  
C. Adamax, Wühlenerstr. 26.  
E. Brauer, Wühlenerstr. 38.  
E. Würfel, Wühlenerstr. 18.  
L. Hagen, Wühlenerstr. 204/205.  
W. Hagen, Wühlenerstr. 42/43.  
C. Bozig, Wühlenerstr. 41.  
A. Klein, Wühlenerstr. 75.  
O. Lemke, Wühlenerstr. 75.  
E. Lüdike, Wühlenerstr. 63.  
P. Stensel, Wühlenerstr. 9.  
R. Friedrich, Wühlenerstr. 17/18.  
O. Götz, Wühlenerstr. 4.  
O. Ecke, Wühlenerstr. 31.  
W. Ossa, Wühlenerstr. 19.  
H. Hilmer, Wühlenerstr. 2/3.  
E. Heitsch, Wühlenerstr. 81.  
J. Janek, Wühlenerstr. 61.  
O. Gabbert, Wühlenerstr. 27.  
F. Pietsch, Wühlenerstr. 82.  
W. Ohlhoff, Wühlenerstr. 11.  
J. Bartsch, Wühlenerstr. 58.  
E. Kraker, Wühlenerstr. 19.  
Szymanski, Wühlenerstr. 10.  
H. Mast, Wühlenerstr. 129.  
R. Lobbes, Wühlenerstr. 67.  
P. Blasius, Wühlenerstr. 16.  
W. Willhaus, Wühlenerstr. 16.  
J. Reich, Wühlenerstr. 34.  
R. Liebenow, Wühlenerstr. 143.  
O. Hacker, Wühlenerstr. 2.  
G. Penke, Wühlenerstr. 122.  
W. Schmidt, Wühlenerstr. 11.  
Wandte, Wühlenerstr. 104.  
A. Jahnke, Wühlenerstr. 22.  
J. Wiegel, Wühlenerstr. 81.  
W. Bannow, Wühlenerstr. 22.  
B. Renner, Wühlenerstr. 1/2.  
Zahn, Wühlenerstr. 36.  
G. Haberland, Wühlenerstr. 70.  
J. Bollmann, Wühlenerstr. 38.  
O. Marcus, Wühlenerstr. 18.  
F. Basse, Wühlenerstr. 94.  
E. Haase, Wühlenerstr. 77.  
H. Kadow, Wühlenerstr. 19.  
E. Kummer, Wühlenerstr. 23.  
P. Krüger, Wühlenerstr. 29.  
R. Weigel, Wühlenerstr. 44.  
R. Liebenow, Wühlenerstr. 143.  
R. Kirstädter, Wühlenerstr. 6.  
C. Schlotz, Wühlenerstr. 112.  
H. Apitsch, Wühlenerstr. 70.  
J. Breika, Wühlenerstr. 45.  
Kl. Reinhardt, Wühlenerstr. 16.  
A. Heitsch, Wühlenerstr. 146.  
A. Sucker, Wühlenerstr. 24.  
A. Schwenne, Wühlenerstr. 106.  
G. Ludwig, Wühlenerstr. 29.  
P. Thrum, Wühlenerstr. 65/66.  
F. Schöninger, Wühlenerstr. 143.  
Curt Kanz, Wühlenerstr. 32.  
G. Haberland, Wühlenerstr. 70.  
E. Köhler, Wühlenerstr. 30/31.  
Rabatt-Sparverein, Wühlenerstr. 120.  
M. Jeschal, Wühlenerstr. 44.  
M. Lehmann, Wühlenerstr. 21.  
Wühlenerstr. 20.  
Wühlenerstr. 4.  
Wühlenerstr. 31.

**Britz.**  
Pannwitz, Wühlenerstr. 101.  
K. Dieckhoff, Wühlenerstr. 12.  
A. Wianko, Wühlenerstr. 152.  
H. Wagner, Wühlenerstr. 4.  
A. Haupt, Wühlenerstr. 6.  
G. Ramdohr, Wühlenerstr. 36b.  
M. Fischer, Wühlenerstr. 50.  
K. Braun, Wühlenerstr. 77.  
Fr. Parniko, Wühlenerstr. 82.  
E. Schädel, Wühlenerstr. 43.  
C. Radke, Wühlenerstr. 114.  
O. Schultz, Wühlenerstr. 45.  
O. Weirauch, Wühlenerstr. 24.  
Ww. Clausenitzer, Wühlenerstr. 17.  
G. Heidemann, Wühlenerstr. 68/70.  
Otto Markwardt, Wühlenerstr. 68.  
W. Spielhagen, Wühlenerstr. 8.  
A. Friess, Wühlenerstr. 50.

**Schöneberg.**  
Joseph Wagener, Wühlenerstr. 4.  
Friedr. Tempin, Wühlenerstr. 21.  
R. Hoffmann, Wühlenerstr. 2.  
H. Gork, Wühlenerstr. 9.  
E. Objig, Wühlenerstr. 5.  
E. Merfort, Wühlenerstr. 67.  
Hampo, Wühlenerstr. 8.  
P. Kernchen, Wühlenerstr. 61.  
A. Borbet, Wühlenerstr. 12.  
P. Franke, Wühlenerstr. 18.

**F. Michaelis, Wühlenerstr. 51.**  
H. Beck, Wühlenerstr. 9.  
O. Störing, Wühlenerstr. 40.  
G. Schwemer, Wühlenerstr. 2.  
E. Naudys, Wühlenerstr. 9.  
J. Lehmann, Wühlenerstr. 86.  
F. Fischer, Wühlenerstr. 102/3.  
Ww. Herbst, Wühlenerstr. 12.  
P. Bockisch, Wühlenerstr. 7.  
W. Danico, Wühlenerstr. 5.  
H. Pietschmann, Wühlenerstr. 14.  
E. Niemann, Wühlenerstr. 39.  
H. Zobel, Wühlenerstr. 27.  
P. Neumann, Wühlenerstr. 7.  
M. Sperlich, Wühlenerstr. 44.  
F. Kaiser, Wühlenerstr. 53.  
H. Wurst, Wühlenerstr. 83.  
P. Lehming, Wühlenerstr. 85.  
J. Wurst fr. Hanks, Wühlenerstr. 2.  
E. Horstmeier, Wühlenerstr. 3.  
C. Scheffler, Wühlenerstr. 93.  
B. Mailberg, Wühlenerstr. 28.  
O. Pinnmann, Wühlenerstr. 21.  
Fach. Brunhildstr. 9.  
L. Johannes, Wühlenerstr. 22.  
E. Tatzlowsky, Wühlenerstr. 45.  
A. Lehmann, Wühlenerstr. 7.  
Wühlenerstr. 21.  
F. Lehmann, Wühlenerstr. 6/7.  
R. Steuer, Wühlenerstr. 120.  
H. Pomeranke, Wühlenerstr. 20.  
E. Brauer, Wühlenerstr. 21.  
Wühlenerstr. 34.  
Peter, Wühlenerstr. 11.  
Plottner, Wühlenerstr. 11.  
Hanks Bäckereifabrik.  
" Brotfabrik.  
N. Schwämmlein, Wühlenerstr. 47.  
Bohndorf, Wühlenerstr. 11.

**Charlottenburg.**  
H. Proell, Wühlenerstr. 80.  
G. Schulz, Wühlenerstr. 17.  
Paul Torgeler, Wühlenerstr. 40.  
Georg Schott, Wühlenerstr. 23.  
O. Wörbe, Wühlenerstr. 62.  
E. Kraus, Wühlenerstr. 17.  
O. Scholz, Wühlenerstr. 20.  
Schmidt, Wühlenerstr. 12.  
Göring, Wühlenerstr. 24.  
Porath, Wühlenerstr. 46.  
W. Weigand, Wühlenerstr. 70.  
O. Geisler, Wühlenerstr. 158.  
A. Nitsche, Wühlenerstr. 15.  
A. Ulbrig, Wühlenerstr. 85.  
R. Holt, Wühlenerstr. 83.  
A. Thiele, Wühlenerstr. 12.  
R. Reiche, Wühlenerstr. 8.  
W. Nitsche, Wühlenerstr. 1 a.  
G. Jandke, Wühlenerstr. 10.  
C. Schäfer, Wühlenerstr. 33/34.  
A. Kühnast, Wühlenerstr. 29.  
K. Danker, Wühlenerstr. 9.  
P. Bloy, Wühlenerstr. 42.  
A. Lüdike, Wühlenerstr. 40.  
W. Gaidke, Wühlenerstr. 70.  
L. Förster, Wühlenerstr. 61.  
S. Larisch, Wühlenerstr. 59.  
H. Gramm, Wühlenerstr. 93.  
M. Funk, Wühlenerstr. 59.  
C. Brandt, Wühlenerstr. 3.  
Maasa, Wühlenerstr. 10.  
E. Knorr, Wühlenerstr. 35.  
G. Lenke, Wühlenerstr. 15.  
P. Liebe, Wühlenerstr. 18.  
H. Schmidt, Wühlenerstr. 8.  
B. Lück, Wühlenerstr. 20.  
J. Spitzbart, Wühlenerstr. 76.  
O. Wilde, Wühlenerstr. 9.

**Fankow.**  
Robert Seyfert, Wühlenerstr. 7.  
R. Grunow, Wühlenerstr. 4.  
Lommatzsch, Wühlenerstr. 6.  
W. Zibell, Wühlenerstr. 8.  
B. Hartmann, Wühlenerstr. 130.  
G. Piast, Wühlenerstr. 24.  
H. Steuer, Wühlenerstr. 4.  
F. Eckert, Wühlenerstr. 50.  
O. Harm, Wühlenerstr. 50.  
M. Koller, Wühlenerstr. 22.  
W. Schmidt, Wühlenerstr. 22.  
K. Linda, Wühlenerstr. 79/80.  
H. Cape, Wühlenerstr. 29.  
W. Hein, Wühlenerstr. 34.  
M. Köhler, Wühlenerstr. 53.  
A. Rohr, Wühlenerstr. 50.  
E. Sasse, Wühlenerstr. 78.  
R. Voley, Wühlenerstr. 2.  
Skibbe, Wühlenerstr. 17.  
Wienicke, Wühlenerstr. 67.  
C. Barsekow, Wühlenerstr. 13.

**Heinickendorf.**  
C. Heinrich, Wühlenerstr. 53.  
O. Köhler, Wühlenerstr. 72.  
Behrens, Wühlenerstr. 12.  
Hermann Baumgarten, Wühlenerstr. 51.  
Hebrock, Wühlenerstr. 16.  
Basse, Wühlenerstr. 61.  
Fr. Hoffmann, Wühlenerstr. 50.  
Fr. Kottenhahn, Wühlenerstr. 24.  
M. Modrow, Wühlenerstr. 51.  
R. Witte, Wühlenerstr. 28.  
H. Schönel, Wühlenerstr. 28.  
H. Köhlitz, Wühlenerstr. 31.  
A. Schöner, Wühlenerstr. 14.  
Modrow, Wühlenerstr. 14.  
R. Zimmer, Wühlenerstr. 75/76.  
O. Fliegner, Wühlenerstr. 30.  
H. Ziesmer, Wühlenerstr. 35.  
C. Braun, Wühlenerstr. 86.  
H. Kahle, Wühlenerstr. 29.  
C. Stege, Wühlenerstr. 118.  
W. Gottschalk, Wühlenerstr. 134.  
Popp, Wühlenerstr. 20.  
W. Koopke, Wühlenerstr. 72.  
C. Rebach, Wühlenerstr. 25.  
E. Liebig, Wühlenerstr. 150.  
E. König, Wühlenerstr. 72.  
Fr. Schmidt, Wühlenerstr. 104.  
J. Schwarz, Wühlenerstr. 80.  
R. Krause, Wühlenerstr. 104.  
R. Milster, Wühlenerstr. 62.  
C. Hattwig, Wühlenerstr. 14.  
E. Liebig, Wühlenerstr. 150.  
H. Guthmanns, Wühlenerstr. 42.  
J. Schwach, Wühlenerstr. 13.  
F. Naujack, Wühlenerstr. 135.  
C. Nitschke, Wühlenerstr. 125.

**Dalldorf.**  
F. Karstädt, Wühlenerstr. 9.  
W. Frost, Wühlenerstr. 3.  
O. Frost, Wühlenerstr. 170.  
A. Plattner, Wühlenerstr. 4 a.  
A. Gutschow, Wühlenerstr. 1.  
E. Jahn, Wühlenerstr. 10.  
O. Richter, Wühlenerstr. 11.  
P. Pasch, Wühlenerstr. 21.  
H. Karstädt, Wühlenerstr. 2 a.  
Ch. Prächter, Wühlenerstr. 9.

**Tegel.**  
L. Schwanz, Wühlenerstr. 59.  
Petersohn, Wühlenerstr. 27.  
H. Witte, Wühlenerstr. 22.  
L. Glesse, Wühlenerstr. 3.  
Weisshaupt, Wühlenerstr. 67.

**Haselhorst bei Spandau.**  
Otto Engel.

**Nieder-Schönhausen.**  
C. Manke, Wühlenerstr. 11.  
P. Achtenhagen, Wühlenerstr. 37.  
J. Kallow, Wühlenerstr. 84.  
M. Zugwurst, Wühlenerstr. 1.  
C. Remter, Wühlenerstr. 8 b.  
M. Geisler, Wühlenerstr. 8 b.  
W. Lütjohann, Wühlenerstr. 3.  
Wühlenerstr. 27.

**Hohen-Schönhausen.**  
H. Malhofer.  
A. Kusche, Wühlenerstr. 17.

**Neu-Hohen-Schönhausen.**  
E. Schulze, Wühlenerstr. 8.

**Wartenberg.**  
Weissenbach.

**Alt- und Neu-Weissensee.**  
O. Bauer, Wühlenerstr. 2.  
P. Klüner, Wühlenerstr. 152.  
H. Höhne, Wühlenerstr. 20.  
Ernst Engel, Wühlenerstr. 7.  
Ludwig Mägdefrau, Wühlenerstr. 156.  
F. Noth, Wühlenerstr. 1.  
A. Bayer, Wühlenerstr. 116.  
J. Stähr, Wühlenerstr. 55.  
F. Wiedemann, Wühlenerstr. 34.  
E. Engel, Wühlenerstr. 24.  
R. Engel, Wühlenerstr. 24.  
E. Schwarz, Wühlenerstr. 23.  
Schüler, Wühlenerstr. 10.  
J. Knust, Wühlenerstr. 95.  
R. Wick, Wühlenerstr. 78.  
E. Dahm, Wühlenerstr. 63.  
A. Lehmpfuhl.  
E. Höhne, Wühlenerstr. 94.  
P. Sikorski, Wühlenerstr. 48.  
J. Dahm, Wühlenerstr. 22.  
K. Maschler, Wühlenerstr. 35 a.  
A. Köllin, Wühlenerstr. 93.  
J. Frisch, Wühlenerstr. 46.  
C. Vogt, Wühlenerstr. 53.  
Kieckebusch, Wühlenerstr. 60.  
A. Popp, Wühlenerstr. 24.  
A. Schenk, Wühlenerstr. 12.  
H. Schulz, Wühlenerstr. 37.  
G. Holz, Wühlenerstr. 13.  
O. Lehmann, Wühlenerstr. 94.  
G. Schneider, Wühlenerstr. 11.  
H. Schulz, Wühlenerstr. 37.  
H. Dahm, Wühlenerstr. 79.  
L. Höhne, Wühlenerstr. 27.  
J. Haronburg, Wühlenerstr. 87.  
J. Beschinsky, Wühlenerstr. 17 a.  
E. Grosskopf, Wühlenerstr. 80.  
G. Kasische, Wühlenerstr. 142.  
O. Stranz, Wühlenerstr. 112.  
P. Springer, Wühlenerstr. 46.  
F. Köhler, Wühlenerstr. 20.  
B. Piltzold, Wühlenerstr. 20.  
M. Köhler, Wühlenerstr. 3/4.  
G. Schröder, Wühlenerstr. 89.  
R. Ihren, Wühlenerstr. 133.  
H. Bohnhoff, Wühlenerstr. 22.  
J. Bauer, Wühlenerstr. 2.  
A. Schadowinkel, Wühlenerstr. 70.  
W. Vogler, Wühlenerstr. 127.  
O. Hohenschild, Wühlenerstr. 1.  
C. Rothkegel, Wühlenerstr. 119.  
A. Luasse, Wühlenerstr. 7.  
G. König, Wühlenerstr. 15.  
A. Kompe, Wühlenerstr. 31.  
F. Christukat, Wühlenerstr. 8.

**Stralau.**  
C. Hartwig, Wühlenerstr. 49.  
P. Franck, Wühlenerstr. 50.  
H. Schäfer, Wühlenerstr. 10.

**Rummelsburg.**  
A. Spätlich, Wühlenerstr. 13.  
E. Böhm, Wühlenerstr. 1.  
P. Michelsburg, Wühlenerstr. 27.  
B. Joachim, Wühlenerstr. 36.  
E. Knopf, Wühlenerstr. 30/31.  
R. Schubert, Wühlenerstr. 47.  
Th. Böhm, Wühlenerstr. 40.  
Ad. Piaschner, Wühlenerstr. 16.  
R. Hanisch, Wühlenerstr. 27.  
G. Hahn, Wühlenerstr. 30.  
W. Maron, Wühlenerstr. 2.  
O. Priebe, Wühlenerstr. 10.  
A. Schön, Wühlenerstr. 31.  
A. Westphal, Wühlenerstr. 21.  
M. Lunz, Wühlenerstr. 48.  
Fr. Honsel, Wühlenerstr. 3.  
O. Fritsche, Wühlenerstr. 9.  
P. Seidel, Wühlenerstr. 25.

**Friedrichsberg.**  
W. Köpke, Wühlenerstr. 37.  
G. Adomat, Wühlenerstr. 14.  
K. Biedermann, Wühlenerstr. 24.  
Werner, Wühlenerstr. 38.  
Geier, Wühlenerstr. 71.  
A. Wenger, Wühlenerstr. 20.  
L. Hessler, Wühlenerstr. 38.  
H. Dittmann, Wühlenerstr. 157.  
C. Hanks, Wühlenerstr. 10.  
C. Opitz, Wühlenerstr. 22.  
E. Rüstow, Wühlenerstr. 139.  
H. Holland, Wühlenerstr. 27.  
F. Horstmeier, Wühlenerstr. 170.

**Lichtenow.**  
E. Schultke, Wühlenerstr. 7.  
B. Mägdefrau, Wühlenerstr. 82.  
N. Sörgel, Wühlenerstr. 99.  
K. Försterling, Wühlenerstr. 20.  
C. Dammköhler, Wühlenerstr. 29.  
W. Somp, Wühlenerstr. 79.  
A. Jesso, Wühlenerstr. 57.

**Friedrichsfelde.**  
C. Beversdorf, Wühlenerstr. 10.  
O. Wölfert, Wühlenerstr. 102.  
G. Meyer, Wühlenerstr. 1.  
O. Wölfert, Wühlenerstr. 102.  
A. Meyer, Wühlenerstr. 43.  
O. Franke, Wühlenerstr. 2.

**Ober-Schöneweide.**  
H. Strache, Wühlenerstr. 4.  
H. Jahn, Wühlenerstr. 16.  
H. Kunze, Wühlenerstr. 1.  
Fronober, Wühlenerstr. 17.  
M. Pietsch, Wühlenerstr. 21.  
A. Berger, Wühlenerstr. 1.  
F. Dams, Wühlenerstr. 7.

**Troptow.**  
W. Barling, Wühlenerstr. 38.

**Lichtenow-Herzfelde.**  
H. Vulprecht.

**Buckow bei Berlin.**  
A. Michalicka, Wühlenerstr. 11.  
Thielscher, Wühlenerstr. 7.  
E. Tariat.  
K. Tariat, Wühlenerstr. 53.  
O. Maass, Wühlenerstr. 40/41.

**Mariendorf.**  
K. Richter, Wühlenerstr. 67.  
W. Sellow, Wühlenerstr. 13.  
R. Basener, Wühlenerstr. 11.  
F. Franke, Wühlenerstr. 3.  
L. Röhnow, Wühlenerstr. 79.  
E. Gehring, Wühlenerstr. 59.  
M. Borchard, Wühlenerstr. 79.  
H. Wienke, Wühlenerstr. 62.  
Kalbow, Wühlenerstr. 84.  
A. Tech, Wühlenerstr. 1



Verbandstag der Schuhmacher.

In der Sitzung am Sonnabend wurde dem Hauptvorstand Beschlüsse erteilt, nachdem die zur Revision der Kasse eingesetzte Kommission berichtet hatte, daß die Kassenführung in bester Ordnung sei...

Die Statutenberathung, welche hierauf erfolgte, begann mit der Annahme eines Streitreglements, dessen wesentlichste Bestimmungen folgende sind: Angriffstreiks müssen zwei Monate vor dem Beginn dem Vorstand angezeigt werden...

Die Statutenberathung brachte die nachstehenden von dem bisherigen Statut abweichenden bemerkenswerten Änderungen: Der Verein führt den Namen: Centralverband der Schuhmacher Deutschlands...

Dazu wurde folgende Resolution angenommen: Die Generalversammlung erklärt in der Entwicklung der Konsumvereine eine in wirtschaftlichen Interesse der Arbeiter liegende Bewegung...

Zum internationalen Arbeiterkongress in Amsterdam wurden der Verbandstextileur Bod und der Vorsitzende Simon, zum nächsten deutschen Gewerkschaftskongress Bod, Hermann Berlin, Beise-Weinensfelds, Schaumburg-Hamburg, Kalle-Rürnberg, und als deren Erfahrmänner Weznial-Möln und Reubauer-München gewählt.

Eine vom Vorlande beantragte Gehaltsliste wurde nach längerer Debatte angenommen. Sie setzt für die befohlenden Vorstandsmitglieder und für die Gaubeamten ein Mindestgehalt von 1800 M. fest...

In den Vorstand wurden einstimmig wiedergewählt: Simon als 1. Vorsitzender, Neuß als Kassierer, Kalle als Sekretär. Ebenfalls einstimmig wurde Bod-Gottha wieder mit dem Amt des Redakteurs betraut...

Verzichtigung. In dem Referat Simons über Agitation und Verleumdung der Heimarbeit ist berichtigend mitzuteilen, daß die Reichsstatistik für die Schuhindustrie etwa 2000 weibliche und etwa 24 000 männliche Personen als mit Heimarbeit beschäftigt festgestellt hat...

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Parteigenossen von Berlin, Teltow-Beeslow, Nieder-Barnim und Potsdam-Osthavelland.

Am Sonntag, den 3. Juli 1904, erscheint die nächste Lokalliste.

Wir erlauben daher die Mitglieder der Lokalkommission von obigen Kreisen, die Neu-Aufnahmen und die genauen Änderungen bis spätestens Donnerstag, den 23. Juni 1904, einzuwenden zu wollen...

Teltow-Beeslow an den Genossen Hermann Schliebitz in Britz, Jahnstraße 2;

Nieder-Barnim an den Genossen Robert Ried in Rummelsburg, Kankstraße 22, parterre.

Potsdam-Osthavelland an den Genossen Albert Reue in Spandau, Jagowstraße 9;

Diverse Orte an den Genossen Gustav Felsow in Eberwalde, Eisenbahnstraße 67;

Berlin an den Genossen Wilhelm Hinz, S. 14, Prinzenstraße 66.

Die Lokalkommissions-Mitglieder wollen die Änderungen und Neu-Aufnahmen für obige Liste umgehend mitteilen, da spätere Einwendungen keine Berücksichtigung mehr finden können.

Nachfolgend kommt es vor, daß Zuschriften in „Lokalangelegenheiten“ an die Redaktion oder Expedition des „Vorwärts“ gesandt werden; zur schnelleren Erledigung derselben erlauben wir die Genossen, alle Anfragen und Zusendungen an den Genossen Wilhelm Hinz,

Berlin S. 14, Prinzenstr. 66, zu richten und nicht an den „Vorwärts“.

Die Parteiblätter der oben genannten Kreise werden um Abdruck ersucht.

Die Lokalkommission.

Der Wahlverein für den zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis hält am Dienstag in Habels Brauerei-Ausschank, Bergmannstraße 5/7, seine Generalversammlung ab. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes...

Dritter Wahlkreis. Dienstag, den 14. d. M., abends 8 Uhr, findet im großen Saale von Bughenhagen, Rortplatz, eine Volksversammlung statt, in der die Genossin Lily Braun über: Frauenstimmrecht und Socialdemokratie sprechen wird.

Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten). Versammlung am Dienstagabend 8 1/2, in der Königskanal, Große Frankfurterstr. 117. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. An den Vorstand gelangte Anträge.

Zur Stadtverordnetenwahl in Schöneberg.

Arbeiter, Parteigenossen!

Am Dienstag, den 14. Juni, findet die Erstwahl im 9. Bezirk statt. Es liegt nun an Euch, dafür zu sorgen, daß dieser Bezirk, der bei der Wahl vor zwei Jahren nur mit einer Majorität von zwei Stimmen von den Bürgerlichen behauptet wurde...

Alle diejenigen, die bis zum August vorigen Jahres in diesem Bezirk gewohnt haben und in die Wählerliste eingetragen sind, sind wahlberechtigt, auch wenn sie jetzt nicht mehr in dem Bezirk wohnen.

Die Wahlzeit ist festgesetzt von vormittags 11 Uhr bis abends 7 Uhr. Die Vergünstigung, ihr Wahlrecht bis abends 8 Uhr ausüben zu können, hat in Schöneberg nur die zweite Abteilung (Bahnhofs- u. Restaurants, „Wilhelmsdorf“, Eberstr. 80, Arbeiter, Parteigenossen!)

Am Montag, den 13., findet im Restaurant „Wilhelmsdorf“ noch eine Versammlung statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Dr. Sudelam: Die Aufgaben der Socialdemokratie in der Gemeinde.

Die Parteigenossen, die sich am Wahltage nachmittags und abends zur Verfügung stellen wollen, werden gebeten, sich bei Hoffmann, Magistraße 26 (Ecke Eberstraße) einzufinden.

Parteigenossen! Sorgt also dafür, daß wir am Dienstag den Sieg davon tragen!

Merschhof. An Stelle der Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Donnerstag präcise 8 1/2 Uhr abends im Wöllsteinschen Lokale, Bismarckstraße 24, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen mit folgender Tagesordnung statt: 1. Stimme aus Goethes Faust (Recitation). Recitator: Genosse Dr. Maurenbrecher. 2. Verschiedenes. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Charlottenburg. Das Sommerfest des Wahlvereins findet am heutigen Sonntag in den Räumen des Volkshauses, Rosinenstraße 3, statt. Es ist harnlos geselligem Vergnügen, aber auch der Freude über den vorgefertigen erntungenen Wahltag im zweiten Bezirk gewidmet.

Pankow-Niederschönhausen. Dienstag, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, findet bei Riecke, Werltnerstr. 52, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt, in der Genosse Werno Raab-Berlin über den ersten Teil unseres Parteiprogramms einen Vortrag halten wird.

Schmargendorf. Auf der Tagesordnung der am Dienstagabend 8 1/2 Uhr im Virthaus Schmargendorf stattfindenden Versammlung des Wahlvereins steht als erster Punkt: Vortrag des Genossen Weyler über: Unser Parteiprogramm.

Spandau. Dienstagabend 8 Uhr ist eine Volksversammlung im Restaurant Vorwärts, Thema: Staatsrecht und Revolution. Referent Dr. Karl Liebknecht. Die Parteigenossen werden gebeten, zu dieser wichtigen Versammlung, die unsere augenblickliche politische Lage behandelt, eine rege Agitation zu entfalten.

Achtung, Genossen des Ruppiner-Tempeliner Wahlkreises. Am Dienstag, den 14. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Wille, Brunnenstraße 188 eine öffentliche Versammlung für die in Berlin arbeitenden Genossen obigen Kreises statt, in welcher Genosse Fritz Jubel über die Aufgaben der Parteigenossen in den ländlichen Kreisen sprechen wird.

Lokales.

Von Arbeitern der städtischen Kanalisationswerke geht um nachfolgende Beschwerde zu: „Vereins seit Jahren haben die organisierten Arbeiter der Stadt Berlin in den einzelnen Betrieben die Forderung auf Errichtung von Arbeiter-Ausschüssen gestellt.“

so etwas möglich in Anbetracht der Thatsache, daß erst bei der diesjährigen Etatsberatung auf eine Anfrage des Stadts. Singer der Oberbürgermeister Kirchner unter dem Beifall der liberalen Stadtväter erklärt hat, daß nach jeder Richtung hin für die Arbeiter gesorgt werde...

Die gemischte Deputation zur Beratung über die Organisation für die Verwaltung des Rudolf Virchow-Krankenhauses trat am Sonnabend zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Von der socialdemokratischen Fraktion gehörten der Deputation, die unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters tagt, die Genossen Singer und Dr. Wehl an.

„Wider die Pfaffenherrschaft“, Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts. Das 9. Heft gelangt heute zur Ausgabe. Es enthält den Schluß des 5. und den Anfang des 6. Kapitels: „Brich mit den Armen dein Brod“.

Die Parteigenossen um thätige Unterstützung bei der Bereitung des Werkes. Es erschienen 60 Lieferungen a 20 Pf. Abonnenten können jederzeit eintreten. Bestellungen nehmen entgegen: sämtliche Austräger unserer Parteizeitungen...

Rücklichtlos obnehlidern muß die Vernachlässigung genannt werden, die sich das Publikum vor dem Anmeldezimmer im hiesigen Amtsgericht gefallen lassen muß. Ein Leser schreibt uns darüber: Wer es nicht gesehen hat, kann es nicht glauben!

Gegen die Kornblumensammler, die in der Umgegend Berlins gefärdet sind, weil sie beim Pflücken der Blumen rückständig das Getreide niederzuketten pflegen, erlassen die Gemeindevorstände einzelner Vorortgemeinden in a r u e n d e V e a n n t m a c h u n g e n.

Kauf 108 100 Mark beiffen sich die Unterschlagungen nach den Ergebnissen der jetzt beendeten Revision, die der Proturist Brombach in der Lederfabrik von Ghd u. Straßer verübt hat.

Kauf 108 100 Mark beiffen sich die Unterschlagungen nach den Ergebnissen der jetzt beendeten Revision, die der Proturist Brombach in der Lederfabrik von Ghd u. Straßer verübt hat. Brombach hatte sich, wie seiner Zeit ausführlich berichtet wurde, im März d. J. nachdem er seine Frau und sein Kind vergiftet hatte, sich selbst den Tod gegeben.





Extra-  
Preise

Warenhaus

# A. Wertheim

Montag  
Dienstag  
Mittwoch

soweit der Vorrat reicht:

## Glas

Wasserbecher 5 Pf., geschliff. 18 Pf.  
 Becher „Gambrius“ u. „Roland“ 9 Pf.  
 Salatschüsseln 4 Grössen 11 bis 35 Pf.  
 Sturzflaschen rot 55, geschliff. 38 Pf.  
 Bowlen geschliffen mit 12 Gläsern 9 Mk.  
 Butterglocken geschliff. 65 u. 95 Pf.  
 Wasserflaschen geschliffen 38 Pf.  
 Biertulpen geschliffen 25 Pf.  
 Bierkrüge geschliffen 55 u. 80 Pf.  
 Satzkanen reich geschliffen  
 Inhalt ca.  $\frac{1}{4}$   $\frac{1}{2}$   $\frac{3}{4}$   $1\frac{1}{2}$   $2$  Ltr.  
 45 80 95 1,40 1,85  
 Ein Posten  
 Moderner Iris-Vasen 35 Pf.  
 Ein Posten Krystallgläser  
 Bowle-, Rot- und Weisswein-,  
 Champagner- u. Likörkelche, Port-  
 wein-, Bier- und Selterbecher.

## Porzellan

*weiss*  
 Speiseteller flach 10, tief 15 Pf.  
 Dessertteller 6 Pf.  
 Terrinen 95 Pf. u. 1.20 Mk.  
 Kartoffelschüsseln 65, 75 Pf.  
 Saucieren 42 Pf.  
 Salatieren 18, 25, 38 Pf.  
 Bratenplatten rund 35 Pf.  
 Kompottschälchen 5 Pf.  
 Senfgefässe 5 Pf.  
 Fruchtschalen 40 u. 60 Pf.  
 Kaffeekannen 30 u. 45 Pf.  
 Teekannen 10 u. 30 Pf.  
 Tassen mit Untertassen 10 Pf.  
 Milchtöpfe 6 u. 10 Pf.  
 Kuchenteller 15 Pf.

*bunt*  
 Kaffeetassen 23 u. 25 Pf.  
 Kabarettts zwei- und dreiteilig 35 Pf.  
 Kompottschalen 5, 10, 20, 30 Pf.  
 Milchtöpfe 10 Pf.  
 Butterglocken 55 u. 80 Pf.  
 Satz Milchtöpfe 4 Stück 45 Pf.  
 Küchenuhren 3.60, 3.90 Mk.  
 Brotteller 15, 18, 22 Pf.  
 Kaffeervices  
 für 6 Pers. 1.90, 2.60, 3.60, 5.50  
 für 2 Personen mit Porzellan-Tablette 5.90 Mk.  
 Ein grosser Posten  
 Blumenkübel Majolika unter der Hälfte des regulären Wertes  
 18, 23, 27, 48, 70 Pf. bis 2.25  
 Waschgarnituren 2.75 bis 6 Mk.

## Steingut

Tassen blau Zwiebel 12 Pf.  
 Salatschüsseln weiss, 6 Stk 75 Pf.  
 Spülnäpfe weiss 8 Pf.  
 Kaffebecher blau 6, 8, 10 Pf.  
 Milchtöpfe " 13, 18 bis 70 Pf.  
 Neue Küchengarntur rot gespritzt.  
 Vorratstonnen 30 Pf.  
 Essig- u. Ölflaschen 30 Pf.  
 Gewürztönnchen 6 Stk 65 Pf.  
 Salz- u. Mehlresten 65 Pf.  
 Satzöpfe 6 Stück 1.45 Mk.  
 Tafelservices 7.25 Mk.  
 dekoriert, für 6 Personen  
 Durchbroch. u. geflocht. Artikel als Fruchtschalen, Körbchen, Teller etc.

## Emaile

Kasserollen ohne Ring, 9 Grössen 22 bis 60 Pf.  
 Eimer 28 cm, blau 72, neu, blau 80, mar. 85 Pf.  
 Schüsseln tief u. flach 18 bis 75 Pf.  
 Schmortöpfe ohne Ring 45 bis 75 Pf.  
 Fleischtöpfe 65, 85, 95, 1.15  
 Wasserkessel 65 bis 1.20  
 Pfannen rund, 6 Grössen 22 bis 55 Pf.  
 Fischkessel 2 Grössen 2.50 bis 5.50  
 Toilette-Eimer 1.60 u. 3.25  
 Wannen oval 6 Grössen 1.35 bis 3.50  
 Wasserkrüge 70, 80, 90 Pf.  
 Maschinentöpfe 7 bis 20 Pf.  
 Kaffeekannen 4 Gr. 55 bis 95 Pf.  
 Seifenhalter neublau oder marmoriert 15 Pf.  
 Durchschläge 38 u. 50 Pf.  
 Gemüseöffel 20 Pf.

## Wirtschafts-Artikel

Gazeglocken rund 20, 25 bis 55 Pf. " oval 40, 50, 55, 60 Pf.	Messerputzmaschinen 6.25 Reibemaschinen 1.40 Mk. Fruchtpressen 80 u. 90 Pf. Fleischmühlen 3 Mk. u. 5 Mk. Wirtschaftswagen 1.90 Mk. Kaffeebüchsen 25 Pf. Gemüseschneider 2.50 Mk. Plättbretter bezogen 2.50 Mk. Ärmelplättbretter bezogen 50 Pf.	Reisebürsten Blitzblank 55 Pf. Reisebürsten im Karton 65 Pf. Reisebürsten aus Tuch 70 Pf. Reisekleiderbügel 13 Pf. Reisefussbänke 25 Pf. Gazeschränke 5.50 bis 7.50 Mk. Putz- u. Wichskasten 42, 80 Pf. Eierschränke 42, 65 u. 95 Pf.	Tischtuchklammern 3 u. 7 Pf. Tischbestecke vernickelte Griffe 42 Pf. " schwarz 40, 55 u. 70 Pf. Esslöffel Britannia 1.30, Alpacca 30 Pf. Dtz. 65 Pf. Kaffeelöffel Britannia Dtz. 65 Pf. Alpacca Stück 15 Pf. Cakesdosen 85 Pf. Saftkannen 85 Pf.
---	---	--	--

Die neuen Preislisten über Bade- und Reise-Artikel, sowie über photographische, optische Artikel und Mal-Utensilien werden portofrei versandt.

Von der Bellealliancestrasse 98 verzogen.

Stettin. Filialen Berlin.

### Mass-Anzüge

4923L\*

### Mass-Paletots

24 und 30 Mark.

Unter Garantie des tadellosen Sitzes bei peinlichst gewissenhafter Anprobe liefere ich von prima Partio-Stoffen mit guten Zuthaten Anzüge nach Mass zu obigen Preisen.

Indem gewesene Angestellte sich speziell auf mein gutes Renommee stützen, mache ich darauf aufmerksam im Interesse des werten Publikums sich direkt zu wenden an

4922L\*

### Sonnenschein's Herren-Moden

nach Mass

Chausseestr. 54 I - Lindenstr. 95 I.

Von der Bellealliancestrasse 98 verzogen.

### Komplette Küchen-Einrichtungen

180 Teile für 35 Mark  
 200 " " 75 "  
 300 " " 150 "  
 Alle Artikel auch einzeln sehr billig.

### L. Katz & Co.,

Spandauer-Strasse 45 und 56.

### Kinderwagen-Bazar „Baby“

### S. Kaliski.

Zentrale: Invalidenstr. 160.  
 Filialen: Beusselstr. 18.  
 Gr. Frankfurter Str. 115. Potsdamer Str. 63b.  
 Reichenkondorier Tauenzienstr. 7a.  
 Strasse 2c. Granenstr. 31.  
 Bellealliancestr. 107. Brunnenstr. 62.

Zeitigung gefaltet.  
 Bei größeren Käufen Rabatte.  
 12, 15.00-100.00

von 45.00 an.

Spezial-Abteilg. f. Singer A Ring  
 Adler u. Wheeler-Wilson-Maschinen.  
 wöchentlich auch ohne Anzahlung. Alte  
 Maschinen nehme zu hohen Preisen in Zahlung.  
 Unterricht gratis.  
 Eigene Reparatur-Werkstatt. Auf Wunsch kommt Vertreter mit Katalog.  
 Nur Radreise-tabe habe Ursprung. Referent des Hof-Spaz- u. Werkzuges. 20, 27.50-200.00

8. 10.00-60.00.

### Fortuna lächelt noch!!!

### Mariendorfer Hochbauerrain!

200 Banstellen von M. 3000.- an, prachtvoll geschnitten M. 3.- u. 4.- pro Quadratmeter netto Baugrund, zur Straße nichts mehr abzutreten.

Kanalisation, Gas, Wasserleitung, elektrisches Licht, 3 Minuten vom Endpunkt der elektrischen Bahn Behrenstraße-Mariendorf. Verkäufer, auch Sonntags, von 3-8 Uhr auf dem Terrain.

Eigentümer A. Lowrek, Berlin, Guelienaustr. 52.

3475

### Arkonabad Lohtannin-Bäder.

34, Anklamerstr. 34 (schräglüber der Sionstr.).

Wannen- u. medizinische Bäder sowie russisch-römische u. vorzügliche Kaltendampfbäder (Rohlfenjaure) mit Einpackung, Massage etc. 50692\*

Lieferant für sämtliche Krankenkassen.

### Anzüge nach Mass von 24-30 M.

liefert unter Garantie für guten Sitz [4930L\*]

### Aug. Löther

Restehandlung Prinzenstrasse 38 I, am Moritzplatz und Belle-Alliance-Str. 98 I.

## Das Warenlager aus der Konkursmasse

Paul Silberstein & Katz, Blusenfabrik, haben wir vom Konkursverwalter käuflich erworben und wird jetzt, nachdem wir einen Teil der Waren an Händler und Wiederverkäufer abgegeben haben, einzeln von uns ausverkauft.

Zum Ausverkauf gelangen:

### Fertige Blusen

aus nur guten Stoffen und bester Arbeit zusammengestellt in drei Durchschnittspreisen 95 Pf., 1,28 Mk. und 2,28 Mk.

Jede Weite ist vorrätig.

Ferner aus obengenannter Fabrik und andren Gelegenheitskäufen stammende

Blusenstoffe, Voilé, Zephyr, Waschseide, Etamine, Lawn-Tennis und Ecrú-Leinen, à Meter 18 Pf., 28 Pf., 38 Pf., 48 Pf.

## Gebrüder Wolff,

Invalidenstr. 134,  
 Ecke Gartenstrasse.

14. Verbandstag des Centralverbandes deutscher Brauerei-Arbeiter.

Frankfurt a. M., Donnerstag, 9. Juni 1904.

In der Donnerstag-Vormittags-Sitzung wird über die Festsetzung der Beitragshöhe diskutiert, welches Thema eine sehr animierte Debatte entziffelte.

Wagner konstatiert, daß ihn die Freunde der Beitragserhöhung von der Notwendigkeit derselben überzeugen können.

Vader konstatiert, daß seit 1900 nur eine einzige nennenswerte Beitragserhöhung im Verbandsgebiet stattgefunden hat.

Leipziger wird eigentümlich durch die auf jeder Generalversammlung wiederkehrenden Anträge auf Beitragserhöhung beunruhigt.

Lücker konstatiert, daß in Hannover ein Gegner der Beitragserhöhung und erinnert daran, daß Bauer in Hamburg sagte, wenn die Beiträge auf 40 Pf. erhöht werden, könne er keine Agitation mehr treiben.

Schramm-München erörtert die Schwierigkeiten, welche speziell auf dem Lande zu überwinden sein werden, wenn die Agitation durch eine Beitragserhöhung abermals erschwert wird.

Wittich-Frankfurt hat von seinen Mandatgebern den Auftrag erhalten, gegen die Beitragserhöhung zu stimmen.

Hoffmann-Nürnberg hat den strikten Auftrag, gegen die Beitragserhöhung zu stimmen.

Silberschmidt-Berlin als Vertreter der Generalkommission betweist auf die Erfahrung anderer Organisationen und betont, daß die erste Million modern organisierter Arbeiter in der Kera der Beitragserhöhungen überschritten wurde!

Verbandsbeiträge resp. Opferwilligkeit zugunsten, wie heute in einer Woche. Es kommt eben ganz darauf an, wie es gemacht wird.

Die weitere Debatte zeitigt wenig neue Momente. Auf beiden Seiten werden mit großem Eifer alle möglichen Argumente ins Feld geführt.

In der Nachmittags-Sitzung wurde seitens der Mandatsprüfungskommission bekannt gegeben, daß die telegraphisch herbeigekommenen Erfolge der beiden Hamburger Delegierten im Laufe der Vormittags-Sitzung eingetroffen sind.

Man tritt sodann in die Verhandlung bezüglich der Anträge über das Unterstufungsweien ein. In der Hauptsache handelt es sich dabei um einen Antrag des Hauptvorstandes, welcher damit einem Auftrage der Hamburger Generalversammlung nachkommt.

Er ist im Vorbericht erwähnt worden und spricht in seinem ersten Teil von einer Beitragserhöhung um 10 Pf. pro Woche, so daß also wiederum 40 Pf. Wochenbeitrag in Frage kommen.

mit 36 gegen 8 Stimmen angenommen. Danach werden für Krankenunterstützung und Sterbegeld wöchentlich Beiträge von 10 Pf. von den männlichen und 5 Pf. von den weiblichen Mitgliedern erhoben.

Table with 2 columns: Years (1, 3, 5, 7) and Amounts (1 M., 1 M., 1 M., 1 M.).

Für das Sterbegeld gelten die gleichen Sätze wie bisher. Diese Unterstufungen sollen rückwirkende Kraft erhalten.

Bezüglich der Arbeitslosen-Unterstützung sollen nach ferneren Beschlüssen der Nachmittags-Sitzung die gleichen Bedingungen und Sätze maßgebend sein.

Schluß der Sitzung 5 Uhr.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“.

Neu-Weißensee. Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schumy.

Sonntag, den 10. Juli, findet unser Sommerfest statt.

Adlershof. Der Verein für Frauen und Mädchen hält Montag, den 13. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Oscar Wöllstein seine Monatsversammlung ab.

Schöneberg. Der Verein für Frauen und Mädchen Schönebergs und Umgebung hält Montag, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, seine regelmäßige Versammlung in Weimanns Klubhaus.

Paletots u. Mäntel.



Loden-Havelocks 6 M. Sommer-Paletots 8 M. Regen-Mäntel 15 M.

Hochschicke Stoff-Neuheiten für unsere vornehme, wohlfeile

Mass-Anfertigung

Advertisement for Sommer-Jacketts, Sommer-Joppen, and Lüster-Jacketts with prices and descriptions.

Advertisement for Sommer-Pikee-Westen, Strand-Anzüge, Papierfaser-Anzüge, and Strohhüte with prices.

Moderne Anzüge.



Moderne Anzüge 15 M. Sonder-Angebot 30 M. Gehrock-Anzüge 27 M.

Stoff-Hosen 3 M.

Advertisement for 3000 Knaben-Anzüge with prices and descriptions.

Advertisement for Schul- und Ferien-Anzüge with prices and descriptions.

BAER SOHN

SPECIAL-HAUS GRÖSSTEN MASSSTABES

Chausseestrasse 24a-25

11 Brückenstrasse 11

Gr. Frankfurterstr. 20

Größte Auswahl. — Feste, billigste Preise. — Bar-Verkauf.

Die 23. Preisliste 1904 wird auf Wunsch kostenlos und portofrei zugesandt.



# Vierter Wahlkreis (Süd-Ost)

Am Montag, den 20. Juni 1904:

## Grosses Sommer-Fest

in Treptow (Ludwigs Park-Restaurant).  
Das Komitee.

243/2\*



### Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“

Gau 9.

Sonntag, den 19. Juni cr. in dem Gesamt-Etablissement

„Moabiter Schützenhaus“ in Plötzensee:

## GAU-FEST.

Doppel-Konzert.

Gesangsvorträge des Gesangsvereins „Nord“ (Mitgl. d. A.-S.-B.).  
Auftreten des berühmten Berliner Uk-Trio. — Grosses Feuerwerk.  
Radsportliche Aufführungen der Bundesvereine. — Reigenfahrten etc.  
Fackelpolonaise. Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis.

Grosser BALL.

Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. 12/15  
Anfang früh 8 Uhr. Billets im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 25 Pf.  
Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Fest-Ausschuss.

# Inventur-Verkauf

Bettwäsche, Tischzeuge, Küchenwäsche,  
Musterstücke von Damenwäsche, Blusen,  
Badewäsche, Waschstoffe, Unterröcke usw.  
Reste aller Warengattungen.

Gelegenheits-Angebote. Ermässigte Preise.

Berlin W.  
25 Leipzigerstr.

## J. V. Grünfeld

Landeshuter Leinen- und Gebild-Weberel.

## Rote + Lotterie

Ziehung schon diese Woche, 15., 16., 17. Juni.

6023 Gewinne im W. v.

### 170 000 Mk.

Hauptgewinne i. W. v.

### 50 000, 20 000, 15 000 Mk. etc.

Originallose à 3 Mk. (Porto und Liste 30 Pf.)

Oscar Bräuer & Co. Nachf. G.m.b.H. Geschäft Friedrichst. 181.

Bank-Friedrichst. 181. Filialen: NW. Wilsnackerst. 63. — O. Andreasst. 46a. — SO. Oranienst. 177.

### Willy Trapps

54592\*

Restaurant zur Untergrundbahn. Treptow.  
Grosses Familien-Restaurant mit herrlichem schattigen Garten und großen gedeckten Hallen, ca. 2000 Personen fassend, vis-à-vis d. Spreekanal Familien-Kaffeeküche.  
Vorzügl. Speisen u. Getränke zu soliden Preisen. ff. Weissbier, helles Lagerbier d. Berl. Bodbrauerei, echt Kulmbacher. Vollbelustig. aller Art. Schiefstand, Schaufel, Bürstelbuden etc. Willy Trapp.

Wilmersdorf. Brandenburgerische Straße 100.  
Restaurant Selke.  
Angenehmer Familien-Aufenthalt. Musikalische Unterhaltung.  
Vereinszimmer (80 Personen). Billardzimmer.  
Warme Küche zu soliden Preisen. 49212\*

Sonntag, den 13. und Montag, den 14. Juni:  
Dampfer-Extra-Fahrt zur Ruder-Regatta in Grünau.  
Abfahrt 2 Uhr nachmittags An der Stralsauer Brücke, Ecke Weissenbrücke, Station Kahn & Hertzner. Sonntags einfache Fahrt 50 Pf., Montags hin und zurück 50 Pf. Rückfahrt 8 Uhr abends.  
L. Kahn.

### Flotten-Schauspiele

Kurfürstendamm 153/156.

Eröffnung: Ende Juni.

Achtung! Gewerkschaften und Vereine! Achtung!  
Hiermit zur Nachricht, daß sich der Berliner Tanzlehrer-Verein F. V. mit dem Berliner Tanzlehrer-Verband verbunden hat. Bestellungen bitten wir von jetzt ab zu senden an das Centralbureau des Berliner Tanzlehrer-Verbandes, Alte Jakobstr. 75. — Telefon Amt I, Nr. 887.

Jägerhaus, Schönhauser Allee 103.

Jeden Sonntag:

55442\*

### Groisses Frei-Konzert,

ausgeführt von einer 20 Mann starken Musikkapelle.

Jeden Montag findet das beliebteste

Kinder-fest

unter Leitung des berühmten Onkel Knesebeck statt. Hierzu ladet ergebenst ein W. Schmidt.



Nach beendeter Saison

Ausnahmepreise

Eine Partie Smyrna-

### Teppiche

ein farbenprächtiges ganz neues Gewebe in echt oriental. Mustern

90x165 cm M.	4,65 (Wert 6,50)
130x195 "	7,85 " 11,50
160x230 "	12,25 " 17,50
200x300 "	17,50 " 24,00
250x350 "	25,00 " 33,00
300x400 "	33,00 " 46,00

Selten günstige Kaufgelegenheit für Hotels, Pensionate etc. Nach auswärts per Nachnahme.

Teppich-Specialhaus

### Emil Lefèvre

Berlin Oranienstr. 158.  
Pracht-Katalog  
etwa 600 Abbildungen  
gratis und franco.

### Erstes

Lohtannin- und Kur-Bad

Wallstr. 70/71, Neu-Kölln a. W. 6./8

Alle Arten Bäder.

Annahme von Krankenkassen.

## Erfrischend - Durststillend!



Noas Frucht-Syrup-Extrakte aus frischen Früchten u. allerbesten Ingredienzien bereitet in Himbeere, Kirsche, Erdbeere, Citronen, Pfirsich, Waldmeister, Apfelsinen etc. Preis pro Fl. 50 Pf. zur Herstellung von 4 Pfund Frucht-Syrup von köstlich, natürl. vollen Aroma frischer Früchte; das ganze Pfund stellt sich bei u. festig auf nur 25 Pf. Vorzögl. z. Crème, Speisen, Pudding, Waisbier, Selters etc. Mit Zuckerwasser gemischt ergibt 1 Fl. Extrakt, Preis 50 Pf., 15 Liter erfrischende, köstlich schmeckende Limonade. Preis 5500\*  
Noas Bier-Extrakte zur schnellen Bereitung eines wohlbel. Bieres mit einfach. Anmahlung je nach Sorte u. Größe 25, 35, 40, 50, 75 Pf. etc.  
Noas Essig-Extrakt vorzögl. z. Bereit. v. feinst. Krystall-Essig. Preis pro Liter 1,75 Mk., ergibt mit 24 Liter Essig 25 Liter Speiseessig. — Wertvolles Instr. 160 Selt. Rezeptbuch „Die Destillation u. Brauerei i. Haushalt.“, brt. Anleit. z. Selbstbereitung von Cognac, Rum, allen Likören, Saut. an zc. gratis. Fabrik u. Verkauf: Max Noa, Elsasserstr. 5, 3. Haus u. Kottenf. Thor.

## Deutsche Bierbrauerei Aktien-Gesellschaft

(Absatz im letzten Geschäftsjahre ca. 190 000 Hektoliter)

empfiehlt ihre aus bestem Mals und Hopfen hergestellten Biere

in Fässern und Flaschen.

Adresse für Fassbier:

Alt Moabit 60.

Telephon: Amt II, 1615 u. 1616.

Adresse für Flaschenbier:

Kaiserin Augusta-Allee 15/16.

Telephon: Amt II, 3066.

## 25 000 Meter Seide - Zur Reise-

und Bade-Saison offeriere noch 8 Tage aus meinem Seiden-Engros-Lager direkt an Private:

Reinseidene Bluse	4 Meter prima Seide	3,50	5,00	7,00
Reinseidene Hochzeits-Robe	12 "	15,00	20,00	25,00
Reinseidene Braut-Robe	16 "	17,50	22,50	25,00
Reinseidene Strassen-Robe	12 "	12,00	15,00	20,00
Reinseidene Kostüm-Rock	7 "	10,50	15,00	17,50
Reinseidene Japon	6 "	9,00	12,00	14,50

Elegante Sommer-Seiden, Foulards, Libertys, Baste, Louisines für die Reise 1,00, 1,25, 1,50. Einzelne Reinseidene schw. Damast-Roben 15,00, 20,00, 25,00. Futter-Seiden jeder Art 60 Pf. Fertige seidene Blusen u. Jupons in grosser Auswahl. Massanfertigung schnellstens und billigst.

Bitte genau auf Engros-Firma und Adresse zu achten.

Seiden-Engros-Haus **Hermann Herzog**, Berlin  
jetzt nur Spandauerstr. 33/35, 1 Treppe links (Ecke Simons-Apotheke).

Muster franco!



Dampfer für Vereine u. Gesellschaften empfiehlt Robert Kieck, Dampfmaschinenfabrik, Caprivistrasse No. 4.

Bad Reinerz Dr. Stern.

# H. Greifenhagen Nachf. Brunnenstr. 17-18. Veteranenstr. 1-2.

Wegen unsrer Erweiterungsbauten sind wir gezwungen, unsre grossen Warenvorräte schleunigst zu verkleinern, um bei der demnächstigen Neu-Eröffnung mit nur neuen Waren zu beginnen. — Eine selten wiederkehrende Gelegenheit zu wirklich vorteilhaften Einkäufen bietet unser

## Räumungs-Verkauf

zu fabelhaft billigen Preisen.

Wir heben hervor:

### ca. 20000 Meter **Waschstoffe**

**Ripse, Brokate u. Foulardines** in nur neuen hellen und dunklen Mustern.

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V
Meter <b>15</b> Pf.	Meter <b>28</b> Pf.	Meter <b>33</b> Pf.	Meter <b>38</b> Pf.	Meter <b>48</b> Pf.

Ausserdem sind alle Waren in unsern sämtlichen Abteilungen im Preise bedeutend herabgesetzt, mit Ausnahme einiger weniger Artikel, bei welchen eine Ermässigung nicht mehr möglich ist.

Die **Extrapreise** sind neben den seitherigen deutlich mit Blaustift verzeichnet. — Trotz der aussergewöhnlichen **Extrapreise** verabfolgen wir noch unsre beliebten Rabattmarken.

Hervorragend gute Bilder liefert unser photographisches Atelier  
**Visit: Dtzd. 1,75 Mk. Kabinett: Dtzd. 4,75 Mk.**



die Güte, zu prüfen, ob die Marke „Salamander“, elegante vornehme Lackstiefel für Herren, zu

**Mk. 12,50**

eine hervorragende Leistung ist? Ob es bei einer eigenartigen Organisation, die schwere Verluste durch Ladenhüter ausschliesst, möglich ist, einen solchen Preis von Mk. 12,50 für Qualitätsstiefel durchzuführen? Ob der

### „Salamander-Stiefel“

in Bezug auf Eleganz und weiches Leder den Anforderungen entspricht, die in der guten Gesellschaft an einen Stiefel gestellt werden? Ihr berufenes Urteil soll massgebend sein.

Preisliste wird kostenlos versandt.

**Rudolf Moos, Berlin C.,**

Königstrasse 47, Ecke Hoher Steinweg.  
Stammhaus: Friedrichstrasse 221.

Charlottenburg, Wallstr. 1.

**F. Kunstmann,**

Ahren u. Goldwaren. Grosse Auswahl in modernen  
Zimmer-Uhren. Reparaturen sorgfältig, schnell, billigst.

## Raucher **Haas-Tabak**



Specialität:  
**Anerkannt beste Qualitäten**  
in 10, 20 u. 30 Pfg.-Packeten  
für kurze und lange Pfeifen  
zu haben in den Cigarren-Specialgeschäften.

Engros-Niederlagen für Wiederverkäufer:

Carl Roecker, Berlin O., Grüner Weg 112.  
H. Saltzmann, Berlin S., Luisen-Ufer 3.  
F. August Schmidt, Berlin SO., Köpenickerstr. 116.  
H. & P. Uder, Berlin SO., Engel-Ufer 5.  
A. Capelle, Charlottenburg, Kantstr. 115.

**Dr. Simmel,** Prinzen-Str. 41, Specialarzt für Haut- und Harnleiden.  
**Dr. Schönemann** Specialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.



**Katalog gratis. Metzner's**  
Korbwagen. Kinderwagen. Bettstellen.  
Berlin O., Andreasstr. 23, gegenüber Andreasplatz.

II. Brunnenstr. 95, gegenüber dem Humboldthain.  
III. Bunsenstr. 67, Moabit, Hausnummer achten.  
IV. Leipzigerstr. 54-55, unter den Kolonnaden.

Verkauf Hof in Fabrikgebäuden.

**Grösstes Spezial-Geschäft.**

1000 Mark zahle jedem, der mir in Berlin ein grösseres Spezial-Geschäft in der Bekleidungsbranche als das meinige nachweist.  
Geschäftsgründung 1879.

### Villen-Kolonie Nieder-Schönhausen

Baustellen in schönster Lage Nieder-Schönhausen an vollständig regulierten Straßen mit Gas- und Wasserleitung; nur hochliegendes, trockenes Land, per □ = Mk. von 85 Mk. an. 46190\*

Auskunft jederzeit im Bureau, Kaiserweg 3, Nieder-Schönhausen.

### Max Zuckermanns Special-Haus

für Kinderwagen, Sportwagen, Betten und Metall-

bettstellen

(für Kinder u. Erwachsene)

Riefenauswahl, bestes Fabrikat.

Billige Preise.

Zahlung gefordert, bei größeren

Raten Kassapreise.

Auf Wunsch kommt Vertreter ins Haus.

von 8, 10-75 Br. 186 Brunnenstr. 186, I. Etage.

vorn n. 12, 18-100 Br.



## Kürze die Kochzeit **MAGGI'S Suppen** Schutzmarke

Sie geben in wenigen Minuten — nur mit Wasser — für den billigen Preis von

10 Pfennig 2 gute Teller vorzüglicher, nahrhafter Suppe. Reiche Abwechslung durch mehr als 30 Sorten, wie Erbs, Reis, Grünlern, Kartoffel, Gemüse usw. — Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.

Man verlange ausdrücklich „Maggi's Suppen“ mit der Schutzmarke und weise andere Marken zurück.



8. Generalversammlung der Arbeiter Deutschlands.

Dresden, den 9. Juni. Viertes Sitzungstag.

Die Statutenberatung wird fortgesetzt. Eine Aenderung in Bezug auf die Verdon des bisherigen Vereinsvorsitzenden wird insofern beschlossen, als von jetzt ab der beforderte Beamte zugleich als Vereinsvorsitzender fungieren soll.

An den Antrag des Vorstandes, in Zukunft nur auf 150 Mitglieder einen Delegierten zur Generalversammlung zu entsenden, knüpft sich eine längere Debatte, da die Meinen nicht einig sind, zu kurz zu kommen.

Längere Erörterungen knüpfen sich ferner an den Antrag, eine stufmäßige Unterstützung einzuführen. Zur Begründung wird angeführt, daß es nötig sei, den langjährigen Mitgliedern, die viele Beiträge geleistet haben, auch eine höhere Unterstützung zu gewähren.

Am Schluß der Debatte wird der Vorschlag mit 25 gegen 14 Stimmen abgelehnt, womit zugleich alle zu dem Punkt gestellten Anträge fallen.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königliches Opernhaus. Sonntag: Die weiße Dame. Montag: Lohengrin.

Neues Königl. Opern-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Wuppe.

Berliner Theater. Sonntag: Ramsell Ritouge. Montag: Der jüngste Lieutenant.

Briefkasten der Redaktion. Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 bis 11 Uhr abends statt. 15164. 1a. Rein, es kann aber in der Beischiebung oder Vertuschung Untere gefunden werden.

Marktpreise von Berlin am 10. Juni 1904. nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums. Table with columns for goods and prices.

Briefkasten der Expedition.

N. 23. 52. Es ist ein Befehl der Kommission.

Oranien-Salon. Oranienstr. 170. Neben Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonntag: Gr. Ball.

Groß-Deffillation. Schöneburgerstr. 46. Ecke Oberbaumstr.

Achtung, Genossen! Nur 5 Mark. Die erste Bühnen-Spektakel-Produktion.

Max Böhnell. Uhrmacher. 18455. Wien IV.

Billig! Kohlen! Ganz besond. niedr. Sommerpreise.

!! Von 36 M. an !! Anfang nach Maß, neueste Frühjahrsmodelle.

Singer Nähmaschinen. Einfache Handhabung! Große Haltbarkeit! Höhe Arbeitsleistung!

Jamaica-Rum Rum No. 3. Glühwein-Extrakt. Ungarwein. Stonsdorfer vorzüglich. Deutscher Cognac.

Hermann Wicht Cigarren-Fabrik. jetzt Gross-Görtschen-, Seke Steinmetzstrasse und Gr. Frankfurter-, Seke Markusstrasse.

Achtung! Die Forderungen der Bäcker-Gesellen sind und bleiben bei mir nach wie vor bewilligt.

Billige Baustellen an der Stadtbahnstation Biesdorf.

Dr. Paul Richter. Von der Reise zurück: Spezialarzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten.

Grand Prix. Weltausstellung Paris 1900. Höchstes Preis der Ausstellung.

Eugen Neumann & Co. Beile-Alliance-Platz 6a, Amt IV No. 9676.

Handwerker. tüchtig, geschult, fleißig, Mechaniker, Klempner und Schlossermeister können sich mit 5000 M.

Englisch. Unterricht. (Konversation u. Anfangs-Unterricht) erteilt und Heberungen übernimmt.

Wer in Berlin billig u. gut wohnen will, ist das City-Hotel, geleg. bestens empfohlen.

Rohtabak. Gutster Brand! Vorzügliche Qualität. Fabrikations-Metastellen.

Rohtabak. Max Otto, Filiale: 46892. 152 Brunnenstr. 152.

Roh-Tabak. Decke Nr. 5194. hell, gelblich, scharfweiss brennend.

Roh-Tabak. Große Auswahl. Billigste Preise. Formen: Original-Fabrikpreise.

Brinkmeier & Co. Filiale Berlin N., Brunnenstrasse 182.

Mexiko. 3 Pfund doekend à 2 M. Edm. Lindenstädt.

Wer in Berlin billig u. gut wohnen will, ist das City-Hotel.

J. Baer. Badstr. 26. Ecker, Prinz-Allee. Herren- und Knaben-Moden.

Kredit. Monatlich. 10 Mark. Ilesere Auszüge. Polsterung nach Maß.

Steppdecken. kauft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik.

Wissen Sie es schon? dass Arcana-Fahrräder die besten & billigsten sind.

Brinkmeier & Co. Filiale Berlin N., Brunnenstrasse 182. Bir offerieren eine Partie grauen Mexico.

Reste. modernster Herren-Anzug-Stoffe spottbillig.

Sajirm-fabrik Rind. Mehr. Mantelfabrik 35. St. (ein Laden) und Röhrendstr. 175.

Reichels Special-Mittel. töten unfehlbar Wanzen, Schwaben, Motten und jede Brut.

Sie kaufen am Besten!!! auf Teitzahlung bei Jahre & König.

Trinken Sie überall Sana-Bräuse! Angenehmstes alkoholfreies Getränk.

RHEINWEIN MARKE. Wachsprünge. edle Blume, gerann, rein überall kauftlich.

Eine Mark wöchentliche Teitzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden.

